



1904 · II. BAND · 11. HEFT · NOVEMBER

FILIPPO TURATI · LEHREN UND FOLGEN DES GENERALSTRIKES IN ITALIEN

Fünf Tage lang hat der politische Generalstrike halb Italien in Erregung gehalten. Welche Wirkungen hat er für die Sache des Proletariats gehabt? Es ist vorläufig noch nicht leicht, eine genaue Bilanz zu ziehen, und diejenigen, die einen noch so complicierten Vorgang am liebsten mit einem Worte charakterisiert sehen möchten — wie die Kinder, die bei jeder Erzählung wissen wollen, wer *recht* hat und wer *unrecht* und ob der Held *gut* oder *schlimm* ist —, können keine so glatte Antwort bekommen. Immerhin müssen wir aus den realen Tatsachen die Normen für unser weiteres Vorgehen zu gewinnen suchen. Und da scheint es mir als ob man sich fürs erste auf folgende Thesen über die Natur und die Anwendbarkeit des Generalstrikes verständigen könnte:

1. Der Generalstrike zum Zweck der Eroberung der wirtschaftlichen Macht ist eine Absurdität.
2. Der Generalstrike als politische Demonstration, als Ausdruck eines Protestes, einer Warnung kann nicht schlechthin von der Hand gewiesen und verurteilt werden.
3. Der Generalstrike ist ein zweischneidiges Schwert, das nur mit äusserster Vorsicht, in Ausnahmefällen, anzuwenden ist und das niemals zum normalen Kampfmittel des Proletariats erhoben werden darf. Bei der geringen politischen Erziehung und der immer noch mangelnden Solidarität der Arbeitermassen, bei dem Vorhandensein von niederen socialen Schichten, die immer bereit sind, im Trüben zu fischen, und jede Volkserregung dazu benutzen, um ihren brutalen Instincten freien Lauf zu lassen, ist es äusserst schwer, zu vermeiden, dass der Generalstrike in Gewaltacte ausartet, die in ihrem engen Zusammenhang mit dem Strike auf die ganze Demonstration, in der sie doch nur Episoden sind, ein schiefes Licht werfen. Damit soll nicht etwa gesagt sein, dass die Conflictte, die Gewalttaten, wie sie leider in Mailand, Genua, Venedig, Neapel etc. sich ereigneten, ein integrierender Bestandteil und eine notwendige Folge des Ge-

neralstrikes sind. Man braucht nur das beredte Beispiel von Monza, dem kleinen Manchester der Lombardei, zu erwähnen, das zuerst das Signal gab, auf das hin zehntausend Arbeiter am Donnerstag mittag die Arbeitsstätten verliessen, um an Sonnabend morgen, geschlossen und in der selben strengen Disciplin, in der sie die Arbeit niederlegten, sie wieder aufnahmen, ohne dass über irgend eine Gewalttat Klage zu führen gewesen wäre. Indessen, eine häufige Wiederholung des politischen Generalstrikes, und verliefte dieser auch in den ruhigsten, mildesten Formen, würde eben durch ihre Häufigkeit jede heilsame moralische Wirkung verlieren und müsste andererseits durch das heftige Eingreifen in den gewöhnlichen Lauf des wirtschaftlichen Lebens eine starke Reaction hervorrufen. Man kann es sich nicht anders vorstellen, als dass die herrschenden Classen, die Handelskreise, alle bürgerlichen Schichten, die sich durch den Generalstrike in ihren vitalsten Interessen geschädigt fühlen, dagegen vorgehen und auf die Regierung einen Druck ausüben würden, um Unterdrückungsgesetze durchzubringen, die sicherlich von der Mehrheit des Parlaments genehmigt und in ihrer Anwendung auch von der Mehrheit im Lande gutgeheissen würden. Sicherlich würde jedes Mittel schliesslich recht sein, um der Gefahr entgegenzuwirken. Cautionsfesseln würden den Arbeitern auferlegt, Maschinen vermehrt in den Betrieb eingestellt werden, was natürlich eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zur Folge haben müsste, man würde Strikebrecher heranziehen etc.; durch neue Gesetze würden die Bestimmungen über die Verantwortlichkeit wegen Contractbruchs für die Arbeiter, wie für ihre Führer und Vertreter, eine Verschärfung erfahren; alle Arten von Repressalien (Entlassungen, Aussperrungen etc.) würden angewendet werden; endlich aber würde auch die Sache des Proletariats alle die Sympathieen, das Entgegenkommen, die Ermutigungen verlieren, die für ihre allmählichen Eroberungen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft notwendig sind, das Proletariat würde in der selben, in der es vorläufig weder die numerische Mehrheit noch die dominierende Macht bedeutet, isoliert dastehen, und die Erbitterung der herrschenden Kreise würde den Classengegensatz zu einem Zustande von dauernder Gespanntheit zuspitzen, der die Möglichkeit von Reformen und socialen Fortschritten hindern würde, da diese ja ohne die moralische Zustimmung eines grossen Theiles des Bürgertums sich vorläufig nicht durchführen liessen.

4. Um alle diese Eventualitäten zu vermeiden, muss der Generalstrike kurz sein, sich ein wohlabgestecktes und leicht erreichbares Ziel setzen und von bevollmächtigten Vertretern, die das Vertrauen der Masse haben, im Geiste der Eintracht und mit völliger Klarheit über Wege und Ziel geleitet werden. Nur unter diesen Bedingungen, die, wie ich zugeben muss, nicht leicht alle zu erfüllen sind, kann der politische Generalstrike in den Grenzen bleiben, die er sich vernünftigerweise stecken muss. Vor allem ist die Kürze des Strikes eine wesentliche Bedingung, weil ja der Strike gerade jener Masse der Arbeiter den Lohn entzieht, in der die Mehrzahl nur über sehr spärliche Reserven und einen äusserst beschränkten Credit verfügt, die darum als Gesamtheit und gleichmässig nur zu einem kurzen Opfer herangezogen werden kann; zieht sich die Sache

in die Länge, so wird die partielle Fahnenflucht und der Streit unter den Arbeitsgenossen in der Masse selber verhängnisvoll, Gewaltstreiche werden unvermeidlich, Unfälle wahrscheinlich, kurz, die ganze Bewegung artet aus.

5. Aus dem selben Grunde muss der Strike die wesentlichen Erfordernisse des öffentlichen Lebens, die Productionszweige von unbedingter allgemeiner Notwendigkeit respectieren: Licht, Brot, Trinkwasser, den Sanitätsdienst, die Post- und Telegraphenverbindungen, die Tagespresse etc. Die Aufhebung dieser Institutionen, die für die feierliche Wirkung des Protestes oder der Volksdemonstration selber nicht unbedingt notwendig ist, widerstreitet den höheren Forderungen der Civilisation, die bei jedem politischen oder Classenkampf erfüllt werden müssen, sie schadet dem Ziel des Strikes selbst, indem sie den Widerstand, nicht nur einer Classe oder der Regierung, sondern fast der ganzen Bevölkerung, die Mehrzahl der Arbeiter selbst nicht ausgeschlossen, gegen den Strike auf die Beine bringt und die schon vorher erwähnten reactionären Strömungen wirkungsvoll verstärkt.

6. Ist der Strike einmal ausgebrochen, so müssen die Männer, die bei der Masse Autorität haben, mögen sie den Strike selber billigen oder nicht, persönlich ihren ganzen Einfluss aufwenden, um im Interesse des Proletariats den Strike in den Grenzen der Mässigung, Gesittung und Vernunft zu erhalten.

Ich masse mir wahrhaftig nicht an, in wenigen Linien das *Handbuch des vollendeten politischen Generalstrikes* vorgezeichnet zu haben — es wäre pedantisch, ein solches Phänomen in allen minutiösen Einzelheiten festlegen, es in das Prokrustesbett allzu zimperlicher Anstandsregeln einsperren zu wollen —, aber ich denke doch, dass diese Principien eines intuitiven gesunden Menschenverstandes von wenigstens acht Zehnteln der Abgeordneten der äussersten Linken und der enormen Mehrheit aller derer unterschrieben werden könnten, die der proletarischen Organisation und Action in ernster Überzeugung die beste Kraft ihres Geistes und ihrer Seele weihen.

An diese oder ähnliche Principien hielten sich aber leider jene nicht, die von ihrem Sitz in der Arbeitskammer und von dem Sperrsitz der Mailänder Arena aus vorschrieben, welche Bedeutung der Generalstrikes haben, welchen Gesetzen er folgen sollte, und denen es so gelang, ihn ausschliesslich als ihren Sieg erscheinen zu lassen. Sie haben auf dem Provinzialparteitag von Brescia, auf dem sie vor einigen Monaten mit wenigen Stimmen siegten, die Theorie aufgestellt von dem Stein, der, in den socialen Mechanismus geschleudert, dessen Triebwerk aufhält und zertrümmert, sie haben das Wunder der *entschlossenen Tat* und die Wahnidee von dem *befreienden Handstreich* gepredigt. Für sie waren also die straflos gebliebenen Morde der Polizei, die armen Toten von Buggerru, von Castelluzzo und Sestri, der aufrichtige Schmerz und der mannhafte Protest der Arbeiter, die die Unverletzlichkeit des Lebens ihrer Brüder forderten, für sie konnten sie nichts anderes sein, als eingestandenermassen der Vorwand zu der ersten praktischen Erprobung ihrer Lehre. Den einen Ruhm müssen wir ihnen lassen: in der weiteren Entwicklung ihrer Lehre waren

sie durchaus consequent und fühlten sich durch keinerlei menschliche Unschlüssigkeit oder Scrupel gehemmt. Durch die von der Regierung angeordnete Zurückziehung der Organe der öffentlichen Gewalt ermutigt, gaben sie sich alle Mühe, der strikenden Masse, die zu den Versammlungen gekommen war, die Überzeugung beizubringen, sie wäre durch ein neues, seltsames Wunder — mit einer kleinen spasshaften Vorwegnahme des Jahres 2000 — ohne Gewalt und mit einem Sprunge die absolute Herrin nicht allein einer grossen Stadt, sondern auch der ganzen Nation geworden; sie constituieren die groteske Parodie einer provisorischen Regierung, die Ukase ausgab und der Staatsbehörde die Form und den Inhalt der officiellen Bekanntmachungen vorschrieb, massten sich an, den Vertretern des Volkes Befehle zu erteilen und nach ihrem Gutdünken ihr Mandat für erloschen zu erklären, improvisierten eine Polizei zu ihrem Gebrauch und weckten in der Bürgerschaft die Erinnerungen und die Empfindungen von dem Schrecken der greuelvollen Tage des Belagerungszustandes von 1898. Sie versprachen in den Versammlungen feierlich den Sturz der Regierung, vor dem die Arbeitseinstellung — so verkündeten sie — unter keiner Bedingung aufhören dürfte. Dann aber, 24 Stunden später, leugneten sie die Versprechungen vom Tage vorher ab und suchten ihren Rückzug durch die Erklärung zu decken, es wäre nichts anderes, als ein erster proletarischer Mobilisierungsversuch gewesen, der bei einer künftigen Gelegenheit für *umfassendere Ziele* wieder aufzunehmen wäre, bei der dann nicht allein die Regierung, überhaupt nicht nur die Form der Regierung, sondern auch manches andere fortgefegt oder, wie einer ihrer berufensten Redner sagte, »die Bude mitsamt den Puppen in die Luft gesprengt« werden würde. Und darin erblickten manche Gemüter die *Dictatur des Proletariats!*

Indessen, alle diese Erscheinungen haben nicht das eigentliche Wesen des Strikes ausgemacht, auch waren sie nicht seine notwendige und unausbleibliche Folge. Sie waren erst recht nicht das Werk der Arbeitskammer, der proletarischen Organisationen. Wenn diese, wie man zugeben muss, nicht dagegen Front machten und damit eine allzu geringe Kenntnis der Sachlage und eine mangelnde politische Schulung bewiesen, so sind sie deshalb doch noch lange nicht mit schuld daran. Das ist ja später selbst von dem Ministerpräsidenten anerkannt worden.

Wenn aber die Arbeitskammer — was schliesslich erklärlich ist —, ohne sich allzu viel zu vergeben, sich von einem kurzen Freudentaumel mit fortreissen liess, so stellt sich die Frage doch ganz anders, so weit die sozialistische Partei Italiens hier hineingezogen ist. Denn jene Führer des Mailänder Strikes, jene Prediger der erlösenden Gewalt, jene Verteidiger der eroberten und erobernden Menge, die die mühevollen und complicierten Arbeit des proletarischen Heeres wieder auf die primitiven Handstreich einer ungeschulten Horde zurückzuführen suchen, sind doch, wenn man recht hinsieht, ihre legitimen Söhne. Sie stehen an der Spitze einer Parteiorganisation, ja der einzigen officiellen Organisation, in die hinein man alle Mailänder Socialisten nötigen möchte, sie geben ein Blatt, die *Avanguardia Socialista*, heraus, das sich des Nimbus und des Schutzes der italienischen socialistischen Partei bedient, wenn auch nur, um diese auf-

zulösen und zu schmähen, und in dem — die Gerechtigkeit verlangt, dies anzuerkennen — ihre Überzeugung und ihre Absichten von keinem Feigenblatt schamhaft verhüllt werden.

Soll die socialistische Partei Italiens, sollen die Mitglieder der socialistischen Parlamentsfraction sich mit ihnen solidarisch erklären? Am Scheidewege des Generalstrikes steht die ganze Taktik der socialistischen Partei, steht der ganze Socialismus in Frage:

Auf der einen Seite: Ausbildung des proletarischen Bewusstseins und des Solidaritätsgefühls in den Gewerkschaften, in den Genossenschaften, auf dem Kampfplatz der Wahlen zu politischen und Verwaltungskörperschaften, Fortbildung, Propaganda, Eroberung von Institutionen, Gesetzen, Schutzmassregeln für die Arbeiter, Förderung der intellectuellen, technischen, moralischen Kräfte, die das Proletariat im täglichen Classenkampfe braucht, allmähliche und intensive Durchdringung der Arbeiterschaft und ihrer Vertreter mit dem Bewusstsein ihres Einflusses in den politischen Positionen, die bis vor kurzem noch ausschliesslich der Bourgeoisie dienen, immer wachsende Befähigung zur directen Leitung in ökonomischer und politischer Hinsicht, Vorbereitung und Durchführung von Bestimmungen, die ausgesprochen demokratischen und reformatorischen Charakter haben: ein wirksamer und geschickt geführter Clasenkampf, der der Intensität der allgemeinen ökonomischen Entwicklung entspricht und in gemässigten und civilisierten Formen verläuft, die durch die Evolution vorbereitete und verbürgte Revolution.

Auf der anderen Seite: Verblendung des proletarischen Bewusstseins durch die Vorspiegelung einer unbesiegbaren Kraft, die tatsächlich nicht vorhanden ist oder kaum am Anfange ihrer Entwicklung steht; daraus folgt dann die Verachtung der Wahlen, der parlamentarischen Tätigkeit, der legislativen Reformen, die als ein betrügerisches Spiel betrachtet werden, das die Herrschaft der bürgerlichen Classen nur stärkt und sichert, die exaltierte Betonung der unmittelbaren und totalen Eroberung der Macht, das Blendwerk *proletarischer Dictaturen*, die auf der Strasse durch Massenbewegungen gewonnen werden, die notwendige Aufgabe jeder geduldigen Vorbereitungsarbeit und eines positiven Aufbaus, ein zügelloser und wilder Krieg, der die ökonomischen Kräfte zerstört und hier und dann durch krampfhaftes Zuckungen und blutige Reactionen unterbrochen wird; unvermeidliche Vernichtung der proletarischen Organisation; Provocation lähmender Zwangsmassregeln; Unmöglichkeit jeder demokratischen Regierung; Zunahme physischer und moralischer Verkommenheit: die Revolution, die man wundertätigen Zauberkräften überlässt.

Zwischen diesen beiden Wegen gibt es keinen Berührungspunct. Der eine führt in mühevolem Aufstieg direct zum Socialismus, der andere wird immer gefährlicher in seinen Windungen und mündet schliesslich in der Reaction. Hier einen Mittelweg zu finden, ist unmöglich. Der socialistischen Partei bleibt nur die Wahl. Aber die Wahl hat keinen Wert, wenn ihr nicht die kühne Tat auf dem Fusse folgt. Auch die beste Strasse führt den nicht zum Ziel, der nicht auf ihr vorwärts schreitet. Und wenn der Weg der Reformen verdorben ist, so ist der Notaufstand auch angesichts des Unheils unvermeidlich, so wenig er auch Erfolg haben mag.

Vor diesem Dilemma steht jedoch nicht allein die socialistische Partei. Nicht nur ihr liegt die Leitung und die Verantwortlichkeit für die sociale Bewegung ob; diese ist nicht nur das Werk einer Classe. Alle Volksparteien, alle Gruppen der äussersten Linken beschäftigt fortwährend die selbe Frage. Was eine Uneinigkeit socialistischer Tendenzen in der italienischen socialistischen Partei zu sein schien und doch nicht war, erscheint in den benachbarten Parteien in seiner eigentlichen Natur: es ist im Grunde der Conflict zwischen der positiven Tat und der phrasenhaften Negation.

Der Stoss, den die letzten Ereignisse dem politischen Empfinden unseres Landes gaben, hat zweifellos die Lage zu schnellerer Entwicklung gebracht. Die Reaction, die den günstigen Wind wittert, wüthet gegen die Beisteuern zu den Arbeitskammern, verlangt stürmisch drakonische Gesetze über die öffentlichen Dienste. Die Stunde der Verantwortung hat für alle geschlagen: auch für die äusserste Linke.

Leider zeigt sich die Linke gerade jetzt der Situation keineswegs gewachsen.

Es war vorauszusehen, dass die Regierung, anstatt unserm Verlangen zu entsprechen und die Kammer einzuberufen, diese vielmehr auflösen und an das Urtheil des Landes appellieren würde. Angesichts dessen trat die äusserste Linke am 16. October zu einer Conferenz zusammen. Doch jetzt überwog die Besorgnis um die Wahlen jedes andere Interesse. Ein grosser Teil der Abgeordneten wollte sich nicht durch allzu präzise Erklärungen compromittieren: einige hatten Furcht vor der Regierung, andere vor ihren Wählern. Anstatt, dass die Einigkeit der Linken bekräftigt wurde, ging sie verloren. Damit musste man rechnen: es spielen da eben die kleinen Menschlichkeiten eine grosse Rolle, die Sucht nach Mandaten u. s. w. Nur die socialistischen Abgeordneten hielten geschlossen zusammen: Sie nahmen mit grosser Majorität (mit 20 Stimmen gegen 2, die von Ferri und Noè) eine vom Schreiber dieser Zeilen eingebrachte, von Bissolati und anderen amendierte Resolution an, die eine kurze Darstellung der politischen Situation gibt, die wichtigsten, in der kommenden Legislaturperiode durchzuführenden Reformen aufzählt, vor allem die dringende Nothwendigkeit eines die Verwendung von Militair bei Strikes und Volksbewegungen regelnden Gesetzes betont und die Ansicht der Fraction über die Verwendbarkeit des Generalstrikes dahin zum Ausdruck bringt, dass sie in ihm ein rechtmässiges und machtvollies Mittel sieht, nicht der wirtschaftlichen Revolution, wohl aber des politischen Protestes und der politischen Pression, ein Mittel, das nicht zu den normalen Waffen gehört, die die wirtschaftliche Organisation und parlamentarische Action ersetzen, wohl aber in entscheidenden Momenten zur Ergänzung der normalen Kampfmittel und unter der Disciplin der Organisationen zu verwenden ist.

Einige Tage darauf veröffentlichte der Ministerpräsident Giolitti das Decret, das die Kammer auflöst und die Neuwahlen auf den 6. November anberaumt, zugleich mit einem Bericht an den König, der das Wahlprogramm der Regierung enthält. In diesem Document, in dem er auch auf den Generalstrike hinweist, dessen Auswüchse er tadelt, ohne deren Bedeutung zu übertreiben oder sie dem Proletariat zur Last zu legen, sucht Giolitti unter der Parole *Weder Reaction, noch Revolution!* ein gewisses

Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Parteien herzustellen; er macht Concessionen nach links und rechts, er verspricht der einen Seite die Verstaatlichung der Eisenbahnen — bekanntlich eine alte Programmforderung der Socialisten und Radicalen —, der andern die Aufhebung der Strikefreiheit für das Personal der Eisenbahnen und der »anderen öffentlichen Dienste, die für das Leben der Nation unentbehrlich sind«.

Die Zerfahrenheit der äussersten Linken in der jetzigen Wahlcampagne erregt natürlich den Jubel der reactionären Blätter, die schon das Ende der selben überhaupt gekommen sehen und mit denen sich auch manche *Revolutionäre* freuen. Sie kann uns indessen nicht in unserer Überzeugung erschüttern, dass es sich nur um eine momentane Verwirrung handelt, äusserlicher Art und vorübergehend. Zu stark und zu tiefgehend sind die Gründe, die einen bedeutenden Teil des Bürgertums zwingen, in seinem eigenen Interesse eine Hebung der allgemeinen Lebenshaltung der grossen Masse zu erwünschen und das Aufwärtsstreben des Proletariats zu fördern. Zu mächtig hat schon jetzt dieses allgemeine Culturinteresse vielen, und gerade den Besten des Volkes, das Gewissen geweckt. Alle kleinen Unvollkommenheiten verschwinden in diesem grosszügigen Programm, in der umfassenden Erkenntnis des geistig frei gewordenen Socialisten. Mit der Feierlichkeit einer ernsten Selbstprüfung, mit dem offenen Geständnis begangener Irrtümer, mit festen Vorsätzen für die Zukunft, stellt er die Richtung fest, in der unsere Parteiarbeit sich in Zukunft notwendig bewegen muss. Oder sollten die Erklärungen der Führer unserer socialistischen Partei, die ihr Hirn und ihre Muskeln sind, gar nichts für die Zukunft bedeuten, all die Erklärungen, die in starker und einmütiger Begeisterung die Genossen von Costa bis Bissolati, von Prampolini bis Pietro Chiesa abgegeben haben?

Fassen wir zum Schluss die Wirkungen des Generalstrikes, soweit sie sich bisher gezeigt haben, kurz zusammen:

1. Die Reactionäre haben es erreicht, dass Neuwahlen angesetzt sind; sie hoffen von den Nachwehen des Generalstrikes zu profitieren und der Regierung eine antilibérale Politik aufzuzwingen. Giolitti dürfte sich freilich nicht dazu hergeben, doch ist es sehr wohl möglich, dass eine neue Kammer den Minister ohne allzuviel Rücksicht beseitigt.
2. Die Linke ist gespalten, die Radicalen trennen sich von den Socialisten. Das Cartell der Volksparteien, das schon in der Festigung begriffen war, hat sich rauh gelöst. In einigen Städten haben die Communalverwaltungen bereits mit den Beisteuern, die sie den Arbeitskammern zu zahlen pflegten, aufgehört u. s. w.
3. Wir bekommen möglicherweise, ja sogar ziemlich sicher ein Gesetz, das die Strikefreiheit in den öffentlichen Diensten unterbindet; die Socialisten, welche seine Einbringung bisher verhindern konnten, werden in der neuen Kammer schwerlich im stande sein, es zum Scheitern zu bringen. Man denke auch an das Beispiel Hollands, wo letzthin nach dem grossen Eisenbahnerstrike ein ähnliches Gesetz angenommen wurde!

Trotzdem ist es sehr wohl möglich, dass die Schäden, die uns der Generalstrike gebracht, sich schliesslich doch als geringer herausstellen werden, als die einen fürchten, die anderen hoffen. Die socialistische Fraction wird

wohl ihre Stellung behaupten und in der bisherigen Stärke zurückkehren, höchstens, dass sie nicht ganz den Zuwachs erhält, den sie ohne den Generalstrike vielleicht erwarten durfte. Die äusserste Linke wird, wenn sie sich von dem momentanen Schreck erholt hat, durch die Macht der Tatsachen wieder zusammengeschweisst werden. Es ist auch möglich, dass sie in Zukunft sich noch mehr, als bisher, von der Notwendigkeit der Reformarbeit überzeugt, zu der die socialistische Fraction ihr in ihrem Wahlauftritt die nötige Unterlage gegeben hat.

Endlich aber hat der Generalstrike dazu beigetragen, die Methode der Reformisten klarzulegen und damit zu stärken. Hoch über all den kleinsten Zwistigkeiten einzelner Organisationen, die leider auch manche in unseren Reihen für die grossen Stimmen von aussen taub machten, steht das Land selbst mit seinen grossen Kräften. Es verlangt nach demokratischen und socialen Reformen, und es will Leute im Parlament haben, die es verstehen, sie durchzusetzen. Bisher wurde der Reformismus viel gepredigt und wenig angewandt. Die inneren Kämpfe der Partei haben die besten Kräfte gelähmt. Das muss ein Ende nehmen. Wenn die reformistischen Socialisten die Pflicht fühlen werden, ernstlich ihre Arbeit zu organisieren, können sie dem politischen Leben Italiens eine neue Ära bringen und mit Erfolg die Wiedergeburt unseres Landes herbeiführen helfen.

XX

PAUL KAMPPMEYER · DER GENERALSTRIKE UND DIE EROBERUNG DER ÖKONOMISCHEN MACHT

Während die Praxis des Generalstrikes in Italien eine Reihe von Grossstädten in tiefe, nächtliche Finsternis legte, rief man in Deutschland, in der roten Hansastadt Bremen nach *mehr Licht* über die Theorie des Generalstrikes. Über den Generalstrike sind zwei verschiedene Begriffe im Umlauf. Dem politischen Generalstrike als einem Mittel der politischen Reform steht der gewaltrevolutionäre Generalstrike zur Niederwerfung der politischen und ökonomischen Herrschaft der Bourgeoisie gegenüber. Dieser Strike schwebte seinerzeit der Organisation der *Unabhängigen Socialisten* als Ziel vor Augen. Heute nun, wo Genosse Dr. Friedeberg mit den Argumenten eines revolutionären Ethikers den Generalstrike erörtert — man möchte beinahe sagen: predigt — tritt an die Socialdemokratie die Notwendigkeit heran, den Begriff oder besser die Begriffe über den *Generalstrike* fester zu umgrenzen. Leider ertönte, als jetzt Genosse Friedeberg die Frage des Generalstrikes in die breiten Massen warf, aus einigen Parteikreisen wieder der bekannte Ruf *Raus! raus!*, den das Fähnlein der Aufrechten und Unentwegten stets den einmal von dem breiten Parteipfade abweichenden Elementen sehr kräftig in die Ohren schreit. Bei solchem Geschrei kann der dem socialdemokratischen Parteilieben fernstehende Zuschauer leicht den Eindruck erhalten: die Socialdemokratie steht doch auf verdammt wackligen Beinen, weil sie schon ein derbes kritisches Wort aus dem Munde allzeit treuer, opferfreudiger Anhänger in ernstliche Gefahren bringt. Und so dienen jene Rufer im Streit allem andern eher, als dem Interesse der Partei, deren Beschützer sie gern sein möchten.

Dr. Friedeberg ist in seiner Rede über *Parlamentarismus und Generalstrike* von dem gleichen Unbehagen über die vermeintliche politische Untätigkeit der Socialdemokratie erfüllt, wie seinerzeit die sogenannte *Berliner Opposition*, die *Jungen*. Der alle Erwartungen übersteigende Wahlsieg der Socialdemokratie im Jahre 1890 weckte die kühnsten Hoffnungen und einen feurigen Tatendrang in der Brust der *Berliner Opposition*. Strikes entbrannten in vielen Grossstädten, und da fiel aus socialdemokratischem Munde das oft citierte Wort vom *Strikefeber* der Arbeiter. Dieses *Strikefeber* und der frische, revolutionäre Wagemut der *Jungen* gingen zum Teil aus einer Überschätzung der Wahlstimmen der Partei hervor. Gewiss, die Partei verfügte von allen politischen Parteien über die stärkste Stimmenzahl, aber sie war bei Leibe noch nicht die stärkste, machtvollste Partei des Deutschen Reichs. Erschöpft sich denn die Starke einer Partei vollständig in ihrer Stimmenzahl? Wird der politische Liberalismus etwa nur durch die Hunderttausende von Stimmen repräsentiert, die für liberale Candidaten in den letzten Reichstagswahlen abgegeben wurden? Dann wäre in der Tat der Liberalismus bereits mausetot! Der politische Liberalismus, das heisst heute die in der Volkswirtschaft und Politik noch herrschende Richtung, das heisst die umfangreichste Presse Deutschlands, das heisst die politische Herrschaft in zahlreichen staatlichen und Verwaltungskörperschaften. Die Socialdemokratie hat trotz ihrer drei Millionen Stimmen die liberale Richtung in der Politik und Volkswirtschaft erst zum Aufgeben einiger bedrohter und wirklich nicht mehr zu haltender Posten gezwungen. Ihre Presse kommt heute erst in die Hände von etwa 600 000 Abonnenten. Im deutschen Reichstag hat sie noch nicht achtzig Mandate inne, in den Landtagen der deutschen Einzelstaaten sitzen mit wenigen Ausnahmen nur einzelne Häuflein von socialdemokratischen Vertretern, in den Gemeinden gebietet sie fast nirgends über grosse ausschlaggebende Fractionen.

In ihrem leidenschaftlichen Tatendrange wollten die Berliner *Jungen* ein Stück politischer Geschichte im Handumdrehen gestalten, und im Hochgefühl junger Kraft glaubten sie der Socialdemokratie Umwälzungsmethoden vorschlagen zu müssen, die nach ihrer Ansicht schneller zu dem heiss ersehnten Ziel der Befreiung des Proletariats führen mussten. Sie besaßen im vollen Masse die natürliche Untugend der Jugend: die schreiende Ungerechtigkeit in der Beurteilung dessen, was frühere Generationen mühevoll geschaffen hatten. Welch eine ungeheure politische Erziehungsarbeit bedeutete es, in dem noch halbzünftigen Arbeiter das proletarische Classengefühl und ein weitgehendes Verständnis für das öffentliche Leben geweckt und ihn mit seinen Genossen zu einer festen und einheitlichen Classenpartei zusammenschweisst zu haben! Und diese gigantische Arbeit war in circa dreissig Jahren vollbracht worden! Grosse culturhistorische Revolutionen pflegt man nicht mit kleinen Tagesmassstäben zu messen, die *Jungen* wollten aber gar mit Stundenmassstäben an die grossen Umwälzungen der Zeit herantreten.

In die Fehler der Berliner *Jungen* scheint jetzt Dr. Friedeberg verfallen zu sein: er schätzt das mühevoll Lebenswerk der *Alten* als eine gar zu flüchtige Tagesleistung ein, und er will heissblütig in Stunden das ernten, was erst in Jahrzehnten reifen kann. Er ist tief unbefriedigt über das bisher in der proletarischen Bewegung Erreichte und Erstrebte, und grübelnd wirft er die Frage auf: weshalb hat sich das Proletariat noch keine günstigere Situation erkämpft? Und er findet folgende Antwort auf seine Frage: »Man könnte den Grund vielleicht darin suchen, dass etwa die Bewegung bei einem so tiefen und niedrigen Zustand der proletarischen Schichten eingesetzt hätte, wo es sich noch gewissermassen nur um Tiere handelte, so dass man die vierzig Jahre Classen-

kampf dazu hätte verwenden müssen, um überhaupt nur die Bedingungen eines Classenkampfs zu schaffen. Aber dem ist nicht so: das deutsche Volk ist schon seit langem eins der ersten Culturvölker, das deutsche Volk hat schon vor Jahrhunderten revolutionäres Bewusstsein gehabt, schwere und grosse Classenkämpfe sind schon vor Jahrhunderten im deutschen Volke ausgefochten worden, und auch die bürgerliche Revolution der vierziger Jahre hatte unter wesentlicher Beteiligung der arbeitenden Classen sich abgespielt. . . . Die Taktik, die das Proletariat bisher eingeschlagen hat, vielleicht hat einschlagen müssen, ist jetzt eine zum mindesten unzweckmässige. Die Taktik des deutschen Proletariats ist vom Anfang an getragen worden von einem Schlagwort *Eroberung der politischen Macht* . . . »

Ein tieferes Eindringen in die deutsche Culturgeschichte hätte dem Genossen Friedeberg gezeigt, was es für eine Bewandnis mit dem revolutionären Bewusstsein des deutschen Volkes vom Untergang der revolutionären Bauernbewegung an bis zum grossen Weltbrand der französischen Revolution gehabt hat. In Ostelbien wurden die Bauern gelegt, entrechtet und halb-versclavt — und keine Flamme eines verzehrenden Classenkampfes züngelte empor. In den engen und kleinlichen Verhältnissen eines stagnierenden Wirtschaftslebens verpiesserte unser deutsches Bürgertum im XVII. und XVIII. Jahrhundert fast vollständig. Und der riesige Feuerschein der grossen französischen Revolution erleuchtete nur sehr wenige Köpfe in der grossen deutschen Gelehrtenrepublik. Und wo waren die harten bürgerlichen Classenkämpfer der Revolution vom Jahre 1848? Über die fehlenden revolutionären Helden des Bürgertums werden Dr. Friedeberg vielleicht die Manneseelen des classenbewussten Proletariats im Jahre 1848 trösten. Nun in der revolutionären Brandstätte dieses Jahres, in Frankfurt am Main, erstrebten halbzünftige Gesellen einige Umgestaltungen der Zunftordnung, eine kleine Erhöhung der Löhne, eine Verkürzung der Arbeitszeit, eine Errichtung von Krankencassen etc. Aber Dr. Friedeberg braucht sich nicht einmal durch mühevollen Studien die Materialien zur Beurteilung der Lebensverhältnisse, der Gefühls- und Gedankenwelt des Massenproletariats in den vierziger, fünfziger und sechziger Jahren des verflorenen Jahrhunderts zu verschaffen, er hat nur das, was der Veteran der Socialdemokratie, Julius Vahlteich über die Arbeiter seiner Jugend- und Manneszeit niedergeschrieben hat, einmal zu überdenken, um sich einen klaren Begriff über die rückständigen, geistig dahindämmernden deutschen Arbeiter vor der Lassalleschen Agitation zu bilden.

Die *Jungen* beklagten seinerzeit bitter den langsamen Trab der socialdemokratischen Bewegung; und sie legten sich deshalb die Frage vor: wie kann man diesen Trab zu einem rasenden Galopp gestalten? Durch eine revolutionär-socialistische Gewerkschaftsbewegung, durch einen Generalstrike gedachten sie die ökonomische Herrschaft den Capitalisten aus den Händen ringen zu können. Sie sahen in dem Generalstrike den Helfer in der Not, den Allbefreier aus wirtschaftlicher Knechtschaft, der gleichsam im Fluge dem Proletariat die ökonomische Macht zuführen würde. Ein streitbares, vom revolutionären Geiste durchglühtes Proletariat brachte im Generalstrike die capitalistische Production zum Stillstande. Das stolze Gebäude der wirtschaftlichen Herrschaft der Capitalisten fiel dem strikenden Massenproletariat in den Schoss.

Heute, wo wieder eine Agitation für den Generalstrike, und zwar in den localorganisierten Gewerkschaften Deutschlands aufgelebt ist, verlohnt es sich, die Vorstellungen nachzuprüfen, die seinerzeit von den *Jungen* an die plötzliche Eroberung der wirtschaftlichen Macht geknüpft wurden.

Die Eroberung der wirtschaftlichen Macht dachten sich die *Jungen* wesentlich in der Form einer Generalstrikeüberempelung

der Capitalisten. Sie täuschten sich schon von vornherein über den Umfang dieser durch einen etwaigen Generalstrike erlangenen wirtschaftlichen Macht. Selbst wenn die strikenden Arbeiter die capitalistischen Betriebe zur Capitulation zwingen, wenn sie Herren und Meister dieser Unternehmungen würden, so hielten sie damit immerhin nur einen Teil der wirtschaftlichen Macht der Nation in den Händen.

Die ökonomischen Machtmittel eines Landes verteilen sich auf die landwirtschaftlichen und industriellen Betriebe, auf die Handels- und Verkehrsunternehmungen, auf den städtischen und ländlichen Hausbesitz.

In Deutschland haben wir über 2,5 Millionen selbständiger Landwirte. Von diesen gehört nur eine kleine Gruppe der Grossgrundbesitzerklasse an. Eine grosse Masse von Landwirten bedient sich nur der Hilfe ihrer Angehörigen bei der Bewirtschaftung ihres Bodens. Überhaupt kommen durchschnittlich sehr wenige Arbeiter auf einen landwirtschaftlichen Betrieb. Im Jahre 1895 standen den 2,5 Millionen selbständiger Landwirte nur 5,5 Millionen Angestellter und Arbeiter gegenüber. Ein Generalstrike, der sich selbst auf die ländlichen Arbeiter erstrecken würde, dürfte nur ganz kleine Gruppen von landwirtschaftlichen Grossbetrieben in Mitleidenschaft ziehen. Durchweg wären die selbständigen Landwirte im stande, ihre Betriebe mit ihren Angehörigen ruhig fortzuführen.

In Gewerbe und Industrie waren in Deutschland im Jahre 1895 noch 61 % sämtlicher Betriebe Zwergebetriebe, Betriebe, in denen nur eine Person, durchweg der Betriebsleiter, arbeitete. In 1237349 gewerblichen Betrieben wirtschafteten die Selbständigen ganz allein, ohne Gehilfen und ohne Motor. Zu den Betrieben mit 1 Person zählten immerhin noch 16,4 % der im Gewerbe und in der Industrie beschäftigten Personen. In der folgenden Gruppe der gewerblichen und industriellen Betriebe sind 2 bis 5 Personen durchschnittlich beschäftigt. Diese Betriebe umspannen 31,7 % sämtlicher gewerblicher und industrieller Betriebe und 23,5 % sämtlicher in diesen Betrieben beschäftigten Personen. Zahlreiche dieser Betriebe können im begrenzten Umfange von Betriebsunternehmern bei einem allgemeinen Strike weiter arbeiten. Auf die Betriebe mit über 6 und mehr Personen bleiben somit nur 7,3 % der Betriebe und 60,1 % der gesamten in der Industrie und im Gewerbe beschäftigten Personen übrig. Aber auch die Betriebe über 6 Personen haben keineswegs den ausgesprochenen Charakter von Grossbetrieben. In dem statistischen Werk *Die deutsche Volkswirtschaft am Schlusse des XIX. Jahrhunderts* werden als Grossbetriebe die Betriebe über 50 Personen bezeichnet. Wir hatten 1895 im Deutschen Reiche nur 0,9 % Betriebe, die mehr als 50 Personen beschäftigten. Der Zahl nach gab es 17941 solcher Betriebe. Sie beschäftigten über 2,9 Millionen Arbeiter, das heisst 36,3 % von sämtlichen gewerblichen und industriellen Arbeitern. Ein grosser Teil der Arbeiter unserer Grossindustrie fällt auf die katholischen Districte der Rheinlande, Westfalens und Oberschlesiens. Diese Arbeiter werden sich nicht so allgemein einem Generalstrike anschliessen, wie vielleicht die protestantischen Arbeiter Sachsens. Nicht unbeträchtlich sind ferner unter den grossindustriellen Betrieben die Commanditgesellschaften, die Commanditgesellschaften auf Actien, die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die eingetragenen Genossenschaften, die communalen und staatlichen Unternehmungen. Gegen derartige finanziell gut fundamentierte Collectivunternehmungen wird vielfach der Kampf der Arbeiter viel schwieriger sein, als gegen private Unternehmungen.

Im Handel wiegt durchweg der von einer Person geführte Handelsbetrieb vor. Es entfielen im Jahre auf die Betriebe mit 1 Person 62,8 % der Betriebe und 29,9 % der Personen. 32,2 % der Betriebe mit

40,9 % der Personen beschäftigten 2 bis 5 Personen. Über den Umfang des Bank- und Börsenwesens und über die Einflusslosigkeit der Arbeiter auf diesen wichtigen Zweig capitalistischer Volkswirtschaft brauchen wir uns hier nicht zu verbreiten.

Im Verkehrswesen spielen die Eisenbahnen die ausschlaggebende Rolle. In den voll- und schmalspurigen Eisenbahnbetrieben waren circa eine halbe Million Personen tätig, zum bei weitem grössten Teil in Staatsbetrieben; 175 000 davon waren fest angestellte Beamte. Das auf die Eisenbahnen verwendete Anlagecapital betrug 1898 und 1899 12,2 Milliarden Mark. Im Transportgewerbe gab es ferner über 44 000 Betriebe mit nur einer Person.

Auf den städtischen Hausbesitz und seine Verwaltung hat die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft keinen Einfluss. Und ungeheure Werte liegen gerade in diesem Besitze fest. Es waren zum Beispiel 1896 bei der *Berliner Feuersocietät*, einer auf Zwangsversicherung beruhenden Anstalt, allein 23 307 Berliner Grundstücke mit 3 615 602 700 Mark versichert.

Die vorhergehenden Zahlen werden zur Genüge gezeigt haben, welchen kleinen Bruchteil der ökonomischen Macht der Nation die Industriearbeiter durch einen siegreichen Generalstrike in Besitz nehmen könnten. Wir stellen hier die Hauptziffer über die erwerbstätige Bevölkerung Deutschlands nochmals zusammen: Unter den 22,1 Millionen der Erwerbstätigen Deutschlands sind gegen 2,9 Millionen in den industriellen Grossbetrieben mit über 50 Personen beschäftigt und über 4,8 Millionen Personen in den industriellen Betrieben mit über 6 Personen. Die ökonomische Einflussphäre einer im Generalstrike siegenden capitalistisch beherrschten Arbeiterschaft würde sich immerhin nur über einen Teil der ökonomischen Macht der Nation erstrecken, nicht aber über die ganze Macht der selben. Eine Umgestaltung der capitalistischen Wirtschaft im socialistischen Sinne könnten die 3 oder 4,8 Millionen grossindustrieller Arbeiter nur im Einvernehmen mit Millionen ländlicher Arbeiter, selbständiger Landwirte, staatlicher Eisenbahnarbeiter und -beamten, bewerkstelligen. Ihr Einfluss erstreckt sich höchstens auf die Betriebe mit 6 und mehr Arbeitern: auf 157 400 Betriebe oder auf 7,3 % sämtlicher Betriebe. Nur in der Form der Gesetzgebung oder der Dictatur könnten die grossindustriellen Arbeiter die übrigen Betriebe beeinflussen. Indes, die Dictatur dürfte nur dann socialökonomische Fortschritte zeitigen, wenn sie sich im Geist der grossen Majorität der Erwerbstätigen auswirkt. Dieser Geist kann aber nur dann ungezwungen in Erscheinung treten, wenn die Erwerbstätigen selbst ihre ökonomischen Geschicke gestalten können, das heisst, wenn eigentlich die ökonomisch-politische Dictatur keine Dictatur ist.

Die ökonomische Macht einer im Generalstrike siegenden Arbeiterschaft wird sich also stets innerhalb enger Grenzen bewegen. Und sie kann ferner nie der Erfolg einer plötzlichen Generalstrikeübereinnahme der Capitalisten sein. Nicht in jedem Strike und auch nicht in einem Generalstrike schlummert eine gigantische, die Machtverhältnisse der capitalistischen Betriebe umwälzende Kraft. Strikes von riesenhaftem Umfang tobten sich bereits in England in den dreissiger und vierziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts aus; aber die ökonomische Dictatur der Capitalisten in den Betrieben wurde dadurch nicht erschüttert. Selbst unorganisierte Arbeiter können in einen Strike durch flammende Beredsamkeit hineingetrieben werden, aber, aller Unterhaltungsmittel während des Strikes bar, werden sie bald mit gebeugtem Rücken den Weg zur Fabrik wieder antreten müssen. Dem Betrieb des Capitalisten wird durch einen derartigen Strike nur eine kurze Feiertagsruhe aufgenötigt. Nur unter ganz bestimmten Verhältnissen ist der Strike ein wirksames Machtmittel, wenn es nämlich

von den Arbeitern ganz allgemein und voraussichtlich auf eine längere Zeit angewendet werden kann. Eine derartige Anwendung des Strikes als Kampfmittel setzt aber eine Organisation der Arbeiter und einen reichlichen Strikefonds voraus. Je grösser das Kampfobject ist, um das sich der Strike dreht, um so langwieriger und erbitterter wird der Kampf selbst sein. Eine kleine Herabsetzung der Arbeitszeit erforderte mitunter schon monatelange Strikes. Jede Verkürzung der Herrschaft des Unternehmers im Betriebe muss mit riesigen Geldopfern der Arbeiter ausgekauft werden, geschweige denn ein wirklicher Sturz der Herrschaft des Unternehmers im capitalistischen Betriebe. Die Eroberung der ökonomischen Macht der Arbeiter in den capitalistischen Betrieben hat zur Voraussetzung eine ganze Reihe von Siegen über die Betriebsunternehmer durch eine kräftig organisierte, mit Geldmitteln reichlich ausgerüstete Arbeiterschaft. Eine Generalstrikeüberraumpelung der Capitalisten durch unorganisierte mittellose Arbeiter ist eine einfache Utopie. Die Eroberung der ganzen Herrschaft in einem wirtschaftlichen Betriebe kann nur das Schlussglied einer ununterbrochenen Folge von Teileroberungen sein. Die gefestigte ökonomische Macht der Capitalisten kann nicht durch die wirtschaftliche Ohnmacht hungernder Arbeiter gestürzt werden. Wenn man die Arbeiter in einem Generalstrike durch Hunger auf die Barricaden treibt, dann verzichtet man damit auf die Erringung der ökonomischen Macht, vertauscht das ökonomische Schlachtfeld mit dem politischen und betreibt den wirklichen Sturz der politischen Herrschaft der Capitalisten durch eine Empörung gegen die bestehende Rechts- und Staatsordnung. Wir haben in Wahrheit dann einen politischen, und nicht einen ökonomischen Kampf. Ein derartiger Generalstrike ist nur ein Vorpostengefecht der allgemeinen Strassenschlacht.

Der Generalstrike als Zerstörungsmittel der politischen Classenherrschaft der Capitalisten ist bisher im grossen Umfange noch nicht von den proletarischen Massen angewendet worden. In Belgien, in Schweden diente er als wirksames politisches Demonstrationsmittel nicht etwa zum Sturz des capitalistischen Staatswesens, sondern zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Und die Einführung dieses Rechts ist durchaus noch nicht gleichbedeutend mit dem Anbruch der Götterdämmerung für den Capitalismus. Das allgemeine Wahlrecht, demokratische Verfassungs- und Verwaltungsformen verhindern am ehesten die brutale Unterdrückung der Interessen millionenköpfiger socialer Gruppen. Diese können sich innerhalb freiheitlicher Verfassungsformen ganz anders auswirken, als in unfreiheitlichen, die Machtverhältnisse dieser Gruppen künstlich unterdrückenden Formen. In einer Gesellschaft mit Millionen selbständiger Kleinhandwerker, Kleinbauern, Kleinhändler, deren politischer Einfluss sofort durch ein plutokratisches Wahlrechtssystem totgeschlagen wird, findet der Kampf der Arbeitermassen für das allgemeine Wahlrecht oder gegen den Wahlrechtsraub sicher in diesen socialen Gruppen natürliche Verbündete. Der Politiker, der möglichst grosse Volksmassen gegen reactionäre Wahlrechtsumtriebe mobil machen will, darf sich nicht bei einem derartigen Massenaufgebot allein auf die Heerscharen der Arbeiter beschränken, sondern muss auch die Volkselemente ins Feuer führen, deren politische Interessen tödtlich durch den Wahlrechtsraub verletzt werden. Eine allgemeine Arbeitsruhe in den grossindustriellen Betrieben bringt bei einer allgemeinen politischen Demonstration plastisch zum Ausdruck, wie gross und wie einflussreich unter Umständen die Massen sind, die durch einen Wahlrechtsraub entrechtet werden sollen. Eine Arbeitsruhe kann sich auch der Kleinbetrieb im Interesse einer allgemeinen politischen Demonstration auferlegen. Den grossbürgerlichen wahlumstürzle-

rischen Kreisen beweist die allgemeine Arbeitsruhe, welcher Widerstände sie sich in ihren Betrieben von den politisch entrechteten Massen zu versehen haben. In dieser Hinsicht liegt in der allgemeinen, den capitalistischen Betrieben aufgenötigten Arbeitsruhe ein wichtiges politisches Zwangsmittel zur Verhinderung des Wahlrechtsraubes.

Wir würden die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts in Deutschland für ein grosses politisches Unglück gerade im Hinblick auf die gesetzliche Fortentwicklung der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse der arbeitenden Classe halten, aber nimmer würde uns diese Beseitigung zu einer pessimistischen Kopfhängerei oder gar zu einer völligen feigen Untätigkeit verleiten. Und weshalb nicht? Weil wir Socialdemokraten eben nicht in der Politik und namentlich nicht im Parlament, in der gesetzgebenden Versammlung, die grossen, die Gesellschaft umgestaltenden Kräfte suchen. Die technisch-ökonomischen Revolutionen erzeugen gewaltige, in die Tiefe gehende Veränderungen in den wirtschaftlichen und socialen Machtverhältnissen der Classen. Aus kleinen Anfängen heraus bildet sich ohne Zutun der parlamentarischen Gesetzgebung ein in den Fabriken trefflich organisiertes Proletariat. Dieses Proletariat bestimmt den ökonomischen und socialen Charakter ganzer Städte, es drängt das städtische Kleinbürgertum mehr und mehr in den Hintergrund und beherrscht das öffentliche Leben dieser Städte. Aus den Umwälzungen der wirtschaftlichen Machtverhältnisse der letzten Jahrzehnte resultiert die politische Machtstellung des Proletariats, und nicht etwa aus der parlamentarischen Gesetzgebung. Keine Beseitigung des Wahlrechts oder gar des Parlaments kann an den wirklichen politischen Machtverhältnissen des Proletariats ernsthaft rütteln. Das Argument Liebknechts, dass eine Compagnie Soldaten ein in seiner Majorität socialdemokratisches Parlament auseinanderjagen kann, spricht ebenso wenig für die Bedeutungslosigkeit eines socialdemokratischen Parlaments, wie vielleicht das Argument von anarchistischer Seite, dass eine Bombe das Parlament in die Luft sprengen kann. Gewiss, das Parlament kann auseinandergesprengt werden, aber nicht das realpolitische Machtverhältnis, das sich das Proletariat schon in der Beherrschung des öffentlichen Lebens errang. Und dieses Machtverhältniss wird sich kurz über lang wieder einen Ausdruck in einer gesetzgebenden Corporation schaffen. Parlamente sind schon oft davon gejagt worden, sie sind aber immer wieder herbeigerufen worden. Eine socialdemokratische parlamentarische Majorität hat in unserer Gesellschaft überdies zur notwendigen Voraussetzung eine wirkliche Beherrschung des ausserparlamentarischen, politischen Lebens durch die Socialdemokratie. Und diese eiserne, reale ausserparlamentarische Macht kann durch die ganze militärische Dreieinigkeit, die Infanterie, Cavallerie, Artillerie nicht auseinandergejagt werden.

Eine Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts würde die politische Tätigkeit der Socialdemokratie völlig ausserhalb des Reichstags legen. Eine ganz nachhaltige Kräftigung und Stärkung erhielte sicher dann das politische Vereinsleben. Das Zeitungswesen würde von der Socialdemokratie mit aller Energie ausgebaut werden. Alle politischen Versammlungen dürften von socialdemokratischen Argumentationen wiederhallen. Das ganze öffentliche Leben würde mit einem Wort von der Socialdemokratie beherrscht werden. Die Beseitigung des directen Wahlrechts dürfte arge Herzbeklemmungen gerade den *nationalen* Elementen unseres Volkes bringen. Die Volksmassen sähen sich nach Beseitigung des directen Wahlrechts der Möglichkeit beraubt, im Parlamente des Deutschen Reichs ihre Lebensinteressen durchzusetzen. Das, was sie nicht im Reichstag erreichen können, werden sie in den Landtagen der freiheitlichen süddeutschen Einzelstaaten zu erstreben suchen.

JOHANN LEIMPETERS · ZUM GENERALSTRIKE

Die Generalstrikeidee, die in den letzten Jahren mehrfach in Frankreich und Belgien propagiert worden ist, spukt nun auch in Deutschland in einigen Köpfen. Unter den Bergleuten des Ruhrreviers, besonders im Essener Bezirk, gibt es sehr viele Anhänger des Generalstrikes, jedoch wollen diese keinen Totalstrike sämtlicher Arbeiter eines Landes, sondern nur einen internationalen Generalstrike der Bergarbeiter. Ein solcher Strike, wenn er durchführbar wäre, könnte unmöglich ohne Erfolg für die Arbeiter sein, und darum haben die Anhänger desselben der Verbandsleitung scharfe Vorwürfe gemacht, dass diese es ablehnte, den Generalstrike auf internationalen Bergarbeitercongressen auch nur zu discutieren. In letzter Zeit findet die Idee des *politischen Massenstrikes* innerhalb unserer Partei immer mehr Anhänger, und nach den Worten Bebels in Bremen soll sogar der Generalstrike auf dem nächsten Parteitag besprochen werden. Hoffen wir, dass der nächstjährige Parteitag Nützlicheres zu tun hat!

In Bremen begründete Genosse Dr. Liebknecht einen Spandauer Antrag, den Generalstrike auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen, und machte dabei geltend, dass er nicht für den Generalstrike im Friedebertschen Sinne, sondern unter gewissen Umständen für den *politischen Massenstrike* eintrete. Nun weiss ich wahrhaftig keinen Unterschied zwischen einem politischen Massenstrike oder einem wirtschaftlichen Generalstrike zu finden. Mögen die Ursachen eines Massenstrikes nun politischer oder sonstiger Natur sein, die Folgen sind stets wirtschaftlicher Natur, und darum ist schliesslich die Friedebertsche Idee genau so viel wert, wie die Liebknechtsche. Liebknecht meinte, wir könnten in den Generalstrike hineingedrängt werden durch actuelle politische Vorgänge, und bezeichnete als solche die *Verschlechterung des Reichstagswahlrechts*. Sachsen sei ein Mene-Tekel für die Partei, und eine Partei, die die ganze Welt besiegen wollte, müsste auch soviel Kraft besitzen, die heutigen Rechte zu verteidigen. Gewiss wollen wir die wenigen Rechte, die unser Volk in Deutschland noch besitzt, nicht nur verteidigen, sondern täglich neue dazu erkämpfen; aber ob wir stets in der Lage sein werden, die Gewalt unserer Gegner zurückzuwerfen, ist eine andere Frage, wie es ebenfalls sehr fraglich ist, ob die Machthaber durch einen Gewaltstreich, wie den Raub des sächsischen Landtagswahlrechts, etwas gewonnen haben, wenn es auf den ersten Augenblick auch so scheint. Dass heute in allen bürgerlichen Parteien eine starke Strömung gegen das bestehende Reichstagswahlrecht vorhanden ist und dass die Wahlrechtsgegner von Tag zu Tag zahlreicher werden, ist eine nicht zu bestreitende Tatsache. Allerdings wird der heutige Reichstag schwerlich die Courage haben, Hand ans Wahlrecht zu legen, aber es wird möglicherweise die Zeit kommen, wo den bürgerlichen Parteien nichts anderes übrig bleibt, als ein *Entweder-oder*. Entweder treten sie ihre parlamentarische Macht an das Proletariat ab, oder sie sichern sich dieselbe durch Verschlechterung des Wahlrechts, und da ist es nicht unwahrscheinlich, dass sie zu dem letzteren Mittel greifen, denn die heutige Gesellschaft wird sich wohl bis zum letzten Mann und bis zur letzten Pistole wehren. Wir müssen darum schon heute mit der Tatsache rechnen, dass über kurz oder lang ein Attentat auf das Wahlrecht erfolgen wird. Ich bin allerdings der Meinung, dass man das Wahlrecht nicht auf einen Hieb so verschlechtert, dass unsere Partei gänzlich aus dem Reichstag hinausgeworfen würde. Das wird man nicht tun, denn eine Opposition gegen die Regierung braucht man, und auch Männer, die den Ministern die Wahrheit zu sagen den Mut haben; bei der

totalen Rückgratlosigkeit unserer bürgerlichen Parteien fällt diese Aufgabe aber allein der Socialdemokratie zu, und darum muss sie auch im Reichstag vertreten sein. Aber auch die Regierung wird die Socialdemokraten im Reichstag nicht missen wollen, denn nur aus ihrem Munde erfährt sie die Stimmung des Volkes. Doch nicht darüber, wie das Wahlrecht verschlechtert werden könne, will ich mich auslassen, sondern darüber, wie es durch den Generalstrike verteidigt werden soll.

Dr. Liebknecht rief aus: Sollen wir uns das Wahlrecht so mir nichts dir nichts rauben lassen? Sollen wir uns damit begnügen, einige Volksversammlungen abzuhalten, papierne Resolutionen annehmen lassen, oder sollen wir den politischen Generalstrike proclamieren, die Arbeiterbataillone auf die Schanze rufen? Dasselbe haben vor und nach dem Genossen Dr. Liebknecht auch andere gesagt. Unser Volk wird eine Wahlrechtsverschlechterung nicht ruhig hinnehmen, denn ein altes, in Fleisch und Blut übergegangenes Recht lässt ein Volk sich nicht so ohne weiteres rauben. Das wissen die Machthaber und Scharfmacher auch recht gut, sonst hätten sie längst einen energischen Vorstoss gemacht, den zu machen sie sich nicht eher getrauen, bis ihnen das Feuer auf den Fingernägeln brennt, bis es für sie *Biegen oder brechen!* heisst. Wenn vielfach darauf hingewiesen wird, dass das sächsische Volk sich das Landtagswahlrecht ohne energischen Widerstand habe rauben lassen, um daraus einen Schluss auf das Reich zu ziehen, so ist das grundfalsch. In Deutschland ist das Volk parlamentarisch so erzogen — und das ist zumeist unserer Partei uz danken —, nur auf die Reichstagsverhandlungen Gewicht zu legen. Die Mehrzahl der Arbeiter — ich möchte behaupten: 90 % — lesen überhaupt keine Landtagsverhandlungen, über die unsere Zeitungen vielfach gar keine Berichte bringen oder solche, aus denen man die Verhandlungen nicht richtig ersieht. Die meisten Arbeiter kümmern sich — bedauerlicherweise! — durchaus nicht um die Kompetenz des Landtags, und darum ist ihnen das Landtagswahlrecht nicht viel wert. Anders beim Reichstag, dessen Verhandlungen die Arbeiter aufmerksam lesen und von dem sie alle Hilfe erwarten, die sie auf parlamentarischem Gebiete zu erlangen hoffen. Bei der Wahlagitation zum preussischen Landtag erlebten wir es im Ruhrrevier, dass wir des Sonntags in Riesensälen vor 20 bis 30 Mann Wahlreden halten mussten, während bei der Reichstagswahlcampagne, selbst bei den Knappschaftsältestenwahlen, 1000 bis 1500 Menschen dieselben Säle füllten. Wo keine Interessen sind, stampft man auch künstlich keine heraus. Würde das preussische Volk mehr Interesse für seinen Landtag haben, es hätte auch längst Opfer für das Wahlrecht gebracht und sich ein besseres erkämpft. So hält man das Landtagswahlrecht keiner ernstlichen Opfer für wert, und was Wunder, wenn in den kleinen Vaterländern ein relativ günstiges Wahlrecht verschlechtert werden kann, ohne dass sich das Volk ernstlich dagegen wehrt! Das würde beim Raube des Reichstagswahlrechts sicherlich geschehen.

Dass nun der *politische Massenstrike* zur Verteidigung oder Zurückerobering des Wahlrechts das geeignete Mittel ist, bestreite ich ganz entschieden. Nehmen wir einmal die Voraussetzung als erfüllt an: das Wahlrecht ist uns genommen und muss nun durch den Generalstrike zurückerobert werden. Glaubt man denn wirklich, den so machen zu können, dass, wenn man in Berlin auf einen Knopf drückt, die Arbeiterbataillone auf die Schanzen stürmten? Das werden sie nicht tun. Um die Arbeiterschaft in den *politischen Massenstrike* zu commandieren, dazu gehören ganz andere Vorbedingungen, als Parteidisciplin. Dazu gehört eine allgemeine Unzufriedenheit, eine elementare Erbitterung unter dem ganzen Volke, und die schafft man nicht durch einen Parteitagsbeschluss. Ein Generalstrike kann nur kommen, wie ein Dieb in der

Nacht, ganz unverhofft, als eine spontane Eruption, aber niemals kann er vorbereitet werden, und am allerwenigsten für den Fall des Wahlrechtsraubes. Dieses wird man nicht über Nacht so Knall und Fall verschlechtern, sondern Vorlagen ausarbeiten, über die der Reichstag verhandelt. Während dessen werden draussen im Lande Protestversammlungen abgehalten, Resolutionen geschmiedet, Petitionen fabriciert; das Volk wird aufgepeitscht, während die Vorlage in den Commissionen so lange lagert, bis sich der Sturm gelegt und die Gemüter beruhigt haben. Das Temperament des deutschen Michel ist nun einmal so beschaffen, dass er sich über eine Sache erst gewaltig aufregt, aber auch schnell wieder beruhigt und sich in sein Schicksal fügt. Wir haben das ja so deutlich beim Stilllegen der Gruben im Ruhrthal erlebt. Zuerst eine gewaltige Aufregung, eine Theaterpanik: die Grubenbarone stellten sich so, als ob sie einlenkten, bis die Protestlawine sich verlaufen hatte, dann legten sie die Gruben still, und die Bürger, selbst die total ruinierten, sie — lobten den Herrn und schwiegen. Ganz so glatt wird es nun beim Wahlrechtsraub nicht abgehen, aber immerhin werden unsere Gegner alles versuchen, der nicht socialdemokratischen Bevölkerung, besonders der Arbeiterschaft, die Überzeugung beizubringen, dass die Wahlrechtsverschlechterung nur zum Schaden der Socialdemokratie sei. Wie die Verhältnisse einmal in Deutschland liegen, wäre es eine sehr grosse Frage, ob man die nicht socialdemokratischen Arbeiter überhaupt für den Generalstrike gewinnen könnte, und falls die wirtschaftliche Conjunctur eine günstige wäre, würden selbst unsere Genossen nicht einmal vollzählig auf die Schanzen steigen.

Man halte mir nicht entgegen: in Belgien, Holland, Schweden und Italien, wo die Arbeiterschaft procentual der Socialdemokratie viel weniger angehört, als in Deutschland, haben sie dennoch mitgespielt, als losgeschlagen wurde. Das mag richtig sein, aber alle diese Massenausstände waren nicht vorbereitet, sondern kamen plötzlich, ungewollt, teilweise sogar gegen den Willen der Führer. Wären sie dagegen vorbereitet gewesen, so wären sie wohl gar nicht gekommen. Und das hätte nicht geschadet, denn die meisten *politischen Massenstrikes* der letzten Jahre sind nicht nur für die Arbeiterschaft direct verloren gegangen, sondern sie haben auch überall der Gesamtbewegung sehr geschadet; das haben in Belgien die letzten Kammerwahlen deutlich gezeigt, und in Italien wird der Katzenjammer noch kommen, dessen Folgen heute noch niemand, auch nur annähernd, schätzen kann. Der *Vorwärts* schrieb in einem Artikel *Nach dem Strike*: »Es gibt Dinge, die sich nicht wägen und zählen lassen und doch schwer in die Wagschale der Geschicke eines Landes fallen. So ist nicht alles, was sich dem rechnerischen Kopfe als Vorteil dartut, ein Gewinnst für die Sache, die es galt, nicht jeder Verlust eine Schwächung der effectiv Unterliegenden. In diesem Sinne muss man den italienischen Generalstrike zu allernächst werten, nicht krämerhaft, so und soviel Millionen verlorener Arbeitstage, zerbrochene Fensterscheiben auf der einen, die Erschütterung des Cabinets auf der anderen Seite [?]. Der Strike hat eine so unschätzbare, so unermessliche Stärkung des Solidaritätsgefühls und Opfersinns in unserem Proletariat gezeitigt, er ist wie eine feierliche Mündigkeitserklärung gewesen, hat wie durch ein Wunder zur Reife gebracht, was Jahre der Organisation und der Propaganda vorbereitend gepflegt, dass er auf alle Fälle einen Gewinnst für die italienische Arbeiterbewegung darstellt, selbst wenn er zu den schlimmsten Orgien der Reaction Anlass gäbe.« Das Solidaritätsgefühl und die Begeisterung für die Sache hat sich in Italien zweifellos noch niemals in so hohem Masse gezeigt, wie während des Riesenausstandes vom 16. bis 20. September, aber war diese Begeisterung, dieses Solidaritätsgefühl nicht erzeugt aus dem Augenblick, aus den gewaltigen Hoffnungen, die man auf den

Kampf gesetzt hatte? Diese grossartige Begeisterung, aus der ja die Solidarität entsprang, wird in eine eben so grosse Resignation, in Mutlosigkeit umschlagen, sobald die Arbeiter einsehen, dass sie besiegt sind, dass all die Riesenopfer, die sie freudig gebracht haben, umsonst gebracht wurden. Jeder verlorene Strike erschüttert das Vertrauen zur Sache und oftmals noch mehr zu den Führern und wirft eine Bewegung mitunter um zehn Jahre zurück. Die italienischen Arbeiter haben in ihrem Kampf ein Ministerversprechen errungen, ohne Garantie, dass es auch eingelöst wird. Diese Garantie kann ihnen ein Minister auch gar nicht geben, da der Strike die reale politische Situation nicht hat ändern, das Kräfteverhältnis nicht hat verschieben können. Um welchen Preis hat nun die italienische Arbeiterschaft sich dieses ausgeputete Ei erkauft? Das lässt sich heute auch nicht annähernd abschätzen. In Genua stieg in den letzten Tagen des Ausstandes der Brotpreis auf 1,60 Lire pro Kilo, und was das für die Arbeiterschaft bei der buchstäblichen Armut Italiens bedeutet, kann nur der einigermaßen beurteilen, der die dortigen Verhältnisse kennt. Auf alle Fälle bedeutet das für einen grossen Teil der Bevölkerung den Anfang einer Hungersnot. In Mailand sitzen 170 Personen in Untersuchungshaft und harren ihrer Bestrafung; aus anderen Städten sind schon Aburteilungen gemeldet. 900 Ortschaften kommen in Frage, und überall wird die Justiz schwere Opfer und Sühne fordern. Das *Wche den Besiegten!* wird man sie bitter fühlen lassen, um ein Exempel für spätere Zeiten zu statuieren. Das Facit wird sein: Not und Elend, unzählige zertrümmerte Existenzen, massenhafte Ruinierung der Gesundheit und viele Jahre Gefängnis etc. In unserer Parteipresse liest man davon allerdings nichts, und ich begreife, offen gestanden, es nicht, wie man eine offensichtliche total verkrachte Action nicht eingestehen will und, anstatt *Erfolge* heraus zu construieren, nicht lieber dafür eintritt, dass solche Actionen in Zukunft verhütet würden.

Doch zurück nach Deutschland! Bringen wir bei Proclamierung des Generalstrikes die Arbeiterbataillone nicht geschlossen auf die Beine, ist unser Fiasco um so grösser und nachhaltender. Doch nehmen wir auch diese Voraussetzung als erfüllt an, supponieren wir also, dass, wenn Genosse Friedeberg in Berlin auf den Knopf drückt, die Arbeit in ganz Deutschland mit einem Schlage vollständig ruht, das ganze Wirtschaftsleben stockt: was dann? Wie lange soll unsere Arbeiterschaft, die von der Hand in den Mund lebt, den Kampf aushalten? Keine Woche! Die Generalstrikeler sagen: wenn ein solcher Strike länger als eine Woche dauert, ist er verloren. Glaubt man denn in allem Ernste, dass bei einem Kampf auf Leben und Tod, bei einem Kampf, wo es sich für die Capitalisten schliesslich um Sein oder Nichtsein handelt, sie durch eine acht tägige Arbeitsruhe zu besiegen sind? So naiv, das anzunehmen, wird unter uns wohl niemand sein, da jeder doch damit rechnet, dass die Capitalisten sich ebenfalls zu einem solchen Kampf rüsten und ihre Magazine sicherlich besser gefüllt haben, als die Arbeiter. Das geben die Generalstrikeler auch zu, sagen aber: wir müssen den herrschenden Classen zeigen, dass sie ohne unsere Arbeit auch nicht einen Tag existieren können. Als ob die herrschenden Classen das nicht eben so gut wüssten, wie wir, so dass wir es ihnen erst durch einen Generalstrike vordemonstrieren müssten! Aber nicht nur die herrschenden Classen, sondern auch die Arbeiter selbst können ohne Arbeit keinen Tag existieren, und so trifft der Schlag sie, bei vorausgesetzter gleicher Stärke, genau so hart und, da diese gleichmässige Stärke nicht vorhanden ist, sogar tausendmal härter. Eine acht tägige Arbeitsruhe würde Deutschland einen unberechenbaren Schaden zufügen, würde Tausende von Existenzen, namentlich die zahlreichen Mittelstandsexistenzen, ruinieren, ohne dass die Grosscapitalisten gezwungen würden, auch nur ein Gläschen Wein weniger

zu trinken. Unsere Grosscapitalisten sind heute durchweg so gestellt, dass sie leben können, auch wenn in einem Monat der Profit ausfällt, der im nächsten Monat darum um so höher ist. So würden gerade diejenigen, die wir treffen wollten, bedeutend gestärkt aus dem Kampfe hervorgehen, und es kann wahrhaftig nicht unsere Aufgabe sein, den Grosscapitalismus noch zu stärken.

Aber noch eins: In Deutschland würde man nach Proclamation des Generalstrikes als Antwort darauf sofort den Belagerungszustand proclamieren, alles Versammlungsrecht aufheben, so dass die Bewegung von vornherein ohne Führung wäre. Unsere Gegner, und nicht nur die Scharfmacher Stummscher Observanz, finden beim italienischen Strike nichts bedauerlicher, als die *kopfloze, zaghafte Haltung* der Regierung, die unfätig dem *grausen Spiele* zugesehen habe. An Beratungen in Versammlungen, an eine planmässige Führung des Strikes würde gar nicht zu denken sein, und was nützt uns unter solchen Umständen dann ein — Programm? Gar nichts; und zum andern würde man bei einer solchen Situation auch sicherlich recht wenig darnach fragen, ob dieses oder jenes im Generalstrikerglement steht oder was auf einem Parteitag beschlossen wurde. Für ein derartiges Ereignis, von dem niemand weiss, wie und wann es eintritt und, falls es eintritt, ganz nach den bestehenden Verhältnissen geleitet werden muss, braucht man nicht erst einen Plan fertig zu stellen. Unsere Generalstrikerler wollen nun eine *friedliche* Demonstration durchführen, bei der Ausschreitungen auf das entscheidende zu vermeiden sind, und darum wünschen sie Aufklärung unter das Volk zu bringen. Als ob die erbitterten Gemüter — die bei jedem Kampfe und Strike vorhanden sind — sich viel um die frommen Wünsche dieser *Friedensdemonstranten* kümmern würden! Durch eine *imposante Demonstration* will man die herrschenden Classen von ihrem begangenen Unrecht überzeugen und durch eine *Massenkundgebung* der Arbeiterbataillone ihnen den Willen des Volkes manifestieren. Als ob eine Gesellschaft, die mit kalter Überlegung dem Volk Recht und Freiheit raubt, die Gesetze zertrümmert, die sich auf die Macht der Bajonette stützt, durch eine Manifestation oder Demonstration sich überzeugen liesse! Mit solchen Posaunen bläst man die Mauern von Jericho nicht um, und mit solchen Mitteln erkämpft man kein Volksrecht zurück. Im Gegenteil. Die Reaction würde Orgien feiern, denn den Junkern würde der Kamm gewaltig anschwellen und sie würden den für sie so günstigen Augenblick nicht verpassen, sobald das Volk durch den Hunger besiegt, seine Kraft gebrochen wäre, *der Bestie den Zaum anzulegen*. *Jetzt oder nie!* würde die Parole der Junker und Junkergenossen heissen: jetzt liegt die Hydra besiegt am Boden, jetzt wollen wir ihr die Köpfe zertreten! So würde das Volk, anstatt das Wahlrecht zurückzuerhalten, das Coalitionsrecht, das nicht weniger Feinde, als das erstere, hat, auch noch verlieren; die Pressfreiheit — die wir ja erst noch bekommen sollen — würde, soweit sie schon vorhanden, aufgehoben, Ausnahmegesetze würden geschaffen werden. Mit dem Generalstrike spielen wir unsere letzte Karte aus, und verlieren wir das Spiel, geht auch alles verloren, was in Jahrzehnten langer und schwerer Arbeit unter ungezählten Opfern geschaffen wurde. Und darum hüten wir uns, diese Karte zu ziehen!

Genossin Zetkin rief in Bremen aus: »Der Generalstrike ist das Präludium der Revolution!« Das ist vollkommen richtig und trifft, nach unserer politischen Constellation für Deutschland mehr, als für jedes andere Land, zu. Aber »Revolutionen macht man nicht«, sagte Lassalle schon, und dann macht man auch das Präludium dazu nicht. Will man das Volk nicht *ans Messer* liefern, ist man davon überzeugt, dass der Barricadenkampf nicht mehr zu führen ist, dann spiele man auch nicht mit dem Feuer, denn nichts anderes wäre eine Propaganda für den Generalstrike, als ein tatsächliches Spielen mit

dem Feuer. Wir verwerfen die Revolution als sinnlos, und darum müssen wir auch alle Actionen verwerfen, durch die unsere Gegner uns in die Revolution hineindrängen könnten. Vor zehn Jahren traf ich in Neapel eine junge, unglückliche Frau, die mit ihrem Manne die Hochzeitsreise nach Italien gemacht hatte. Der Mann war beim Besteigen des Vesuv, in einem unbewachten Augenblick, in den Krater gestürzt. Die Frau beteuerte auf das allerentschiedenste, dass ihr Mann gar nicht die Absicht hatte, in den Vesuv zu springen. Das habe ich der Frau geglaubt, wie ich unseren Generalstrikelern auch aufs Wort glaube, dass sie unser Volk nicht *ans Messer* liefern wollen. Bei einem Generalstrike würden wir aber unbestritten auf einem brennenden Vulcan tanzen, wobei wir durch einen einzigen Fehltritt in den Krater stürzen können und verschlungen würden. Beschäftigen wir uns darum auf unserem nächsten Parteitag mit nützlicheren Sachen und überlassen wir den Generalstrike dem hohen Rat der Götter! Bescheren diese ihn uns, so werden wir hoffentlich auch ohne Parteitagbeschluss gerüstet und der Situation gewachsen sein.

XX

ALBERT SÜDEKUM · EINE PRINCIPIELLE BEMERKUNG ZUM ERSTEN DEUTSCHEN WOHNUNGSCONGRESS

Vom 16. bis zum 19. October 1904 tagte in Frankfurt am Main der erste deutsche Wohnungscngress, einberufen vom Verein *Reichswohnungsgesetz*. Seine Tagesordnung war sehr reichhaltig, die Zahl seiner Teilnehmer gross (800 bis 1000), seine Ergebnisse waren beklagenswert gering. Das hatte äussere und innere Gründe. Zu den äusseren Gründen rechne ich die mangelnde Voraussicht des Organisationscomités, das der Veranstaltung keine ausschliessende Formel zu Grunde gelegt hatte und damit den organisierten Hausbesitzern, geschworenen Feinden der Wohnungsreform, die Möglichkeit der Teilnahme und der Zerrüttung der sachlichen Verhandlungen bot. Den inneren Grund finde ich in der falschen Auffassung, die die Veranstalter des Congresses vom Wesen der Wohnungsfrage hegen. Diese Auffassung spiegelt sich schon in der Tagesordnung wieder, die wie folgt gestaltet war: 1. Die tatsächliche Entwicklung der Wohnungsverhältnisse in Deutschland in den letzten Jahrzehnten; 2. Wohnungsfrage, Wohnungsreform und die wirtschaftlichen Momente; 3. Entwicklung, Stand und Einfluss der Reformmassregeln: a) die Aufgaben von Reich, Staat und anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften in der Wohnungsfrage, b) Wohnungserstellung und Capitalbeschaffung, und zwar: 1) die Landesversicherungsanstalten und das Reichsvorgehen, 2) städtische Baubanken und Gemeindegarantie für zweite Hypothek, 3) gemeinnützige Bau- und Hypothekenbanken auf Grundlage der Selbsthilfe. Das ist die Tagesordnung eines wissenschaftlichen Concils. Die Wohnungsfrage ist aber keine wissenschaftliche, sondern eine politische Frage. Die Politik bedarf immer und überall der Wissenschaft, so oft ist sie ihre Lehrerin, oft ihre Dienerin, mit deren Material aber die Politik frei nach eigenen Gesetzen schaltet und waltet. Auf den besonderen Fall der Wohnungsfrage bezogen folgt daraus dieses: Die Hygiene lehrt uns, wie eine Wohnung mindestens beschaffen sein muss, um zur dauernden Beherrschung von Menschen zu dienen, ebenso wie die Physiologie uns angibt, welche Quantitäten verschiedener Nahrungsstoffe dem menschlichen Körper täglich zugeführt werden müssen, um ihn am Leben zu erhalten. Sowenig aber jemand darauf verfallen wird, das Nahrungs-

bedürfnis des Menschen dauernd durch die physiologischen Mindestdosen zu befriedigen, so wenig dürfen wir uns genügen lassen, den von der Hygiene festgestellten Mindestluftraum und die Mindestmenge von Licht zum Massstabe reformerischer Bestrebungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens zu machen. Diesen Mindestforderungen genügen sehr viele Proletarierwohnungen, die wir dennoch als durchaus ungenügend zur dauernden Hausung bezeichnen müssen. Über die wissenschaftlichen Minima gehen unsere praktischen Forderungen weit hinaus. Einen festen Massstab haben wir dabei nicht; uns können die Wohnungen überhaupt nicht genug schön, sauber, gesund und billig sein. In dem Masse, wie glücklicherweise die *verdammte Bedürfnislosigkeit* abnimmt, steigert das Wohnpublicum und wir mit ihm die Anforderungen an die Wohnungen; was gestern noch genügend erscheinen mochte, dünkt uns heute schon unbefriedigend, morgen menschenunwürdig.

Aus diesem Grunde ist jede Betrachtung der Entwicklung der tatsächlichen Wohnungsverhältnisse zu dem psychologischen Moment der Entwicklung der Ansprüche an die Wohnung in Beziehung zu setzen, sobald es sich darum handelt, über Reformen zu beraten. Gegen diesen fundamentalen Satz hat der erste Referent des Frankfurter Congresses grüßlich gefehlt. Professor L. Pohle glaubte aus dem ihm vorliegenden Material den Nachweis liefern zu können, dass in den Grossstädten während der letztverflossenen Jahrzehnte die Wohnungszustände merklich besser geworden wären. Abgesehen davon, dass selbst dieser Nachweis nicht bündig geliefert worden ist und bei dem heutigen Stande der Wohnungsstatistik nach meinem Erachten auch nicht geliefert werden kann, handelt es sich doch nicht allein um die Verhältnisse der Grossstädte, sondern auch um die für die Masse des Volkes ungleich wichtigeren in den kleineren Siedelungen, vorzugsweise auch in den industriellen Agglomerationen. Hierüber ging Herr Pohle mit Stillschweigen vornehm hinweg. Aber gesetzt einmal den Fall, er hätte geglaubt, auch dort die von ihm behauptete Besserungstendenz wahrnehmen und feststellen zu können — auch dann wäre seine Schlussfolgerung unzulässig geblieben, dass eine besondere Wohnungsreform überflüssig sei, weil die private Bautätigkeit mit grosser Elasticität dem Wohnungsbedürfnis jederzeit entsprochen habe. Ist etwa der Kampf gegen die entsetzlich verheerende Lungentuberculose überflüssig, weil wir seit 7 bis 8 Jahren in Deutschland eine Abnahme der Todesfälle an Lungentuberculose statistisch nachweisen können? Diese Frage aufwerfen heisst sie beantworten. Genau so steht's mit dem Wohnungselend. Eine kleine procentuale Verringerung der Wohndichtigkeit mag dem Gelehrten am Studiertsche Tränen freudiger Rührung abpressen: der Kenner der Wohnungsverhältnisse kann deshalb doch nur mit Grausen an die entsetzlichen Höhlen denken, in denen ein erheblicher Teil unseres Volkes der sicheren körperlichen, geistigen und sittlichen Degeneration entgegenzieht, wenn ihm nicht bald entscheidende Hilfe gebracht wird. Professor Pohle konnte zu seiner absurden Folgerung nur kommen, weil er die Aufgaben des wissenschaftlichen Beobachters mit denen des praktischen Politikers in einer unheilvollen Art verwechselte. Als politische Forderung stellen wir auf, dass alle unsere Volksgenossen gute und ausreichende Kost, grosse und gesunde Wohnungen zu angemessenem Preise erhalten; dazu haben wir uns in unseren Organisationen zusammengetan, darum kämpfen wir täglich. Die Wohnungsfrage ist, wie die Nahrungsfrage, wie die Bildungsfrage und andere derartige Fragen, auf das tiefste in der wirtschaftlichen, politischen und socialen Structur unserer Gesellschaft begründet; man kann sie nicht behandeln, ohne auf die tiefsten und wichtigsten Probleme des politischen Kampfes immer und immer wieder einzugehen. Wer das nicht begriffen hat oder nicht begreifen mag, der soll meinetwegen dickleibige Schwarten über die *Tendenzen* im Wohnungswesen zusammenschreiben, auf einem Congress für Wohnungsreform hat er nichts verloren. Professor Pohle hat, wie ich glaube, durch sein unzulängliches und unsachliches Referat eine politische und moralische Verantwortung auf sich geladen, der er nicht gewachsen ist. Wenn

scrupellose Hausagrariere mit seinen *wissenschaftlichen Feststellungen* krebsen und der Reformarbeit Steine in den Weg rollen, dann mag er das vielleicht nicht gewollt haben, aber er hätte es voraussehen müssen.

Indessen teilt offenbar das leitende Comité seine Verantwortung und seine Schuld. In dem Bestreben, Angehörige der verschiedenen Gesellschaftsschichten und politischen Parteien zur gemeinsamen Arbeit zu vereinen, suchte es dem Congress einen unpolitischen Anstrich zu geben. Damit besorgte es aber lediglich die Geschäfte der Reactionäre. Eine einfache Überlegung hätte es auf einen anderen Weg führen müssen. Was konnte der Congress anstreben? Eine Stärkung der parlamentarischen Initiative politischer Parteien, einen Einfluss auf die Regierungen des Reichs und der Einzelstaaten, solcher Initiative Folge zu leisten, einen Mahnruf an die Gemeinden, von sich aus die Wohnungsreform kräftig anzufassen; neben diesem politischen Wirken konnte die Beratung technischer Probleme sehr wohl ihre Stelle finden, aber erst in zweiter Reihe. Politik, Politik und nochmals Politik musste also getrieben werden, um die Wohnungsreform vorwärts zu rücken. Die politische Betätigung geschieht in der Form des Kampfes, des Classenkampfes. Also musste der Congress zum Kampfesforum werden. Und statt dessen wünschte man unpolitische Ruhe, höchstens ein Concert der Versöhnungsschalmeyen! Das war absurd, hatte sich aber selbst gegen den Willen der Congressleitung ändern lassen, wenn der compacten Masse der organisierten Hausbesitzerschütztruppe eine überlegene Schar proletarischer Classenkämpfer entgegengetreten wäre. Daran war aber nicht zu denken, weil die Socialdemokraten in einer so hoffnungslosen Minorität waren, dass sie schliesslich sogar die Beteiligung an den Beratungen aufgaben.

Von unserer Seite war ursprünglich einmal der Gedanke angeregt worden, die zahlreichen proletarischen Interessenten an der Wohnungsfrage, vor allem die Vertreter der Ortskrankencassen, für den Congress mobil zu machen. An sich wäre das spielend leicht gewesen, dass der Gedanke nicht in die Tat umgesetzt wurde, lag an mannigfachen Umständen, zumeist daran, dass über die Zweckmassigkeit der Beteiligung an paritätischen Specialcongressen in unseren Reihen keine Klarheit herrscht. Von einigen Seiten wird eine solche Beteiligung direct als ein principieller Fehler hingestellt und mit dem Argument bekämpft, dass dadurch Unsicherheit und Unklarheit in die Reihen der Parteigenossen getragen werde; andere wieder halten es für eine blosse Tactfrage. Richtiger wäre wohl, von einer Taktikfrage zu reden, über die sich sehr wohl discutieren lässt. Wahrscheinlich wird es auch zu einer solchen Discussion kommen, nachdem die *Fränkische Tagespost* geschrieben hat, der Parteitag von Jena solle die Regeln des Dresdener Parteitags über die Mitarbeit von Socialdemokraten an bürgerlichen Zeitungen auch sinngemäss auf die Beteiligung an Congressen ausdehnen, wie deren einer der Frankfurter Wohnungscongress war. Die Socialdemokraten, die ihm anwohnten — übrigens, wie ausdrücklich bemerkt werden muss, stramme *Radicale* neben ausgesprochenen *Revisionisten* — waren lediglich als Privatpersonen, nicht als officielle Vertreter der Partei, dort. Das war eine Halbheit. Dass sie sich im übrigen, wie selbstverständlich, streng auf der vom Parteiprogramm und der Lübecker Wohnungsresolution gezogenen Linie bewegten, geht am deutlichsten aus den Vorverhandlungen im Organisationsausschusse hervor. Dort haben sie scharf und energisch die laue Resolution der Congressleitung für den Entwurf des preussischen Wohnungsgesetzes bekämpft und die Unhaltbarkeit des *unpolitischen* Standpunctes sofort dargetan. Auch in einer Parteiversammlung zu Frankfurt haben sämtliche Redner — Lindemann, Zielowski, Erkes, Hue, Quarek und ich — ihre in der Hauptsache durchaus übereinstimmende Ansicht über den Congress ausgesprochen: er war in seiner Anlage verfehlt, in seiner Durchführung unbefriedigend, am Ende resultatlos. Was in der Erörterung der technischen Probleme der Wohnungsreform, besonders zum dritten Punkte der Tagesordnung, angeführt wurde, wird demnächst in der Rundschau dieser Zeitschrift dargestellt wer-

den. Hier kam es zunächst nur darauf an, das Problem der Beteiligung von Socialdemokraten an paritätischen Specialcongressen hervorzuheben, das nach meiner Ansicht, wie dieser Frankfurter Congress bewies, nur durch ein *Entweder — oder* zu lösen ist.

XX

EDUARD BERNSTEIN · NATIONALE BESONDERHEITEN UND INTERNATIONALE SPRACHE

Als A. Serrailier, Mitglied der französischen Section der *Internationalen*, nach dem Sturz der Commune von 1871 nach Brüssel kam, ward er beim ersten Zusammentreffen mit dem Redaktionsstab des socialistischen Wochenblattes *La Liberté* mit allerhand Kritik der Commune regaliert. Er soll das alles ruhig angehört und dann am Schluss lakonisch geantwortet haben: »Maintenant traduisez moi tout cela en français!«

In dieser Anekdote kommt zweierlei zum Ausdruck: einmal die Differenzen zwischen der Partei des Generalrats der *Internationalen*, dessen Vertrauensmann Serrailier war, und der proudhonistisch-bakunistischen Opposition, deren gemäßigtem Flügel die Brüsseler angehörten, und zweitens die Anschauung, dass, von Accentuationsunterschieden abgesehen, das in Brüssel gesprochene Französisch etwas ganz anderes sei, als das der massgebendsten Stadt Frankreichs, das Pariser Französisch.

Dass selbst die gleiche Sprache schon bei geographisch kleinen Entfernungen mit Variationen gesprochen wird, für gleiche Begriffe verschiedenartige Worte, gleichlautende Worte in verschiedenartigem Sinn gebraucht, ist bekannt. Noch heute wird zum Beispiel in gewissen Gegenden des deutschen Sprachgebiets das Wort *Schelm* nur noch als Bezeichnung für eine zu humoristischer Neckerei aufgelegter Persönlichkeit gebraucht, während es in anderen Gegenden noch den alten Sinn des schlechten, hinterlistigen Patrons beibehalten hat. Die Entwicklung der Sprache steht so wenig still, wie die Entwicklung anderer Elemente des gesellschaftlichen Lebens, aber sie vollzieht sich nicht überall in gleichem Schrittmaß. Die Aggregatverhältnisse, das durch wirtschaftliche und geographische Umstände bedingte Verkehrsleben, die mehr oder weniger intimen Beziehungen zu Völkern anderer Sprache beeinflussen die Wandlung der Wortbedeutungen und der Neubildung von Worten je nach ihren Besonderheiten auch in besonderer Weise; ein enger Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Sprache, Verkehr und Sprache, Sitte und Sprache ist unverkennbar. So kann es in der Tat vorkommen, dass im Gebiet der gleichen Sprache Menschen einander nicht richtig verstehen, auch wenn sie sich grammatikalisch richtiger Worte und Wortwendungen bedienen. Der Deutschschweizer bleibt, auch wenn er *hochdeutsch* spricht, dem Norddeutschen bisweilen unverständlich.

Wie mit der Sprache im allgemeinen, so mit den politischen Begriffen im besonderen. Auch hier findet immer wieder Veränderung und Wandlung statt. Mit dem Charakter des politischen Lebens verschwinden die Ausdrücke nicht, die es geschaffen hatte, sie ändern nur ihren Sinn. Was einst ein sehr bestimmtes, concretes Verhältnis bezeichnete, wird nun in übertragender Bedeutung für alles mögliche gebraucht. Man denke nur an die Wandlung der Begriffe *frei*, *Freiheit*, *eigen*, *Herr*, *Herrschaft* etc. Dem Schreiber dieses ist es noch passiert, dass, als er einmal einem Arbeitsmann in aller Höflichkeit einen Stuhl mit den Worten anbot: »Bitte, setzen Sie Sich, Herr!«, der so Angeredete ihm in barschem Ton beleidigt antwortete: »Ich bin kein Herr!« Die Um-

stände schlossen es aus, dass der Arbeitsmann durch irgend etwas anderes beleidigt war, als durch das Wort *Herr*. Für ihn hatte es einfach noch den alten Sinn des in Herrschaftsstellung Befindlichen, und die Anwendung auf ihn kam ihm demgemäss ungehörig, vielleicht als Ironisierung vor; wie ja auch in unserer heutigen Umgangssprache von einer anderen Seite her je nachdem *Herr* höhnisch gebraucht wird.

Diese Wandlung im Sinne der politischen und socialen Begriffe spielt auch in den Debatten der Socialdemokratie ihre Rolle. National nur noch wenig; da hat sich, und speciell in Deutschland, die Socialdemokratie eine bestimmte politische Begriffssprache geschaffen und durch Definitionen festgelegt. Wir sprechen marxistisch, und bei der starken Tendenz zur Annäherung der ökonomischen Verhältnisse wird diese, einer bestimmten ökonomischen Entwicklung entsprechende Ausdrucksweise auch überall so ziemlich gleichmässig verstanden. Ich sage *ziemlich*, denn bei genauer Umfrage würde man in Bezug auf bestimmte Begriffe immer noch in Ostelbien auf etwas andere Auslegungen stossen, als im Rheinland, in Bezug auf andere Begriffe in Norddeutschland auf andere Auslegungen, als in Süddeutschland.

Die marxistische Sprache ist aber bekanntlich nicht von deutschen Verhältnissen abgeleitet. Als sie ausgebildet wurde, nahmen ihre Schöpfer die zwei damals entwickeltsten Länder, England und Frankreich, zu Typen, und zwar mehr noch England, als Frankreich. Die marxistische Lehre vom Classenkampf ist ideologisch aus Frankreich übernommen, das materielle Vorbild aber lieferte ihr England. Kein Wunder, dass zur Zeit ihrer Entstehung die so gewonnene Sprache in Deutschland und dem sonstigen Osteuropa kaum verstanden wurde. Man ersieht dies unter anderem aus den verzweifelten Versuchen, den Begriff *Bourgeois* zu bestimmen. Ruge übersetzte ihn 1850 mit *Grossbürger*, wofür in den siebziger Jahren der Ausdruck *Mastbürger* aufkam, der aber nur agitatorisch zu verwenden war. Lassalle half sich 1862 mit einer juristisch-politischen Erklärung: wer auf Grund seines Besitzes besondere politische Rechte beanspruche, sei ein *Bourgeois*. Gegen die Übersetzung von *Bourgeois* mit *Bürger* schlechthin sträubte sich sein scharfes rechtstheoretisches Empfinden; zu welcher Confusion sie verleitet, zeigt das Schicksal des Begriffs *bürgerliche Gesellschaft*, der einmal, als blosser Übersetzung von *société bourgeoise*, Gesellschaft der Classenherrschaft der Bourgeoisie, das andere Mal aber als generelle Bezeichnung für jede von Feudaleinrichtungen freie, nicht-communistische Gesellschaft gebraucht wird. Dass solche Begriffsconfusion aber jeweilig das politische Verhalten beeinflussen kann, braucht nicht erst dargelegt zu werden.

Aber nicht nur in Deutschland, auch in England, das der marxistischen Theorie die ökonomische Begründung lieferte, ist der Begriff *Bourgeoisie* ein importiertes, noch heute nicht acclimatisiertes Gewächs. Weder der Begriff *gentry* noch der der *middle classes* — der Engländer wird sehr selten *middle class* sagen — decken sich mit ihm. Wer von der heutigen Gesellschaft als einer *gentry-society* oder *middle class society* sprechen wollte, würde einfach nicht verstanden werden. Will der englische Socialist die heutige Gesellschaft ökonomisch-politisch charakterisieren, so spricht er heute wohl von einer *capitalistischen Gesellschaft*. Aber selbst dieser Ausdruck ist importiert. Viel näher liegt dem englischen Socialisten die ethisch-socialen Kennzeichnung der heutigen Gesellschaft als die dem Handel unterworfenen und vom Handelsgeist erfüllte Gesellschaft: *commercial society*. Und als Kampf gegen diese Herrschaft des Handelsgeistes fassen viele englische Socialisten, fasst insbesondere die englischste der socialistischen Fractionen Englands, die *Independent Labour Party*, in erster Linie den Kampf des Socialismus auf. Der Kampf gegen die Ausbeutung

des Arbeiters durch den Unternehmer und den Einfluss des Besitzes ist ihr nur eine Unterabteilung, ein Teilelement dieses Kampfes. Nur wenn man das weiss, wird man es verstehen, warum sich ihre Führer in Amsterdam und schon früher weigern konnten, die Lehre vom Classenkampf als Fundamentalprincip des Socialismus anzuerkennen.

Auf den ersten Blick berührt es eigentümlich genug, gerade Socialisten des Landes, aus dessen Entwicklung die Lehre vom Classenkampf gezogen wurde, sich gegen die Classenkampfparole aufbäumen zu sehen. Bemerkte sei dabei, dass, wenn oben die *Independent Labour Party* die englischste der socialistischen Fractionen Englands genannt wurde, dies nicht etwa im schlechten Sinne nationaler Borniertheit zu verstehen ist, sondern nur in dem Sinne stärkerer Erfassung des englischen Volksgeistes. Nicht opportunistische Rücksichtnahme auf die Vorurteile des englischen Volkes, sondern ein starkes Empfinden dafür, wo die Hauptfehler des englischen Volkes liegen, ist hier das Leitmotiv ihrer Stellungnahme. Der deutsche Socialist, der überzeugt ist, in der Classenkampfformel die Summe der socialistischen Lehre zu besitzen, wird leicht über den Ausländer, der sich gegen diese Formel erklärt, die Achsel zucken und sich dessen Gegnerschaft lediglich aus mangelnder Erkenntnis erklären. Diese Erklärung ist aber selbst mangelnde Erkenntnis. Wenn ein Volk oder ein führender Teil eines Volkes sich sträubt, eine Parole anzunehmen, so ist in neunundneunzig von hundert Fällen das kein intellectueller Fehler, sondern eine Folge seiner Geschichte beziehungsweise seiner geschichtlichen Entwicklung. Um die Weigerung zu verstehen, muss man diese studieren. Je nachdem mag sich dann herausstellen, dass die Ablehnung keine Rückständigkeit, sondern das Gegenteil anzeigt.

Ein Volk, sagt Lassalle irgendwo dem Sinne nach, kann gar nicht anders, als das Fremde gemäss seiner eigenen Geschichte in seine Sprache zu übersetzen.

Die Debatten über die Taktikresolution des Amsterdamer Congresses haben in England in den Spalten des *Labour Leader* in einer Debatte über die Maxime des Classenkampfes einen Nachhall gefunden. Es ist interessant, dieser Debatte nachzugehen. Man wird aus ihr ersehen, dass in der bezeichneten Gegnerschaft in der Tat mehr steckt, als mangelndes Verständnis für den Sinn der Maxime.

Es wird den deutschen Leser schon stutzig machen, wenn er im *Labour Leader* vom 26. August Bruce Glasier, den Präsidenten der *Independent Labour Party*, in Bezug auf die Verhandlungen in der britischen Section des Amsterdamer Congresses berichten hört: »Ich brandmarkte sie [die Classenkampfmaxime] als eine reactionäre und whiggistische Lehre.« Was sollen, wird er fragen, die Whigs, dieser Flügel der englischen Besitzaristokratie, mit der Frage zu tun haben? Aber es ist in England eine alte Charakteristik der Whigs, die besonders scharf 1836 von Disraeli in seinem Pamphlet *The spirit of Whiggism* niedergelegt ist, dass die Whigpolitik darin bestehe, eine Classe nach der anderen als politischen Factor aufzurufen, immer wieder neue Classeninteressen gegen das von den Tories vertretene nationale Interesse ins Feld zu führen. Man findet denn auch wirklich den Classenkampf — allerdings nicht den proletarischen — gerade bei liberalen Schriftstellern Englands stark betont, ganz besonders von seiten des radicalen Flügels der Benthamischen Schule. So unter anderem bei Buckle. Als Gladstone seinerzeit vom Gegensatz der Massen gegen die — privilegierten — Classen sprach, trat er keineswegs aus der whiggistisch-radicalen Tradition heraus; er gab ihr nur eine den veränderten Verhältnissen entsprechende neue Formel.

»In unseren Tagen sind die Whigs auf den Schultern der Fabrikanten zur

Macht gelangt«, heisst es im *Spirit of Whiggism*, »in den Tagen Walpoles spielten sie dasselbe Spiel mit dem commerciellen Interesse [die Grosskaufmannschaft] . . . Wenn uns das Studium der Geschichte wirklich nützen soll, wird die Nation heute darüber wachen, dass dasselbe Ergebnis nicht die Folge der gleichen Ursachen sein wird.« Aber das geistreichste Pamphlet hält den Gang der Geschichte nicht auf. In den sechziger Jahren verbündeten sich die als liberale Partei constituirten Whigs mit der oberen Schicht der städtischen Arbeiter, in den achtziger Jahren riefen sie die grosse Masse der Arbeiterschaft überhaupt in die politische Arena. Soweit ist die Ausspielung von Classeninteressen als politisches Ferment für England weder praktisch noch theoretisch eine neue Sache. Sie erfüllt vielmehr die ganze Geschichte seiner Parteikämpfe im XVIII. und XIX. Jahrhundert. Als die moderne Arbeiterbewegung politische Formen annahm, in den Tagen der Geburt der Chartistenpartei, spielte die Classenlehre — allerdings in wenig ausgebildeter Form — auch in ihren Organen eine Rolle.

Das wäre freilich noch keine Erklärung dafür, warum die englischen Socialisten sie nicht heute in erweiterter Form aufnehmen wollen. Im Leben der Parteien ist es nichts Ungewöhnliches, dass Ideen, Begriffe, Forderungen für eine Weile fallen gelassen werden, fast in Vergessenheit geraten, und eines Tages in erweiterter Gestalt zu neuem Leben, neuer Wirkungskraft erwachen. Wenn die Lehre lebenskräftige Wahrheit ist, dann muss sie sich auch durchsetzen, ob einzelne Führer das wollen oder nicht. Aber wird denn die Lehre den englischen Socialisten in erweiterter Gestalt, und zwar in so erweiterter Gestalt dargeboten, wie dies auf den Stand der englischen Entwicklung passt?

Wer die Geschichte der gegenwärtigen socialistischen Bewegung Englands kennt, wird nur eine verneinende Antwort geben können. Es ist einer der Gründe für die bisherige politische Ohnmacht der Socialdemokratie in England, dass ihre Wiedererwecker mit Schlagworten argumentierten und operierten, die zwar in anderen Ländern sich als wirkungsvoll erwiesen haben, in England aber keine tiefere Wirkung ausüben konnten, weil die Verhältnisse in verschiedener Hinsicht über sie hinausgewachsen waren. Was für eine jungfräuliche Arbeiterbewegung passt, der die Unternehmerclassen verständnislos abweisend gegenübersteht, kann auf eine Bewegung keinen starken Eindruck machen, die seit Generationen besteht und die Unternehmerclassen zu Zugeständnissen aller Art, insbesondere Anerkennung der Arbeiterorganisationen gebracht hat. Auch in Deutschland würde heute eine Agitationsrede, die in den sechziger und siebziger Jahren noch die grösste Wirkung hervorbrachte, zum grössten Teil nur den Eindruck einer Curiosität machen. Wie erst in einem Lande mit älterer Bewegung, mit ganz anderen politischen Einrichtungen, mit insbesondere einem entwickelten Parlamentarismus.

Nichts veranschaulicht dies besser, als ein Artikel, den das angesehenste Mitglied der *Independent Labour Party*, Keir Hardie, im *Labour Leader* vom 9. und 16. September unter dem Titel *Ein Wort wider den Classenkampf* veröffentlicht hat. Hören wir einige Stellen:

»Nun bestreiten wir nicht, dass ein Interessenconflict besteht zwischen denen, die Eigentum besitzen, und denen, die für Lohn arbeiten. Der Pächter und sein Landlord, der Arbeiter und sein Arbeitgeber haben Interessen, die unvermeidlich zu Conflict und Gegnerschaft führen, und das Streben des Socialismus ist die Beseitigung der Ursachen dieser Gegnerschaft, so dass allezeit das menschliche Interesse massgebend sein soll . . . Zwei Punkte müssen aber hier betont werden: erstens dass der Conflict der Interessen nicht notwendig ein Classenconflict, und zweitens dass das besitzlose Proletariat — um William Morris eine Phrase zu entlehnen — keineswegs eine Classe ist. Es bildet das ganze Gemeinwesen, abzüglich bloss der besitzenden Parasiten, die Raub an ihm üben.

... Aber Selbstsucht ist keineswegs ein Monopol der Reichen. Die selben Ursachen, die den reichen Arbeitgeber zur Lohndrückerei oder den reichen Grundbesitzer zur Pächterhöhung bewegen, wirken ebenso kräftig auf Arbeiter, sobald Gelegenheit und Selbstinteresse ein gleiches Verhalten dictieren. Wenn zum Beispiel ein Consumvereinsangestellter überangestrengt und unterbezahlt wird — beiläufig in verschiedenen Landesteilen eine alltägliche Erscheinung —, so ist es kein *Classenkampf*, was wir vor uns sehen. Die Anteilsinhaber des Vereins sind sämtlich Lohnarbeiter, und das Verwaltungscomitée ist wahrscheinlich aus lauter Gewerkschaftern zusammengesetzt. Es ist ein Interessenconflict von Mitgliedern der selben Classe. Wenn der Kohlengräber an seinem Schlepper, der Weber an seinem Anknüpfer, der Vermieter an seinen Helfern u. s. w. Schweistreiberei übt, so ist das kein *Classenkampf*, sondern ein in Selbstsucht wurzelnder mörderischer Kampf zwischen Angehörigen ein und derselben Arbeiterclasse. Wenn es möglich wäre, das Eigentum an Boden und Capital in der Weise von den Reichen auf die Armen zu übertragen, dass jedes Gewerbe ein Interesse daran hätte, die anderen zu unterdrücken, so würde dieser Wechsel eher Verschlechterung als Verbesserung zur Folge haben. . . .

Die Arbeiterclasse ist keine Classe, sie ist die Nation selbst. Im Angesicht dieser Tatsache ist es eine Degradierung der socialistischen Bewegung, sie auf das Niveau eines blossen Kampfes zweier Parteien um die Herrschaft herabzuziehen. Wir brauchen keine *classenbewussten* Socialisten; wir brauchen *bewusste Socialisten*. Männer und Frauen, die sich dessen bewusst sind, was ihr Socialismus ist und warum sie Socialisten sind. . . . Der Socialismus erklärt einem System, nicht einer Classe den Krieg; um ihn erfolgreich zu fördern, brauchen wir die Einreihung aller bewussten Socialisten ohne Unterschied der Classe. Ich bin ferner entschieden der Ansicht, dass das Bestehen auf Classenkampf und Classenbewusstsein für die socialistische Bewegung von Nachteil ist. Diese Ausdrücke mögen für die Gewerkschaftsbewegung passen, die die Fortdauer von Arbeitgebern und Arbeitern als zwei unterschiedenen Classen mit abweichenden Interessen voraussetzt; da aber der Socialismus danach strebt, die Classen in eine menschliche Familie aufzulösen, sollten solche Schlagworte als Teil des socialistischen Bekenntnisses nur dann gebraucht werden, wenn es sich darum handelt, die Anwendung der Principien des Socialismus auf die moderne Industrie zu beleuchten.

Damit schliesst der erste Teil des Artikels. Im zweiten beschäftigt sich Keir Hardie mit dem *Communistischen Manifest* und der materialistischen Geschichtsauffassung. Wie sie im *Manifest* zum Ausdruck komme, erklärt er von letzterer, trage sie dem Gesetz des Wachstums und der Entwicklung keine Rechnung. Dann fährt er fort:

„Wenn das *Manifest* erklärt, dass die Emancipation der Arbeiterclasse nur das Werk der Arbeiterclasse sein kann, so steht es auf sicherem Boden und stellt es einen Satz auf, der weder wegdiscutiert noch widerlegt werden kann; aber gerade aus diesem Grunde protestiere ich gegen das Bestehen auf dem Classenkampfdogma. Es gibt heute in England keine *herrschende* und *unterdrückte* Classe im Marx'schen Sinne. Was die Socialisten jener Tage vor sich sahen, war ein Zustand der Dinge, bei dem die besitzende Classe absolute Herrscherin war, weil die Arbeiter weder Macht noch Stimme hatten. Das ist nicht länger mehr der Fall. Wenn heute die besitzenden Classen herrschen, so deshalb, weil die stimmberechtigten Arbeiter dies so wollen; wenn der Arbeiter unterdrückt ist, so deshalb, weil er damit zufrieden ist, unterdrückt zu sein. Politisch haben die Arbeiter die Macht; wie kann eine Classe als *unterdrückt* hingestellt werden, die nicht nur die Macht hat, sich, wenn sie will, zu befreien, sondern diese Macht auch von Zeit zu Zeit, wie die Gelegenheit sich bietet, in Wirklichkeit dazu ausnutzt, dieser *Unterdrückung* Dauer zu verleihen? Was verhindert die Ausbreitung des Socialismus? Die Unwissenheit der Arbeiter. Diese Unwissenheit haben wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen, und weil das Classenkampfdogma den Arbeiter dazu verleitet, die Ursachen der Verewigung seines Elends ausserhalb seiner selbst und seines gleichen zu suchen, wende ich mich dagegen, dass es zu einem leitenden Gesichtspunct in der socialistischen Propaganda gemacht wird. . . .

Der Hauptgedanke aber, der der Classenkampftheorie zu Grunde liegt, ist der, dass der Socialismus revolutionär ist und nur durch eine Revolution verwirklicht werden kann. Der *gewaltsame Sturz* der Bourgeoisie durch das Mittel *offenen Krieges* ist das stets im Auge gehaltene Ziel. Demgemäss sind die von den Regierungen vorgeschlagenen Reformen nur darauf berechnet, die wahre Natur des Classenkampfes zu bemänteln und den Fortbestand der Bourgeoisgesellschaft zu sichern! Auch diesen beiden Sätzen stimme ich nicht zu. Dass der Socialismus revolutionär ist, ist unbestritten, aber dass er nur durch einen gewaltsamen Ausbruch zum Sieg gelangen kann, ist in keiner Weise wahr. Auch gebe ich nicht zu, dass Reformen [nur] aus so schmutzigen Motiven gemacht werden. Es gibt ein wachsendes *soziales* Gewissen, das bei diesen Reformen eine grosse Rolle spielt. Man nehme die Kinderarbeit; hier sehen wir die *Bourgeois* tatsächlich Gesetze machen, die über das was das *Proletariat* will, hinausgehen, obwohl das letztere von der Änderung Gewinn und die ersteren Nachteil zu erwarten haben. Ich kann mir vorstellen, wie eine Reform nach der anderen erkämpft wird, bis schliesslich der Socialismus keine grössere Erregung verursacht, als voriges Jahr die Beseitigung der Landlords in Irland. Keine Revolution kann Erfolg haben, die nicht die öffentliche Meinung hinter sich hat, und wenn diese Meinung heranreift, so durchbricht sie, wie wir gesehen haben, selbst die Mauern des Selbstinteresses.

Tatsächlich ist die ganze Voraussetzung, auf Grund deren der Classenkampf formuliert wurde, heute veraltet und überlebt. Wie Engels selbst sagt: »Die praktische Anwendung dieser Grundsätze [des *Manifests*] wird überall und jederzeit von den geschichtlich vorliegenden Umständen abhängen.« Würden die heutigen Socialisten diese Wahrheit im Auge behalten, so würde die Bewegung einiger ihrer dogmatischen Umhüllungen ledig werden und grössere Fortschritte machen. . . .

So weit Hardie. Es braucht kaum erst gesagt zu werden, dass seine Kritik der Classenkampflehre eine Auslegung dieser trifft, die wesentlich von der in der deutschen Socialdemokratie heute obwaltenden abweicht. Aber das zeigt eben, wie ein und dasselbe Wort, ein und derselbe Begriff in verschiedenen Ländern ganz verschieden verstanden werden. Je nach der Fraction, die ihn zuerst aufgenommen und propagiert hat, erhält er eine andere Färbung. In England hat die *Social Democratic Federation* die marxistischen Begriffe propagiert und auf ihre Weise interpretiert. Kein Wunder, dass dem englischen Socialisten stets deren Interpretation vor die Augen tritt, wo er diesen Begriffen begegnet. Dass sie nicht immer im Geiste Marx' erfolgte, dafür haben wir Engels als Gewährsmann. Es war also möglich, und fand tatsächlich längere Zeit in England statt, dass Leute, von denen man annehmen kann, dass sie bestimmte Sätze von Marx durchaus im Sinne Marx' auffassten, gegen die Partei kämpften, welche diese Sätze auf ihre Fahne geschrieben hatte, und dass umgekehrt eine scheinbar der Marxischen Lehre fernstehende Bewegung factisch mehr im Sinne von Marx handelte, als die unter dessen Banner kämpfende Fraction. Im ersteren Fall musste der Gegensatz gegebenenfalls zu einem Streit um die Interpretation der Begriffe führen, der immer in Gefahr ist, in scholastische Wortklauberei auszuarten, im letzteren Fall lag oder liegt es näher, sie überhaupt zu leugnen.

Der affirmative Teil der Keir Hardieschen Ausführungen führt verschiedenes als Gegensatz zur Classenkampflehre auf, was in Deutschland als Zeugnis für sie beziehungsweise als Folgeerscheinung oder Form des Classenkampfes betrachtet wird. In anderen Punkten weicht Hardie freilich stark von der deutschen Auffassung ab; sein Socialismus trägt in weit stärkerem Sinne *ethische* Färbung, als der der deutschen Socialdemokratie. Das ist aber wiederum nur zu natürlich in einem Lande, dessen politische Einrichtungen den deutschen unendlich voraus sind, während grosse Teile seiner Arbeiterklasse unter dem Einfluss einer Reihe von Umständen geistig stehen geblieben, wenn nicht zurückgegangen sind. Die Betonung des ethischen Moments ist je

nachdem ein Zeichen der Rückständigkeit einer Bewegung oder der vorgeschrittenen Zustände, mit denen sie zu tun hat. Hier kommen beide Momente zusammen. Der englische Socialist hat mit dem Unverstand der Massen und dem politischen Verstand der (besitzenden) Classen zu tun. Das muss seine Auffassung vom Kampf der Arbeiterclassen anders gestalten, als die der Socialisten eines Landes mit fast umgekehrtem Bild vor sich, hebt aber darum seine Überzeugung von der Notwendigkeit dieses Kampfes und der Erziehung der Arbeiter zur politischen Unabhängigkeit nicht auf.

Keir Hardie schliesst:

„Glaube niemand, dass, was ich gesagt habe, irgend welche Abschwächung oder Abtönung des Socialismus oder der politischen Unabhängigkeit der *Independent Labour Party* anzeigt! Wir wollen so stramm, wie nur je, daran arbeiten, eine Arbeiterpartei in Grossbritannien zu errichten, und, wenn nötig, noch eifriger dafür wirken, sie unabhängig zu erhalten. Ich kann mir keine mit Wahrscheinlichkeit während meiner Lebzeit zu gewärtigende Lage der Dinge ausmalen, die mich veranlassen könnte, einem Bündnis mit einer der jetzt bestehenden [grossen] Parteien oder irgend welcher unabhängigen Gruppe von Politikern, kann ich verstehen; aber ein Actionsvertrag mit den Liberalen oder Conservativen würde den Ruin bedeuten. Lasst mich jedoch einen Fall unterstellen. Angenommen, die liberale Partei sei verschwunden und an ihrer Stelle ständen fünf oder sechs Gruppen, jede von ihnen Vertreterin irgend welcher vorgeschrittenen und demokratischen Forderung, und die grösste von ihnen halbsocialistisch gesinnt. Alle diese Gruppen sind republikanisch, demokratisch, antiklerikal und antimilitaristisch. Ihnen steht eine royalistische, antidemokratische und imperialistische Partei gegenüber. Die Arbeiterpartei kann dadurch, dass sie mit den vorgeschrittenen Gruppen gemeinsame Sache macht, die Reactionäre ausserhalb der Regierung halten und die Socialgesetzgebung ein Stück fördern. Was würde alsdann die Pflicht der Arbeiterpartei sein? Ist irgendwo ein Socialist, der nicht sieht, dass die Partei factisch gar keine Wahl hätte, als durch Übernahme eines Stückes der Verantwortung die Nation vor der Reaction zu bewahren? Das ist der Stand der Dinge in Frankreich, und weil dem so ist, ist es Sache der französischen Socialisten, zu entscheiden, welche Haltung die Partei einnehmen soll. Wenn sie, indem sie dies tun, einige alte Fetische des Socialismus zerschmettern, nun, um so schlimmer für die Fetische. Der Socialismus selbst wird dabei gewinnen. Das Kleben an Phrasen und Schlagworten ist es, was den Fortschritt der Bewegung gefährdet. Wir von der *Independent Labour Party* sind für keinen Milchsuppen-socialismus und keine halbherzige Propaganda. Stramm und radical in jeder Hinsicht, verlangen wir doch, dass jeder Nation freigestellt bleibe, ihre Taktik der gegebenen Lage und den Verhältnissen anzupassen. In Grossbritannien gibt es heute keine Wahl, als eine starre Unabhängigkeit.“

Also, die *Independent Labour Party* will stricte Trennung von den beiden grossen bürgerlichen Parteien, sie kämpft für den Socialismus unter dem Banner der Arbeiterclassen, ohne Angehörige anderer Gesellschaftsclassen principiell auszuschliessen, sie bekämpft die Sonderinteressen und den Corporationsgeist innerhalb der Arbeiterbewegung — ja, wird der deutsche Socialist fragen, weshalb dann den Classenkampf als Theorie verwerfen, wenn man ihn in der Praxis in allen wesentlichen Einzelheiten durch die Tat anerkennt? Nun, einen Grund haben wir vorhin schon vorgeführt: der Begriff ist als Teil der socialistischen Lehre in einer Gestalt dem englischen Volke importiert worden, die dessen wirklichem Leben nicht entsprach, er wurde so erklärt, dass er nicht der Ausdruck dessen war, was in der Gegenwart lebt, sondern nur noch die Formel für Vorgänge der Vergangenheit, eine Art Versteinerung. Auch sprachlich war das englische Wort nicht gut gewählt. *Class war* heisst Krieg der Classen, und wie der Engländer im allgemeinen seine Begriffe viel genauer fasst, als der Deutsche, so stösst der Ausdruck *class war* viele deshalb ab, weil sie mit ihm nur den Gedanken an Kampfesformen verbinden, die in England heute ganz

allgemein als überwunden gelten. »Wir erkennen wohl einen Classengegensatz an, aber keinen *class war*«, erklärte vor vier Jahren bei Gründung des grossen *Arbeitervertretungsbundes* der Delegierte einer Berufsgruppe, die nichts weniger als zur Arbeiteraristokratie gehört, nämlich der Bau- und Hilfsarbeiter.

Diesen zwei Beispielen aus England liessen sich nun solche aus vielen anderen Ländern anreihen. Weil kaum ein Land dieselbe ökonomische Structur aufweist, wie die anderen, und fast jedes eine andere politische Geschichte hat und andere politische Traditionen, werden wir überall auf besondere Auffassungen der politischen Begriffe stossen, wo die Besonderheit allerdings oft nur in gewisser Abtönung besteht. *Regierung* heisst für einen Russen und einen Deutschen noch so ziemlich dasselbe, aber welcher Unterschied liegt nicht in dem Wort, wie es der Deutsche, und wie es der Franzose oder Schweizer versteht!

Je concreter die Bewegung in den einzelnen Ländern wird, das heisst, je mehr sie dem Stadium der abstracten Formeln entwächst und ein Stück nationalen Lebens wird, um so grösser die Gefahr des internationalen Missverstehens. Ihr kann nur Vertiefung in die Geschichte der einzelnen Länder und Studium ihres Volksgeistes vorbeugen. Wie wenig blosses Verstehen der Sprache ausreicht, dafür noch ein Beispiel aus England. Es war in den ersten Jahren meines Aufenthaltes in England. Damals lebte dort noch der sehr begabte Socialist H. H. Champion. Champion stand im Verdacht, mit den Conservativen unter einer Decke zu spielen — beiläufig in England immer noch nicht das, was es in Deutschland wäre. Immerhin, für einen Socialisten ein schwerer Verdacht. Und als ich nun eines Tages in dem von Champion herausgegebenen *Labour Elector* den Ausdruck *unsere conservativen Freunde* fand, da war die Sache für mich entschieden. So konnte, wenn es auch in einer Polemik geschah, doch nur ein Mensch schreiben, der mit den Conservativen kokettierte. Tatsächlich ist aber die Wendung in England ganz gebräuchlich, es ist eine literarisch-politische Floskel, die jeder in der Polemik gebraucht, und die höchstens ein Beispiel entwickelterer politischer Umgangsformen ist, welche den entwickelteren, das heisst höheren Charakter der Parteikämpfe reflectieren.

XX

HANS FEHLINGER · STRIKEERFOLGE

Wie wenig wahrscheinlich es auch ist, dass die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse zurückgehe, wo doch gegenwärtig die gewerkschaftlichen Organisationen fester gefügt sind, als jemals zuvor, und die Arbeiterparteien aller Länder auf politischem Gebiet unzweifelhaft immer bedeutendere Erfolge verzeichnen, so wurde diese Ansicht in der letzten Zeit doch wiederholt vorgebracht. Bernstein ist bereits in dieser Zeitschrift der Anschauung entgegengetreten, dass die wirtschaftliche Macht der Capitalisten wachse und zugleich die Gewerkschaftsmacht im Rückgange begriffen sei.¹⁾ Um der Sache weiter nachzugehen, ist es nahelegend, die Ergebnisse der Strikestatistik bedeutender Industrieländer näher zu prüfen. In den meisten Staaten wird seit einer Reihe von Jahren die Statistik der Arbeitskämpfe durch die Behörden geführt.²⁾ In Deutschland ist dies wohl erst seit einer kurzen Zeit der Fall, doch haben wir hier die Statistik der *Generalcommission der Gewerkschaften*, die zwar nicht die gesamte Strikebewegung umfasst, aber immerhin über die von den organisierten Arbeitern geführten Strikes entsprechende Auskunft gibt. Die Periode, für welche verlässliches statistisches Material vorliegt, ist zumeist eine verhältnismässig kurze. Doch muss man dabei in Betracht ziehen, dass auch die

¹⁾ Vgl. Eduard Bernstein: *Capitalmacht und Gewerkschaftsmacht* in den *Socialistischen Monatsheften*, 1904, I. Bd., pag. 129 ff.

²⁾ Vgl. *Beiträge zur Arbeiterstatistik*, 1904, Nr. 1.

Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung erst im letzten Jahrzehnt bedeutende Fortschritte aufzuweisen hatte.

Wenn wir die internationale Statistik der Strikes und Aussperrungen betrachten, so ist weder eine bedeutende Zunahme des Umfanges der selben, noch eine zunehmende Aussichtslosigkeit zu merken. Man darf viel eher darauf schliessen, dass die Proportion der für die Arbeiter vollständig verlorenen Strikes abnimmt. Würde in dem Machtverhältnis zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft eine erhebliche Verschiebung eingetreten sein, so müsste sich dieselbe aus den Ergebnissen der Ausstandsbewegung erkennen lassen. Es kommt allerdings dabei viel weniger auf die Zahl der für die Arbeiter erfolgreich oder erfolglos beendeten Strikes an. Es könnte die Proportion der erfolgreichen Strikes zunehmen, nichtsdestoweniger aber die relative Zahl der Arbeiter, welche an den ungünstig beendeten teilnahmen, eine höhere werden, namentlich dann, wenn die Kämpfe mit dem grossen Capital sich immer weniger aussichtsreich gestalteten.

Die deutsche gewerkschaftliche Statistik³⁾ erstreckt sich auf die Zeit von 1890 bis 1903, doch wird die Anzahl der an erfolgreichen oder erfolglosen Strikes beteiligten Arbeiter erst seit 1900 mitgeteilt. Eine genauere Abschätzung der Ergebnisse der Strikebewegung ist in einigen auswärtigen Staaten möglich, wie zum Beispiel in Grossbritannien, Frankreich, Österreich und den Vereinigten Staaten von America.

Bei Betrachtung der absoluten Zunahme der Ausstände im Deutschen Reich — welche aus der gewerkschaftlichen Statistik hervorgeht — muss die Zunahme der Gewerkschafter gleichfalls im Auge behalten werden. Die Mitgliederzahl der Centralverbände betrug im Durchschnitt des Jahres 1891 etwas über eine Viertelmillion, Ende 1903 aber bereits 941 529. Berücksichtigt man diese weite Differenz der Zahl derer, auf welche die Ziffern der *Generalcommission* hinsichtlich der Strikebewegung am Anfang- und Ende der Periode Bezug haben, so kann nicht gesagt werden, dass sich diese Bewegung in Deutschland in den letzten Jahren im selben Masse ausgebreitet hätte, wie die Mitgliedschaften der Organisationen zunahmen. Die folgende Zusammenstellung zeigt das Verhältnis der Abwehrstrikes zu allen Ausständen, sowie die Strikeerfolge. Diese sind in jenen Jahren geringer, in welchen Abwehrstrikes vorwiegen, weil es zu solchen meist in Zeiten ungünstiger Wirtschaftslage oder dort kommt, wo den Unternehmern keine starke Gewerkschaft entgegentritt.

Jahr	Zahl der Strikes	davon Abwehrstrikes		Resultat aller Strikes in %			
		überhaupt	%	erfolgreich	teilweise erfolgreich	erfolglos	unbekannt
1890-91	226	79	35,0	29,7	39,4	24,3	6,6
1892	73	53	72,6	34,2	20,5	43,9	4,1
1893	116	79	68,0	44,0	21,6	32,7	1,7
1894	131	91	69,5	27,8	28,7	39,5	4,0
1895	204	94	46,0	45,0	15,4	38,6	1,0
1896	483	151	31,3	48,0	25,3	21,9	4,8
1897	578	248	42,9	47,1	25,3	26,6	1,0
1898	985	505	53,3	54,1	21,7	22,1	2,1
1899	976	430	44,5	53,7	21,0	22,8	3,5
1900	852	338	39,7	44,1	25,3	25,5	5,1
1901	727	436	60,0	36,8	23,6	32,6	7,0
1902	861	572	66,4	43,6	19,5	36,9	0,0
1903	1282	679	53,0	49,4	19,0	28,5	3,1

³⁾ Enthalten im *Correspondenzblatt der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands*, 1903, Nr. 38, und 1904, Nr. 33 (vergl. die Rubrik *Gewerkschaftsbewegung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1903, II. Bd., pag. 866 ff., und 1904, II. Bd., pag. 851 ff.)

Der Strikeerfolg der Arbeiter, soweit vollständig erfolgreiche Ausstände in Betracht kommen, war in der letzten Zeit nicht geringer, als am Anfang der Beobachtungsperiode. Während von 1890 bis 1896 nur in drei Jahren mehr als 40% aller Strikes mit vollem Erfolg endigten, ging in der Zeit von 1897 bis 1903 das Verhältnis der vollständig erfolgreichen zu allen Ausständen nur einmal unter 40% herab, nämlich 1901. Die Zahl der verlorenen Strikes war in der unmittelbar der Krise vorhergegangenen Periode nicht unerheblich geringer, als von 1892 bis 1895; dabei darf es nicht überraschen, dass sich 1901-1902 die Strikes mit ungünstigem Ausgang mehrten, wenn man die ausserordentlich schwierigen Wirtschaftsverhältnisse in diesen Jahren in Betracht zieht. Von einem bedeutenden und noch weniger von einem anhaltenden Rückschlag kann aber überhaupt nicht gesprochen werden.

Soweit die letzten vier Jahre in Betracht kommen, ist auch ein Vergleich möglich zwischen der Zahl der Arbeiter, für welche die Ausstände erfolgreich oder erfolglos verliefen. Es ergibt sich dabei, dass der ungünstige Ausgang der Arbeitskämpfe in 1901 und 1902 eigentlich ein mehr scheinbarer ist. Das lassen die folgenden Zahlen deutlich erkennen.

Von allen an Ausständen Beteiligten hatten in %:

	vollen Erfolg	teilweisen Erfolg	keinen oder unbekanntem Erfolg
--	---------------	-------------------	--------------------------------

a) bei Angriffstrikes:

1900	31,5	38,1	30,4
1901	28,5	31,8	39,7
1902	24,5	53,7	21,8
1903	50,0	41,6	8,4

b) bei Abwehrstrikes:

1900	33,5	15,3	51,2
1901	34,3	32,9	32,8
1902	32,8	28,7	38,5
1903	45,0	11,3	43,7

Aus der amtlichen deutschen Statistik erhellt, dass sich die Zahl der Strikes und Aussperrungen und der daran Beteiligten in den Jahren 1899 bis 1903 wie folgt stellte⁴⁾:

	1899	1900	1901	1902	1903
Zahl der Ausstände	1 311	1 468	1 091	1 106	1 444
„ „ Betroffenen	116 486	141 121	68 191	70 695	135 522

Von diesen Ausständen resultierten in %:

	1899	1900	1901	1902	1903
vollständig erfolgreich	25,9	19,1	19,3	21,4	22,1
teilweise erfolgreich	33,4	35,5	26,9	21,9	31,8
erfolglos	40,7	45,4	53,8	56,7	46,1

Auch hieraus ist keineswegs die immer grösser werdende Aussichtslosigkeit wirtschaftlicher Kämpfe der Arbeiter zu ersehen; die vollständig erfolgreichen haben sogar seit 1900 fortwährend zugenommen.

Es verlohnt sich nun, vor allem die britische Strikestatistik heranzuziehen, welche seit 1888 vom Arbeitsamt in London veröffentlicht wird.⁵⁾ Der erste dieser Berichte ist wenig umfassend. Von 1889 bis 1893 werden Strikes und Aussperrungen gesondert behandelt, in den folgenden Jahren jedoch als *labour disputes* zusammengefasst. Auch einige andere Änderungen in der Bearbeitung des Materials sind durchgeführt worden; daher finden hier nur die Berichte von 1894 bis 1903 Berücksichtigung.

Wenn man den Umfang der Strikebewegung in Grossbritannien und Irland betrachtet, so fällt ein erheblicher Rückgang der selben auf, sowohl was die Zahl der

⁴⁾ Vergl. *Statistik des Deutschen Reichs*, CLXIV. Bd., Berlin 1904.

⁵⁾ Vergl. *Reports on strikes and lockouts in the United Kingdom* London 1889-1904.

Arbeitskämpfe selbst als die der direct Beteiligten betrifft. Nur im Jahre 1898 erfuhr diese eine beträchtliche Steigerung (Maschinenbauerstrike) gegen die vorhergegangenen Jahre, um dann wieder rasch zurückzugehen. Eine ungünstigere Gestaltung der Strikeerfolge ist in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts im allgemeinen nicht hervorgetreten, wenn auch gerade im Jahre 1903 — besonders infolge des für die Arbeiter ungünstigen Spruches des Schiedsrichters nach dem Ausstände der Blecharbeiter in Wales — wieder ein hoher Procentsatz der Strikenden alle Forderungen aufzugeben hatte. Die folgende Tabelle lässt erkennen, dass die Ausständigen, welche vollen Erfolg hatten, gegen das Ende der in Betracht kommenden Periode einen etwas höheren Procentsatz der Beteiligten bildeten, als in den früheren Jahren; sie bildeten im ersten Jahrfünft nur einmal, im zweiten aber dreimal mehr, als 30% von allen. Nur in 1896 war das Verhältnis der mit vollem Erfolg Strikenden zur Gesamtzahl der direct Beteiligten grösser gewesen, als von 1899 bis 1903.

Jahr	Zahl der Strikes etc.	Zahl d. direct Beteiligten	Von den direct Beteiligten hatten in %			
			vollen Erfolg	teilw. Erfolg	keinen Erfolg	unbek. Erfolg
1894	997 a)	324 245	22,10	34,26	42,06	1,58
1895	850 b)	263 758	26,80	44,36	27,96	0,88
1896	926	147 950	43,50	28,33	28,—	0,17
1897	864	167 453	24,16	33,99	40,70	1,15
1898	711	200 769	22,66	17,18	60,10	0,06
1899	719	138 058	26,66	29,15	43,66	0,53
1900	648	135 145	30,05	41,42	24,79	3,44
1901	642	111 437	27,45	36,75	33,81	1,99
1902	442	116 824	31,60	35,65	30,40	2,35
1903	384	93 515	30,90	20,70	47,30	1,10

a) Insgesamt 1061 Strikes und Aussperrungen; jedoch ist die Zahl der Beteiligten nur in 997 Fällen bekannt
 b) Insgesamt 876 Arbeitskämpfe; die Zahl der Beteiligten wurde nur in 850 Fällen bekannt.

Die Zeit von 1896 bis 1900 bildete für Grossbritannien eine wirtschaftlich zufriedenstellende Periode, welche von einer Depression gefolgt ist, die stetig an Umfang zunimmt.

Die Strikebewegung in Oesterreich kann im Vergleich mit jener der westeuropäischen Industrieländer als eine mässige bezeichnet werden. Während der Zeit von 1894 bis 1903 hat die grösste Zahl der Strikes im Jahre 1899 stattgefunden, die geringste Zahl der selben im Jahre 1894; die Beteiligung war jedoch 1900 am bedeutendsten, und zwar infolge des Bergarbeiterstrikes. Eine ausgesprochene Ab- oder Zunahme tritt weder hinsichtlich der Anzahl der Ausstände, noch der an den selben Beteiligten zu Tage. Was die Resultate der Strikebewegung betrifft, so war bis zum Jahre 1900 eine Tendenz zu grösseren Erfolgen der Arbeiter merkbar. Im Jahre 1901 war jedoch der Procentsatz der Strikenden, welche Erfolge errangen, beträchtlich zurückgegangen, um 1902 und 1903 wieder anzusteigen. Beurteilt man die geringen Erfolge der Jahre 1901 und 1902, so muss man sich dabei vor Augen halten, dass diese Periode für die österreichische Industrie eine Zeit schwerer Krise und für die Arbeiterschaft eine solche äusserster Not bedeutete; da werden die Unternehmer immer angriffslustig und die Aussichten der Arbeiter auf Erfolg gering, besonders dort, wo die gewerkschaftliche Organisation noch schwach ist. Wie sehr die Krise die Ergebnisse der Strikebewegung in Oesterreich beeinflusst hatte, geht daraus hervor, dass die Zahl der Abwehrstrikes von 16,5% im Jahre 1900 auf 21,8% im folgenden Jahr und auf 38,15% im Jahre 1902 stieg. Aber auch noch ein anderer Umstand muss in Betracht gezogen werden, um die Resultate der österreichischen Strikebewegung richtig einzuschätzen; so waren zum Beispiel von den 7968 Strikenden des Jahres 1901, die keine Erfolge hatten, 7414 auf partielle Einzelstrikes entfallen, von den 11 632 erfolglos Strikenden des Jahres 1902 kamen auf diese Kategorie von Ausständen 10 038.

Aus folgender Zusammenstellung geht der Umfang und die Erfolge der Strikes in Österreich von 1894 bis 1902 hervor.⁶⁾

Jahr	Zahl der Strikes	Zahl der Striker	Von den Strikenden hatten in %	
			vollen und teilw. Erfolg	keinen oder unbek. Erfolg
1894	172	67 061	46,46	53,54
1895	209	28 652	73,52	26,48
1896	305	66 234	67,41	32,59
1897	246	38 467	63,50	36,50
1898	255	39 658	74,82	25,18
1899	311	54 763	81,68	18,32
1900	303	105 128	90,10	9,81
1901	270	24 870	67,90	32,10
1902	249	36 600	68,24	31,76
1903	287	43 297	82,—	18,—

Eine anhaltend rückläufige Bewegung der Erfolge bei Strikes kann auch in Österreich nicht konstatiert werden. Bei den denkbar ungünstigsten Verhältnissen sind die Errungenschaften ganz beträchtliche. Die Zahl der Strikes mit vollem Erfolg hat gegen das Ende der zehnjährigen Periode 1894 bis 1903 eine entschiedene Zunahme erfahren; die Proportion der selben stellte sich wie folgt: 1894: 9,1%, 1895: 12,7, 1896: 4,6, 1897: 15,7, 1898: 8,4, 1899: 15,6, 1900: 4,7, 1901: 20,1, 1902 und 1903: 19,5%. Betrachtet man die Ausstandsbewegung in Österreich nach Gruppen von Jahren, so kommt gleichfalls keine Abnahme des Erfolges der selben zum Ausdruck, wie die nachstehenden Zahlen beweisen.

Von je 100 Strikenden hatten

vollen oder teilweisen Erfolg keinen oder unbekanntem Erfolg

1894 bis 1896	59,81	40,19
1897 bis 1899	74,61	25,39
1900 bis 1903	77,08	22,92

In Frankreich zeigt die Strikebewegung sowohl in Bezug auf die Zahl wie den Umfang der Ausstände in den letzten Jahren keinen Rückgang. Am geringsten war sie 1892 (48 538 Beteiligte) und von 1894 bis 1890 (jeweils zwischen 46 000 bis 82 000 Strikende). Eine sehr rege Ausstandsbewegung zeigten hingegen die Jahre 1893 mit 170 123, 1899 mit 176 772, 1900 mit 222 714 und 1902 mit 212 704 Strikenden; im Jahre 1903 sank deren Zahl auf 123 97. Hinsichtlich der Erfolge von Ausständen lässt die französische Statistik⁷⁾ keine Tendenzen eines Rückganges, freilich aber auch keine besseren Aussichten für die Arbeiter erkennen. Von allen Beteiligten hatten in %:

vollen oder teilweisen Erfolg		keinen Erfolg	vollen oder teilweisen Erfolg		keinen Erfolg
1893	47,6	52,4	1899	82,5	17,5
1894	69,0	31,0	1900	73,9	26,1
1895	63,8	36,2	1901	48,3	51,7
1896	59,3	40,7	1902	64,6	35,4
1897	70,6	29,4	1903	82,9	17,1
1898	52,7	47,3			

Für die Arbeiterschaft günstiger sind die Resultate der Arbeitskämpfe in den Vereinigten Staaten von America. Eine amtliche Statistik der selben steht bis 1900 zur Verfügung⁸⁾; für die letzten drei Jahre müssen wir die Statistik

⁶⁾ Vergl. *Arbeitseinstellungen und Aussperrungen in Österreich*, Beilagen zur *Statistischen Monatschrift*, 1905 bis 1903. Die vorläufigen Angaben für 1903 sind der *Sozialen Rundschau*, 1904, II. Bd., pag. 48, entnommen.

⁷⁾ *Statistique des grèves et des recours à la conciliation et à l'arbitrage survenus pendant les années 1893-1903* [Paris 1904].

⁸⁾ *Annual report of the Commission of Labor* [Washington 1901], pag. XXX und die folgenden Tabellen

der *American Federation of Labor*⁹⁾ heranziehen. Die amtliche Statistik lässt eine stetige Zu- oder Abnahme der Strikes und der an den selben beteiligten Arbeiter nicht erkennen. Die Zahl der Ausstände war am Beginn und am Schluss des Decenniums fast die gleiche. Dagegen übt die Wirtschaftslage einen bemerkenswerten Einfluss auf den Umfang der Strikebewegung aus; in der Krisenperiode von 1895 bis 1897, sowie in dem unmittelbar darauf folgenden Jahr war die Zahl der Strikes am geringsten. Die Anzahl der Strikenden war in diesen vier Jahren zweimal eine geringere, als im Durchschnitt des Jahrzehnts überhaupt. Es muss hervorgehoben werden, dass von 1891 bis 1900 die Zahl der in Industrie, Handel etc. tätigen Personen um 31,6% gestiegen ist.¹⁰⁾ Berücksichtigen wir diese beträchtliche Vermehrung der Lohnarbeiter, so ergibt sich, dass der Umfang der Ausstandsbewegung 1900 erheblich geringer war, als zehn Jahre vorher.

Betrachtet man die Strikes in den Vereinigten Staaten nach dem Erfolg, so ist zu erkennen, dass der Ausgang der selben gegen das Ende des letzten Decenniums sich für die Arbeiter günstiger gestaltete. Während 1891 34,67% aller Ausstände vollen oder teilweisen Erfolg hatten, stieg diese Proportion 1900 auf 67,56%. Allerdings traten einige Rückschläge zu Tage. Die folgende Tabelle bietet eine Übersicht der Strikes in den Vereinigten Staaten von 1891 bis 1900.

Jahr	Zahl der Strikes	Zahl der Strikenden	Von allen Strikenden hatten in %	
			vollen u. teilweisen Erfolg	keinen Erfolg
1891	1717	298 939	34,67	65,33
1892	1298	206 671	37,53	62,47
1893	1305	265 914	39,23	60,77
1894	1349	660 425	38,62	61,38
1895	1215	392 403	51,—	49,—
1896	1026	241 170	55,70	44,30
1897	1078	408 391	76,19	23,81
1898	1056	249 002	52,88	47,12
1899	1797	417 072	68,78	31,22
1900	1779	505 066	67,56	32,44

Ein auffallender Gegensatz ist hinsichtlich der Ergebnisse der von Trades Unions angeordneten und geleiteten und der übrigen Strikes erkennbar. Die Statistik gibt unter diesem Gesichtspunkt die Resultate der Ausstandsbewegung nach der Anzahl der betroffenen Betriebe bekannt, nicht aber nach der Zahl der Beteiligten. Es resultiert, dass Ausstände der erstgenannten Art im allgemeinen viel mehr erfolgreich sind, als die nicht von Organisationen geleiteten. Dies ist nicht überraschend. Weiter ist zu bemerken, dass die von Arbeiterorganisationen geleiteten Strikes am Ende des Jahrzehnts günstiger verliefen, als am Anfang des selben; erfolgreich waren diese 1891 in 47%, 1892 in 48, 1893 in 65, 1894 in 52, 1895 in 69, 1896 in 69, 1897 in 89, 1898 in 76, 1899 in 91, 1900 in 70% der Betriebe. Von den übrigen Strikes verliefen 1891 48% günstig, hierauf sank dieses Verhältnis auf 35% im Jahre 1893, um im folgenden Jahre auf 56% anzusteigen; von 1895 bis 1898 waren diese Ausstände in je 36 bis 46% der betreffenden Betriebe erfolgreich, 1899 in 51% und 1900 in 37% derselben.

Ein Mangel der americanischen Statistik ist darin zu erblicken, dass es nicht möglich ist, aus der selben genaue Auskunft darüber zu erlangen, wie sich die Erfolge der Strikenden in Grossbetrieben einerseits und in Kleinbetrieben andererseits gestalten. Es ist selbstverständlich, dass die ersteren den Forderungen der Arbeiterschaft grösseren Widerstand entgegenzusetzen vermögen; dies geht daraus hervor, dass in den Vereinigten Staaten der Procentsatz der Betriebe, in welchen die Strikes

⁹⁾ *Proceedings of annual conventions* [Washington 1901-1903/].

¹⁰⁾ Vergl. *Twelfth census of the United States* | Washington 1903/ II. Bd., pag. CLII.

ohne Erfolg waren, immer geringer ist, als der Prozentsatz der Ausständigen, für welche die Strikes erfolglos verliefen.

Die Aussperrungen waren in derselben Zeit in America viel weniger umfangreich. Der Erfolg der Unternehmer bei Aussperrungen ist ein viel mehr schwankender, als der Strikeerfolg der Arbeiter. Die Aussperrungen waren für die Unternehmer erfolgreich 1891 in 63,9% aller davon betroffenen Betriebe, 1892 in 69,1%. 1893 in 41,9, 1894 in 11,3, 1895 in 13,2, 1896 in 80,4, 1897 in 60,8, 1898 in 63,4. 1899 in 18,0 und 1900 in 94,3%. Wenn vom Jahre 1900 abgesehen wird, in welchem eine grosse Zahl Arbeiter ausgesperrt wurde, so ist im vorigen Jahrzehnt eine Abnahme des Umfanges dieser Arbeitskämpfe unverkennbar gewesen. 1903 und 1904 weisen freilich wieder eine bedeutende Vermehrung der Abwehrstrikes und Aussperrungen auf, wie es beim Eintritt der Krise erwartet werden musste.¹¹⁾

Die Statistik der *American Federation of Labor*, welche sich nur auf solche Strikes erstreckt, an welchen Mitglieder der angeschlossenen Verbände beteiligt sind, kommt in den letzten drei Jahren zu den folgenden Resultaten:

Von den Strikenden hatten in %:

	Strikes	Strikende	vollen und teilweisen Erfolg	keinen Erfolg	unbekannten Erfolg
1901 . .	1017	171 223	89,6	10,4	—
1902 . .	1558	412 871	85,5	14,5	—
1903 . .	2004	249 819	77,1	5,6	17,3

Im Jahre 1902 hat der Ausstand der Bergarbeiter die ungewöhnlich hohe Zahl der Beteiligten verursacht. Wenn die Anzahl jener, welche im Jahre 1903 keinen Erfolg hatten, gering erscheint, so hat dies in der Hauptsache darin seine Begründung, dass bei vielen Ausständen das Ergebnis noch unbekannt war, als die Statistik abgefasst wurde. Der gewaltigste Arbeiterkampf der letzten Jahre, der Strike der pennsylvanischen Anthracitbergarbeiter im Jahre 1902, endete mit einem Sieg der Strikenden, obgleich er gegen den Kohlentrust gerichtet war. Die Unternehmer waren bemüssigt, nachzugeben, nachdem die Forderung nach Nationalisierung der Bergwerke einen für sie bedrohlichen Umfang angenommen hatte. Der Strikefonds der Gewerkschaft war am Ende des Ausstandes höher, als am Beginn des selben.

Die Gewerkschafter sind bessere Strategen geworden, sie besitzen Einsicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse, die ihnen früher zu einem guten Teil mangelte. Allerdings kann das Vorwärtsschreiten nur ein langsames sein.

XX

LADISLAUS GUMLOWICZ · POLEMISCHES ZUR FRAUENFRAGE

Der Fortschritt der menschlichen Erkenntnis verläuft im Zickzack. Ist eine neue Wahrheit nach hartem Ringen zu allgemeiner Geltung gelangt, so darf man darauf gefasst sein, sie noch einigemal gegen Rückschläge verteidigen zu müssen. In der Frauenfrage, genauer gesagt: in der Literatur über die Frauenfrage machen wir eben jetzt ein paar solcher Rückschläge durch. In einer vielgelesenen Streitschrift¹⁾ versichert uns Möbius, die Frauenemancipation sei eine frivole und verderbliche Auflehnung wider die Vorschriften der klugen Grossmama Natur, welche die Weiber fabriciert hat und auch genau gewusst hat, zu welchem Zweck sie das tat: damit sie nämlich Fortpflan-

¹¹⁾ Zu bemerken ist, dass die Statistik der Arbeitskämpfe des Bundesarbeitsamtes immer erst in mehrjährigen Zwischenräumen ausgegeben wird.

¹⁾ P. J. Möbius: *Über den physiologischen Schwachsinn des Weibes* (Halle 1902).

zungsorgane der menschlichen Rasse seien, nicht aber, damit sie denken. Dazu ist der Mann da. Zwar hat in Wirklichkeit sozusagen auch der Mann etwas mit der Fortpflanzung zu tun, aber das beachtet Möbius leider nicht. Dummheit ist nach ihm des Normalweibes erste Pflicht, Dummheit und Unwissenheit sollen unentbehrlich sein zur Aufzucht gesunder Kinder; das mit schöpferischer Geisteskraft begabte Weib dagegen soll als beklagenswerte Monstrosität gelten, den unfruchtbaren gefüllten Blumen ähnlich. Immerhin kommen bei Möbius die Weiber noch vergleichsweise gut weg; sie sollen geachtet werden, weil sie Mütter sind, und schonend behandelt werden, weil sie dumm sind und weil ihre Dummheit zur moralischen Weltordnung gehört. Viel, viel schlimmer ergeht es den Frauen in dem Buche des früh verstorbenen Wieners Dr. Otto Weininger²⁾. All jene Schmähungen und Verwünschungen des Weibes, die im Laufe des Mittelalters von seelisch verstümmelten Mönchen erdacht wurden, denen ihr gewaltsam unterdrückter Geschlechtstrieb eine Quelle unausgesetzter Pein und krampfigen Ekels war — all das hat der kenntnisreiche, aber durch und durch verschrobene Verfasser mit einigen Brocken Physiologie und Pathologie und mit erschrecklich viel Scholastik — die er *kritische Philosophie* nennt — zu einem Brei zusammengerrührt. Und das Resultat ist: Alle Intelligenz und alle Sittlichkeit ist männlich; wo bei Weibern etwas derartiges vorkommt, da deutet es eben auf einen Zusatz männlicher Natur im Weibe. Das *absolute Weib* dagegen — das übrigens Gottlob nur als abstracter Grenzfall existiert; denn nach Weininger ist jeder concrete Mensch mehr oder minder ein Zwitter —, das *absolute Weib* ist absolut dumm und schlecht, ein Knäuel von Geilheit und Kuppelei, nichts weiter. Folglich muss, damit die Schweinerei doch einmal ein Ende nimmt, der männliche Teil der Menschheit sich zum Cölibat entschliessen; zwar wird die Menschheit dabei aussterben, aber das schadet nichts, denn die Seele ist ja bekanntlich unsterblich. Punctum!

Da nun sowohl die verkehrte, aber immerhin discutierbare Schrift von Möbius, als auch das undiscutierbare Buch von Weininger viel gelesen und bewundert werden und eine Auflage nach der andern erleben, so kann es nicht schaden, wenn wir in aller Ruhe wieder einmal feststellen, wie wir über die Frauenfrage denken und warum wir so denken. Die Gelegenheit zu polemischer Auseinandersetzung mit den Argumenten der Gegner wird sich dabei schon von selbst finden³⁾.

Wir fordern gleiches Recht für beide Geschlechter. Diese unsere Forderung ist aber keineswegs gleichbedeutend mit der Leugnung der vorhandenen physischen und psychischen Geschlechtsunterschiede. Wie sollten wir auch? Wir leugnen ja auch nicht, dass es tiefgehende seelische Unterschiede, teils erworbener, teils angeborener Art, zwischen den Individuen eines Geschlechtes gibt. So wenig wir uns der offenkundigen Tatsache verschliessen, dass der eine Knabe mit blauen, der andere mit schwarzen Augen zur Welt kommt, oder dass kraft angeborener Anlage der eine untersetzt, breit und kurzhalsig, der andere lang, schmal und feingliedrig heranwächst, so wenig haben wir Grund, zu bestreiten, dass all diese verschiedenen Leiber grossenteils gleichfalls kraft angeborener

¹⁾ Otto Weininger: *Geschlecht und Charakter, eine principielle Untersuchung*; 3. Auflage (Wien und Leipzig 1904). Der Verfasser war erst 23 Jahre alt; wenige Monate nach dem Erscheinen des Buches machte er seinem Leben durch Selbstmord ein Ende. Nach Angabe seines Biographen litt Weininger an epileptischen Anfällen; in seiner hinterlassenen Schrift *Über die letzten Dinge* (Wien und Leipzig 1904) finden sich an mehreren Stellen unzweifelhafte Zeichen des Irrsinns.

²⁾ Vorweg sei bemerkt: es handelt sich für diesmal nicht um die Arbeiterinnenfrage, das heisst (um die Interessen der Arbeiterinnen als eines Teiles der unterdrückten und ausgebeuteten Proletarierclassen). Darüber mit Möbius und Weininger zu streiten, liegt kein Grund vor; denn Möbius ist ein warmer Anhänger des Arbeiterinnenschutzes (vergl. pag. 10 seiner Schrift), und Weininger hat glücklicherweise die Arbeiterinnenfrage gar nicht angeschnitten.

Anlage auch verschiedene Bewusstseinsinhalte oder, wie der populäre Ausdruck nun einmal lautet, verschiedene *Seelen* haben, ja, dass selbst bei vollkommener Gleichheit der äusseren Bedingungen die angeborene Verschiedenheit dieser Leiber ihre Bewusstseinsinhalte verschieden färben und modulieren würde. Die Forderung gleichen Rechtes für alle schliesst daher qualitative Verschiedenheiten des Studiums und Berufes nicht aus, ebensowenig wie etwa qualitative Verschiedenheit des Consums; im Gegenteil, jene Forderung kann nur erfüllt werden, indem das Gemeinwesen die qualitativ verschiedenen Bedürfnisse seiner einzelnen Mitglieder durch entsprechend verschiedene Darbietungen gleich gut befriedigt. Gleiches Recht für Raucher und Nichtraucher bedeutet keineswegs, dass man beide in ein Coupé zusammensperret; es bedeutet vielmehr, dass der Raucher ein Rauchcoupé, der Nichtraucher ein Nichtrauchercoupé zur Benutzung bereit findet. Ganz ähnlich verlangen wir für die Frauen keineswegs *Gleichheit* etwa in dem Sinne, wie etwa das Centrum für die Katholiken *Parität* bei der Ämterbesetzung verlangt. Es ist doch wohl stark zu bezweifeln, ob den Frauen damit gedient wäre. Nein, was wir verlangen, ist, dass der Frau ganz ebenso wie dem Manne der Weg offen stehe zu jeglicher Berufstätigkeit, zu der sie die individuelle Befähigung besitzt; dass kein vorhandenes Talent irgend eines Mädchens bloss deshalb zum Verkümmern verurteilt werde, weil dieses Talent in einem Mädchenkopfe steckt. Dagegen können wir recht wohl das Verbot der Frauenarbeit in bestimmten gefährlichen oder ungesunden Betrieben — zum Beispiel in den Spiegelbelegen — befürworten, wenn uns die Erfahrung einmal belehrt hat, dass keine Frau diese Arbeit verrichten kann, ohne an ihrer Gesundheit Schaden zu nehmen.

Aber wenn wir zugeben, dass das Weib physisch untauglich sei zu bestimmten Arbeiten, die der Mann ohne besonderen Schaden auszuüben vermag, geben wir damit nicht zu, dass das Weib dem Mann gegenüber — minderwertig sei?

Hier steckt der springende Punkt. Machen wir uns ein für allemal klar: Qualitative Verschiedenheit braucht noch lange nicht gleichbedeutend zu sein mit Ungleichheit des Wertes und Ranges. Dass die Frauen an Leib und Seele anders sind, als die Männer, daran zweifelt kein vernünftiger Mensch; daraus folgt aber keineswegs, dass sie schlechter seien. Von vornherein ist es wahrscheinlich, dass die durchschnittliche berufliche Leistungsfähigkeit der Frauen auf vielen Gebieten eine andere sein werde, als die der Männer, und die Erfahrung bestätigt dies auch; dass diese Leistungsfähigkeit aber, alles in allem genommen, eine geringere sei, das hat noch keiner bewiesen, ausser wer in schnell fertiger Oberflächlichkeit Unterschiede der Erziehung und Ausbildung zu solchen der angeborenen Befähigung stempelt. Diese Unterschiede der Erziehung und Ausbildung spielen heute noch eine gewaltige Rolle; in den meisten Fällen ist für das studierende Mädchen der Weg zur Hochschule mit Dornen gepflastert, und sehr viele bringen, nicht durch eigene Schuld, sondern durch die Schuld rückständiger Einrichtungen, eine ungenügende Vorbildung mit, an der sie während ihrer ganzen Studienzeit wie an einem Bleigewicht zu schleppen haben. Bei anderen war die Vorbildung factisch zureichend, aber unzureichend im Sinne des Prüfungsreglements, das mit grausamer Pedanterie von der Studentin das Nachholen all jenes grossenteils unnützen Lernstoffes erzwingt, den ihr männlicher College auf dem Gymnasium hinuntergewürgt hat und auf der Hochschule fröhlich vergisst. Wehe der Armen, der in ihrer Heimat nur ein lateinloses Mädchenlyceum zur Verfügung stand! Sie mag das Studium der Medicin anstandslos absolviert haben, mag in den Kliniken und Laboratorien zur grössten Zufriedenheit ihrer Lehrer arbeiten — es hilft ihr nichts; bevor sie zur Erlangung des Doctor diploms zugelassen wird, muss sie ein Jahr ihres Lebens verlieren, um die Maturitätsprüfung einschliesslich der lateinischen De-

clination und Conjugation nachzuholen. Wie deprimierend, ja zerrüttend ein solches Jahr geistloser, zweckloser, mit dem Berufsstudium in keinem inneren Zusammenhang stehender Büffelei auf das Nervensystem wirken kann, braucht nicht erst gesagt zu werden. Und trotz solcher und ähnlicher, manchmal noch schlimmerer künstlicher Schwierigkeiten sind die Resultate des Frauenstudiums im ganzen wahrlich keine schlechten. Und zwar sind es nicht immer bloss gute Resultate im Sinne einer braven, mittelmässigen Handwerkstüchtigkeit. Um für diesmal bloss einen Namen zu nennen: das Beispiel einer Marya Skłodowska-Curie, der Entdeckerin des Poloniums und Radiums, sollte all diejenigen nachdenklich stimmen, die sich in der voreiligen Behauptung gefallen, für den allgemeinen Culturfortschritt sei das Frauenstudium bedeutungslos.

Aber, werden diejenigen einwenden, die ihren Möbius oder gar ihren Weininger gelesen haben, die wirklich hochbegabten Frauen sind eben Ausnahmefrauen, und diese Ausnahmefrauen sind gar keine richtigen Weiber, sondern halbe Zwitter; das männliche Element in ihnen ist es, dem sie ihre schöpferischen Gaben verdanken!

Darauf ist mehreres zu antworten.

Zunächst ist ja auch bei den Männern Mittelmässigkeit die Regel, schöpferische Begabung die Ausnahme. Dass hingegen die grosse Mehrzahl der geistig arbeitenden Frauen ihrer natürlichen Anlage nach schlechteres Mittelgut sei, als die grosse Mehrzahl der geistig arbeitenden Männer, eine solche Behauptung dürfte mit der Erfahrung schwerlich in Einklang zu bringen sein. Also: die Männlichkeit an sich bedingt noch keine überlegene Begabung. Das aber wäre eine curiose *Männlichkeit*, von der die grosse Mehrzahl der Männer nicht mehr hätte, als die grosse Mehrzahl der Frauen auch.

Ferner ist es einfach nicht wahr, dass alle geistig bedeutenden Frauen eine Annäherung an den männlichen Geschlechtstypus aufweisen. Wäre das richtig, dann dürfte es keine grossen Schauspielerinnen geben, die mit hervorragender Begabung echt weiblichen Liebreiz vereinigen; dann müssten Ärztinnen, Dichterinnen, Malerinnen, soweit sie nur etwas Rechtes können, durchwegs unschöne zwitterhafte Geschöpfe sein, mit eckigen Formen, harten Zügen, struppigem Bartanflug, ohne rechte Liebesfähigkeit dem Manne gegenüber, dafür mit homosexuellen Neigungen behaftet. Die Erfahrung lehrt von alledem das Gegenteil.⁴⁾ Es kann kaum eine weiblichere Erscheinung geben, als jene der Vigée Lebrun auf ihren meisterhaften Selbstportraits; das bekannteste davon stellt die Künstlerin mit ihrem Kinde vor, einem kleinen Prachtmädel, dessen blosser Existenz jeden Verdacht niederschlägt, als ob es der Mutter an der rechten Weiblichkeit gefehlt habe.⁵⁾ Gewiss gibt es unter den geistig bedeutenden Frauen einzelne homosexuelle; aber die gibt es unter den geistig bedeutenden Männern auch — man denke nur an Michelangelo. Mit besonderem Nachdruck hebt Weininger bei der Besprechung des Geschlechtslebens geistig bedeutender Frauen

⁴⁾ Hässliche Details hierüber bringt die frisch und anregend geschriebene Broschüre von Grete Meisler-Herr: *Weiberhass und Weiberverachtung* (Wien 1904), die eine Erwiderung auf das oben genannte Weiningersche Buch darstellt.

⁵⁾ Einen weiteren Beleg dafür, dass geistige Begabung beim Weibe nicht an homosexuelle Veranlagung geknüpft ist, liefert das Buch einer Frau, welche den Frauenverächter Weininger mit grossmüthiger Milde beurteilt: *Das Weib, vom Manne erschaffen, Bekenntnisse einer Frau*, aus dem Norwegischen nach der 10. Auflage übersetzt von Thyra Bentzen (Berlin 1904). Es ist dies eine ausserordentlich aufrichtige Selbstschilderung einer Frau, welche, obwohl zärtliche und glückliche Mutter, dennoch den Ausfall der Erotik in ihrem Leben als klaffende Lücke empfindet, die keinerlei geistige oder sociale Betätigung wirklich auszufüllen vermag — wie dies ja übrigens auch bei Männern vorkommt. Von Homosexualität ist in dem Buche nicht die leiseste Spur zu entdecken: dies ist ein Vollweib, oder es gibt keine. Und doch hat diese Frau, wiewohl nur mit einem bisschen lückenhafter Tüchtterschulbildung ausgerüstet — eben wegen dieser Lücken ihres Wissens hält sie vieles an Weininger für originell, was in Wirklichkeit schon oft vor ihm gesagt wurde —, mit ihrem Buche den Beweis geliefert, dass sie an geistigem Können Dutzende akademisch graduierter Männer übertrifft.

hervor: »Gleich die erste der geschichtlichen Abfolge nach, gleich Sappho war conträrsexuell!« Aber diese selbe Sappho ist um der Treulosigkeit eines geliebten Mannes willen in den Tod gegangen; und in einem ihrer Gedichte zeigt sie sich als liebende Mutter: »Holdselige Kleis, dich geb' ich um Lydiens Gold nicht, mein Kind, mir teurer als Lesbos!« Daneben hat sie freilich homosexuelle Allotria getrieben, wie ja auch Sokrates seine Xantippe hatte, daneben aber auch schöne Jünglinge liebte. In beiden Fällen dürfte es doch wohl fraglich sein, ob die homosexuellen Liebschaften als Befriedigung eines unabweisbaren abnormen Naturtriebs zu deuten sind oder einfach als Ansteckung durch ein gang und gäbes, von der Sitte geduldetes Laster.

Wäre es übrigens richtig, was Weininger behauptet, dass alle geistige Schöpferkraft dem männlichen Element zuzuschreiben, das durch keinerlei männlichen Zusatz in ihrem Wesen veredelte *absolute Weib* dagegen als absolut dummes Geschöpf zu denken sei, dann müsste der homosexuelle Mann, als einer, in dem jedenfalls mehr Weiblichkeit stecken dürfte, als im Durchschnittsmann, regelmässig ein unternormaler Dummkopf sein. Was fangen wir aber dann mit Michelangelo an, was mit Phidias, mit Alkibiades, was mit Platen und was mit Plato? Was mit Hadrian, einem der tüchtigsten Herrscher des alten Römerreichs? Was mit Hafis, was mit Benvenuto Cellini? Was mit Oscar Wilde, dessen cultureller Feinsinn die feinsten Geister unserer Zeit entzückte? Sagt man uns: das waren eben keine wirklichen Homosexuellen, keine von Geburt an weibisch beanlagten Halb Männer, sondern Voll Männer, die nur durch schlechtes Beispiel, Verführung etc. zu Päderasten geworden sind — was übrigens für Hadrian und Michelangelo schwerlich, für den Grafen Platen wohl sicher nicht stimmen dürfte — dann liegt die Antwort nahe: gut, wer bürgt uns dann dafür, dass es sich mit der Homosexualität berühmter Frauen nicht ebenso verhält?

Übrigens schneidet sich Weininger das — von ihm nicht gebrauchte, aber zur Verteidigung seines Standpunctes unentbehrliche — Argument, die scheinbaren Homosexuellen unter den genialen Männern seien in Wirklichkeit nur Gelegenheitspäderasten, in blindem Eifer selbst ab. Um die Weiblichkeit genialer Frauen den handgreiflichsten Beweisen zum Trotz verdächtig zu machen, spricht er ihren Liebhabern die Männlichkeit ab. So werden Musset und Chopin zur Strafe für ihre Beziehungen zu George Sand unter die hochgradig weibischen Männer eingereiht; das gleiche widerfährt Robert Schumann, weil seine Frau eine hochbegabte Künstlerin war, und Franz Liszt, weil er eine Schriftstellerin zur Geliebten hatte. Um aber den armen Liszt noch mehr anzuschwärzen, wird behauptet, dass seine »Freundschaft für den auch nicht vollkommen männlichen und jedenfalls etwas päderastisch veranlagten Wagner [?!] fast ebensoviel Homosexualität in sich schloss, wie die schwärmerische Verehrung, die dem letzteren von König Ludwig II. von Bayern entgegengebracht wurde. Natürlich wird auch der Schatten Michelangelos heraufbeschworen, um nämlich seine Freundin Vittoria Colonna der Mannweiblichkeit zu überführen. Wahrlich, an Weininger ist ein Staatsanwalt verloren gegangen! Aber — nun kommt das Aber: wenn weibische Halb Männer so geniale Dichter sein können, wie Musset, so geniale Musiker, wie Chopin und Schumann, ja solche überragend geniale Kraftkerle, wie Michelangelo und Richard Wagner — wo bleibt da der Parallelismus zwischen Genie und Männlichkeit?

Und das ist noch nicht alles. Auch abgesehen von den wirklichen oder angeblichen Homosexuellen gibt es Männer, die mit höchster geistiger Begabung eine auffallend geringe Activität in geschlechtlicher Beziehung vereinigen. Waren nicht Kant und Spinoza einsame Hagestolze? Ist nicht Fechner nach einem langen, arbeitsreichen Leben kinderlos gestorben? Und wenn nun eine Feministin daherkäme und deducierte: das Genie ist nicht ein Extract der

Männlichkeit, sondern ein Extract der Weiblichkeit; Kant und Spinoza und Fechner und Michelangelo und Richard Wagner waren gerade deshalb genial, weil abnorm viel Weiblichkeit in ihnen steckte — was könnte man ihr antworten? Doch eben nur, dass ihre Argumentation gradeso willkürlich sei, wie jene von Weininger, und dass beide nichts beweisen.

Ungleich ernsthafter, als die wacklige Theorie von der Homosexualität der begabten Frauen, ist ein anderes Argument zu nehmen: die Frage nämlich, warum dem langen Verzeichnis männlicher Genies keine annähernd ebenso stattliche Liste ebenbürtiger weiblicher Genies gegenübersteht? Nun möchte ich keineswegs behaupten, den Schlüssel zu diesem Problem in der Tasche zu haben; aber ich möchte doch in sozusagen feuilletonistischer Weise auf einen zwar nicht neuen, trotzdem aber gewöhnlich nicht genügend gewürdigten Gesichtspunct hinweisen. Wir besitzen keine Methode zur unmittelbaren Messung genialer Anlagen; vielleicht wird nach Jahrhunderten eine vervollkommnete experimentelle Psychologie eine solche besitzen. Bis jetzt aber wird das Genie in der Regel an seinen Leistungen erkannt und nach seinen Werken taxiert. Damit aber Werke von so hoher Vortrefflichkeit und Originalität zu stande kommen, dass sie auf uns den Eindruck des Genialen machen, dann ist mindestens zweierlei nötig: eine angeborene geniale Begabung und ein möglichst zweckmässiger Bildungsgang, der diese Begabung harmonisch entfaltet, systematisch übt und sie sozusagen mit dem nötigen Handwerkszeug ausrüstet. Denn darauf kommt es gerade an, dass die Aneignung des Technischen der bisherigen Kunstübung beziehungsweise die Aneignung des bisher aufgehäuften Wissensmaterials und der bisher vorhandenen Forschungsmethoden möglichst wenig Kraft und Zeit in Anspruch nehmen, damit noch Zeit und Spannkraft übrig bleibe zur Eroberung geistigen Neulandes. Nehmen wir zwei Beispiele. Aus einer Zeitungsnotiz erfahren wir von einem armen Bauern irgendwo in Russland oder Ukraina, der, obwohl ohne allen Schulunterricht aufgewachsen, dennoch erst die ganze Bibel, dann eine Menge weltlicher Bücher gelesen, als Sectenstifter oder Agitator den geistigen Gesichtskreis seiner Nachbarn binnen wenigen Jahren um ein halbes Jahrhundert erweitert hat und dafür von Rechts wegen zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit in Ostsibirien verurteilt wurde. Andererseits lernen wir in einer der Hauptstädte Westeuropas einen in seinem Fach äusserst tüchtigen jungen Universitätsprofessor kennen, der in den zwölf Jahren seit seiner Doctorpromotion schon vier neue Bacillen entdeckt hat; wir erkundigen uns nach seinem Bildungsgang und erfahren, dass schon sein Vater ein anerkannter Gelehrter war und eine reiche und gebildete Dame zur Frau nahm. Die Vermutung ist gestattet, dass, was die angeborene Anlage betrifft, der Bauer vielleicht ebenso begabt war, wie der Professor. Aber denselben Aufwand an geistiger Kraft, den dieser, in einer mit Bildungskeimen gesättigten Atmosphäre aufwachsend, von den besten Lehrern geleitet, durch die besten Lehrmittel gefördert, in aller Gemächlichkeit dazu benützen konnte, um der Reihe nach Student, Candidat, Doctor, Docent und schliesslich Professor zu werden, denselben oder vielleicht einen noch grösseren Aufwand an geistiger Kraft hat jener dazu verbrauchen müssen, um als schon erwachsener Alphabet an arbeitsfreien Winterabenden nachträglich noch lesen und schreiben zu lernen und später, als er wirklich zu lesen anfang, die Fülle der auf ihn eindringenden fremdartigen Vorstellungsinhalte zu bewältigen und in ein logisches System zu ordnen — mag dieses System auch, an den reifen Ergebnissen westeuropäischer Wissenschaft gemessen, noch so unreif und dürftig erscheinen. Auf der Liste der historisch bekannt gewordenen Genies steht also nur ein kleiner Bruchteil der genial Geborenen: diejenigen nämlich, die in ein der Entfaltung ihrer Anlagen günstiges Milieu entweder hineingeboren wurden oder noch rechtzeitig einzudringen vermochten. Die Zahl der verkümmerten Genies aber,

die es entweder zu gar keiner Leistung gebracht haben oder in einem mühsam erworbenen handwerklichen Können stecken geblieben sind, ist höchst wahrscheinlich sehr viel grösser, als jene der erfolgreichen Genies. Um also feststellen zu können, ob eine Classe menschlicher Wesen wirklich ärmer an Genies ist, als eine andere, muss man erst die Chancen der Ausbildung gleich machen. Wie steht es aber in dieser Hinsicht mit der Frauenwelt? Über die wirkliche Leistungsfähigkeit der Frauen wissen wir kaum so viel, wie wir vor vierzig Jahren von den Japanern wussten. Neun Zehntel der studierten Frauen von heute kommen für den Vergleich nicht in Betracht, denn sie haben sieben Berge übersteigen und sieben Ströme durchschwimmen müssen, um das gebahnte Geleise eines regelrechten akademischen Studiums zu erreichen. Wenn sie dabei nicht zusammengebrochen sind, wenn sie ihre Arbeitsfähigkeit bewahrt haben und nunmehr mit dem Durchschnitt gleichen Schritt halten, so ist das alles, was man von ihnen verlangen kann; und leisten einzelne mehr, so ist das ein beschämendes Zeugnis dafür, wieviel an ihren Geschlechtsgenossinnen gesündigt wurde und noch gesündigt wird.

Aber halt da! Haben nicht die Frauen — siehe Möbius! — ein kleineres Gehirn, als die Männer? Und beweist das nicht, dass die Weiber dümmer sind als wir Herren der Schöpfung?

Zunächst stelle ich fest: wer sich auf dieses Argument beruft, der wirft damit das Weiningersche Buch in die Rumpelkammer, als auf einer fictiven Grundlage aufgebaut und somit wertlos. Denn Weinger geht von der Voraussetzung aus, dass die geistigen Fähigkeiten Functionen einer immateriellen Seele seien, die sich den sündigen Menschenleib nur zeitweilig nur Gefäss erkoren habe, und gelangt — nach mancherlei Sprüngen allerdings — zu dem Schlusse, dass der Gehalt eines Menschen an unsterblicher Seele zusammenfalle mit seinem Gehalt an Männlichkeit, so dass wir uns das *absolute Weib* als völlig seelenlos zu denken haben. Nun wohl, die immaterielle Seele hat in einem Stecknadelkopf Platz, folglich kann sie in 1400 Gramm Gehirns substanz ganz ebenso vortrefflich einquartiert sein, wie in 1500 Gramm. Wer sich also auch nur in den grössten, allgemeinsten Zügen auf Weiningers Standpunct stellt, dem hat die ganze Gehirngewichtsdebatte völlig gleichgiltig zu sein. Nur wenn wir unter *Seele* nichts anderes verstehen, als die Bewusstseinsinhalte des menschlichen Leibes, und wenn wir es weiter als feststehend betrachten, dass sich die *seelischen* Functionen unseres Leibes ausschliesslich oder hauptsächlich in unserem Nervensystem concentrieren, erst dann gewinnt die Frage Sinn und Interesse, ob das, was im Menschen empfindet und denkt, das Nervensystem nämlich, beim Weibe in der That schlechter entwickelt sei, als beim Mann.

Aber lassen wir Weinger bei seite und halten wir uns an Möbius, der ja in der That ein ungleich erster zu nehmender Gegner ist, als der bedauernswerte Weinger^o). Möbius also, bekanntlich ein angesehener Fachmann auf dem Gebiet der Nervenpathologie, belehrt uns, dass von 559 männlichen Gehirnen, die der verstorbene Professor Bischoff in München wog, das schwerste 1925 Gramm, das leichteste 1018 Gramm wog; von 347 weiblichen Gehirnen, die derselbe Forscher untersuchte, wog das leichteste 820 Gramm, das schwerste 1565 Gramm. Das Durchschnittsgewicht der männlichen Gehirne betrug 1362 Gramm, jenes der weiblichen 1219 Gramm. Somit betrug der Unterschied zwischen dem schwersten und leichtesten Männerhirn 907 Gramm oder fast

^o) Die Zusammenstellung mit Weinger empfindet Möbius selbst sehr peinlich. In einer lezenswerten kleinen Schrift (*Geschlecht und Unbescheidenheit* (Halle 1904)) setzt sich Möbius mit Weiningers *Geschlecht und Charakter* auseinander und deckt die Schwächen des Buches und seines Autors zum Teil recht unbarmherzig auf. Möbius zeigt sich geradezu bestürzt über seinen seltsamen Jüngler und dessen ruchlose Torheiten. Aber er hätte diesen Erfolg seines Auftretens voraussehen können: denn wer dem Geschlechtsdünkel des Durchschnittsmannes Ausdruck leiht, den überschreit und übertrumpft unfehlbar — der Weiberhass des sexuell Perversen.

neun Zehntel des Gewichtes des leichteren Hirnes; der Unterschied zwischen einem durchschnittlichen Männerhirn und einem durchschnittlichen Weiberhirn betrug dagegen nur 143 Gramm, oder weniger als ein Achtel des Durchschnittsgewichts weiblicher Gehirne. Das schwerste weibliche Gehirn aber war um volle 547 Gramm, also um mehr als die Hälfte schwerer, als das leichteste Männerhirn. Sollte also wirklich das Hirngewicht für einen sicheren Massstab der Intelligenz gelten, so würde aus den Zahlen von Bischoff vor allem folgen, dass die geistigen Unterschiede zwischen Mann und Mann um ein Vielfaches grösser und einschneidender sind, als der Unterschied zwischen dem Durchschnittsmann und der Durchschnittsfrau.

Aber ist denn das Hirngewicht wirklich ein sicherer Massstab des Intellekts? Vor allem: Ist das Hirngewicht Erwachsener ein zuverlässiger Massstab der angeborenen geistigen Begabung? Von so ziemlich allen Organen wissen wir, dass sie bei anhaltender Übung an Gewicht zunehmen, bei geringer Tätigkeit an Gewicht verlieren; dass dies beim Nervensystem anders sein sollte, ist zum mindesten unwahrscheinlich. Nun steht es fest und wird gerade von den Anhängern der Frauenemancipation betont, dass den Frauen bis jetzt im allgemeinen ungleich weniger Gelegenheit zu systematischer Übung ihrer Geisteskräfte geboten wird, als den Männern. Ganz besonders trifft dies zu für die Frauen der allerärmsten und unwissendsten Volksschichten, deren Leichen ja hauptsächlich das Studienmaterial des Anatomen darstellen; und in den siebziger Jahren, als Bischoff seine Untersuchungen vornahm — sein Buch erschien 1880 — dürfte es in noch höherem Grade zugetragen haben, als heute. Ferner ist zu beachten, dass *das Gehirn* als vom übrigen Nervensystem losgetrenntes Gebilde eigentlich ein Kunstproduct des Seciermessers ist; im lebenden Menschen bildet das gesamte Nervensystem eine ununterbrochene Einheit. Beständig wirken auf die über den ganzen Körper verstreuten feinsten Nervenendigungen Empfindungsreize ein, welche sodann durch die Nervenfasern centralwärts bis zur Gehirnrinde geleitet werden; und umgekehrt gehen von der Gehirnrinde Functionsimpulse — vor allem Bewegungsimpulse — in ununterbrochener Leitung nach den entferntesten Körperstellen. Es ist somit fraglich, ob irgend eine Vorstellung im Bewusstsein auftauchen kann, ohne dass ausserhalb der Schädelcapsel verlaufende Nervenbahnen dabei miterregt würden. Dass es für den Anatomen so gut wie unmöglich ist, das gesamte Nervensystem mit seinen tausendfachen feinen Verzweigungen rein herauszupräparieren und zu wägen, während es recht wohl für ihn möglich ist, das Rückenmark und die zwölf Paar Hirnnerven dort, wo sie durch die Schädellöcher hindurchtreten, mit dem Messer zu durchschneiden und den so erhaltenen Stumpf als *Gehirn* auf die Wagschale zu legen — das ist eine rein technische Schwierigkeit, die an der principiellen Seite der Frage nichts ändert. Wollte ich also pedantisch sein, so könnte ich fragen: Wer bürgt mir dafür, dass beim Weibe das etwas geringere Gewicht des *Gehirns* nicht vielleicht compensiert wird durch ein grösseres Gewicht solcher Teile des Nervensystems, die ausserhalb der Schädelcapsel liegen und deshalb aus Gründen der anatomischen Technik nicht mit zum *Gehirn* gezählt werden, die aber gleichfalls an den *geistigen* Functionen beteiligt sind?

Aber die Sache hat noch ganz andere Haken. Nicht nur das Nervensystem ist in sich eine unauflöslliche Einheit, sondern das Nervensystem als Ganzes bildet eine unauflöslliche Einheit mit dem Gesamtleibe. Es gibt bekanntlich kein Organ im lebenden Körper, das nicht mit Nerven versehen, von Nervenfasern durchzogen wäre. Von all diesen Organen aus wirken auf die Nervenfasern Reize ein, die centralwärts weitergeleitet werden, und umgekehrt empfangen die Organe vom Nervensystem aus Functionsimpulse, die unmittelbar oder mittelbar von der Tätigkeit der Gehirnrinde beeinflusst werden. So bildet die

Gehirnrinde gleichsam eine Vertretung sämtlicher Organe des Körpers: ob es irgend einen Teil der Gehirnrinde gibt, der nicht mit irgendeinem *peripheren* Organ in directer leitender Verbindung stünde, ist mehr als zweifelhaft. Demnach ist es nur natürlich, dass, wie auch Möbius⁷⁾ zugibt, bei sonst gleichen Umständen mit dem Körpergewicht auch das Gehirngewicht wächst; ein kleinerer Körper braucht sozusagen auch eine kleinere Projectionsfläche. Deswegen braucht aber so ein kleiner Mann mit seinem kleinen Gehirn durchaus nicht dümmer zu sein, als ein grosser — man denke an Napoléon I.! — wenn sein kleines Gehirn nur für seinen kleinen Körper gross genug ist. Das relative Gehirngewicht scheint demnach — hierfür sprechen auch andere Tatsachen — in einer näheren Beziehung zur Intelligenz zu stehen, als das absolute. Nun sind aber die Frauen im Durchschnitt beträchtlich kleiner und leichter, als die Männer; das nimmt den Bischoffschen Zahlen alle Bedeutung für unsere Streitfrage. Möbius müsste erst einmal beweisen, dass bei gleichem Körpergewicht die Frauen ein geringeres Gehirngewicht haben, als die Männer, dann wäre die Sache schon ernster. Die von ihm mitgeteilten Zahlen über den Kopfumfang lebender Männer und Frauen (geistig normale Männer 54 bis 57 Centimeter und mehr; geistig normale Frauen 50 bis 57 Centimeter) scheinen mir in dieser Hinsicht blutwenig zu beweisen, denn Gehirngewicht und Kopfumfang sind stark zweierlei. Abgesehen von der Möglichkeit, dass der kleinere Horizontalumfang der Frauenköpfe vielleicht durch einen Formunterschied mitbedingt sein könnte, besteht der Kopf bekanntlich nicht aus Gehirns substanz allein, sondern unter anderem auch aus Haut, Muskeln und Knochen; und dass die Haut der Frauen dünner ist, dass ihre Muskeln schwächer und ihre Knochen zarter sind, ist bekannt⁸⁾. Übrigens ist der menschliche Mann mit seinen lumpigen zwei Centimetern Kopfumfang, die er, nach den Möbiusschen Angaben zu schliessen, durchschnittlich vor einer gleich grossen Frau voraus hätte, noch ein elender Stümper gegen den männlichen Gorilla. Der übertrifft sein Weibchen noch ganz anders an Kopfumfang; das kommt aber nicht etwa von seiner sublimer Intelligenz, sondern von seinen mächtigen Kaumuskeln und den gewaltigen Knochenträgern, die diesen Muskeln zum Ansatz dienen.

Aber weiter. Es gibt ein Tier, dessen absolutes Hirngewicht viel grösser ist, als das des Menschen: der Elefant. Wenn ich nun an Möbius die Frage richtete: warum sind die Elefanten nicht klüger, als wir, warum haben sie uns dumme Menschlein mit unseren kleinen Gehirnen nicht längst in Grund und Boden gestampft? Möbius würde mich vermutlich belehren, das relative Hirngewicht sei beim Elefanten ungleich kleiner, als beim Menschen, und darauf komme es an. Schön, aber Spatz und Zeisig haben im Vergleich zu ihrem winzigen federleichten Körperchen ein viel grösseres relatives Hirngewicht, als der Mensch; warum beherrschen nun nicht Spatzen und Zeisige die Erde, sondern wir Menschen? Darauf ist nur mehr eine Antwort möglich: Weil weder das absolute, noch das relative Hirngewicht an

⁷⁾ Das heisst gegen die Oberfläche des Körpers hin gelegenen. Jedoch ist der Ausdruck nicht wörtlich zu nehmen, sondern es sind einfach die nicht zum Nervensystem gehörigen Organe gemeint.

⁸⁾ Vergl. pag. 52 seiner in Note 1 genannten Schrift.

⁹⁾ Hier möchte ich auf folgendes aufmerksam machen. Da sich die Form des Kopfumfanges mehr oder minder der Kreisform nähert, so beträgt der Umfang beiläufig das Dreifache des Durchmessers. Einer Umfangszunahme von 2 Centimetern entspricht also eine Zunahme des Durchmessers um $\frac{2}{3}$ Centimeter beziehungsweise, da der Durchmesser die Schädeldecken an zwei symmetrischen Stellen schneidet, um je $\frac{1}{3}$ Centimeter rechts und links. Wenn also beim Manne die Schädelknochen samt Haut und Muskeln auch nur um 3 Millimeter dicker sind, als beim Weibe, so reicht dies aus, um jene Umfangsdifferenz von 2 Centimetern hervorzurufen, welcher Möbius eine so hohe Bedeutung zuschreibt. Und nun vergegenwärtige man sich einmal die Unterschiede der Handschuhnummern bei Herren und Damen, man frage den nächstbesten Schuster nach den Massen für männliches und weibliches Schuhwerk!

sich über die Leistungsfähigkeit des Gehirns entscheidet.

Warum dem so ist? Ja, warum sollte es anders sein? Wundert sich jemand darüber, dass ein Revolver eine furchtbarere Waffe ist, als eine Steinschlossflinte? Oder dass eine winzige goldene Damenuhr genauer geht, als eine riesige Sechsmarkuhr aus schlechtem Metall und mit schlechtem Werk? Es kommt eben bei Werkzeugen wie bei Organen nicht auf die Masse allein an, sondern auf den Bau. Und wer so nachdrücklich, wie Möbius, betont, dass der weibliche Körper in jedem Organe, in jedem seiner Gewebe, ja in jeder Zelle qualitativ vom männlichen verschieden sei — »jede Zelle ist geschlechtlich abgestempelt« —, der sollte doch auch bedenken, dass eine solche qualitative Verschiedenheit die rein quantitative Vergleichung aufs äusserste erschwert, wo nicht ausschliesst.

Ebenso wenig überzeugend sind aber auch die Schlüsse, die Möbius aus den Befunden von Rüdinger über die Formen männlicher und weiblicher Gehirne¹⁰⁾ ableitet. Rüdinger, dessen Befunde von anderen Fachleuten bestritten werden, hat einzelne Gehirnwindungen beim Manne besser entwickelt gefunden, nämlich den medialen Windungszug des Scheitellappens und die innere obere Übergangswindung, ferner die dritte Stirnwindung. Was die beiden erstgenannten Windungen betrifft, so habe ich aus der Schrift von Möbius zum erstenmal erfahren, dass man neuestens auch sie einer ausschlaggebenden Bedeutung für das Geistesleben verdächtigt; die Mode scheint in diesem Punkte ziemlich rasch gewechselt zu haben. Um so bekannter ist die Function der dritten Stirnwindung; sie ist das Sprechcentrum. Wird sie durch Krankheit zerstört, so tritt Unfähigkeit zum Sprechen ein. Nun ist aber nach Möbius das Sprechen gerade die Hauptstärke der Weiber: »ihre körperliche Schwäche hindert sie, mit der Faust zu fechten, ihre geistige Schwäche lässt sie auf Beweise verzichten, also bleibt nur die Fülle der Wörter . . . Das Schwatzen gewährt dem Weibe unendliches Vergnügen, ist der eigentliche weibliche Sport . . . das Weib übt ihre Zunge während des ganzen Lebens, um zum Redekampf gerüstet zu sein«. Und das alles leisten die Teufelsweiber mit einem verkümmerten Sprechcentrum! Wie stimmt das nun?

Es ist nicht meine Schuld, wenn die Sache humoristisch wird. Herr Dr. Möbius hat es sich stellenweise doch wohl etwas zu leicht gemacht.

Aber wenden wir uns einer anderen Seite der Frage zu, deren Natur jede Scherzhaftigkeit verbietet. In wiefern besteht ein Conflict zwischen der Muttererschaft und der geistigen Arbeit der Frauen?

Kehren wir die Frage erst einmal um: inwieweit kann eine Frau — nicht im Urwald, sondern innerhalb der Culturmenscheit — ihren Mutterpflichten gegenüber ohne geistige Arbeit?

So gut wie gar nicht.

Sehen wir davon ab, dass schon bei der Gattenwahl eine Frau von geschulter Intelligenz mehr Selbständigkeit und ein richtigeres Urteil bekunden dürfte, als ein unwissendes und geistesträges Weiblein. Sehen wir davon ab, dass schon vor der Conception, vor allem aber während der Schwangerschaft die gebildete Frau, die im stande ist, die Lehren der wissenschaftlichen Hygiene zu begreifen und anzuwenden, von ihrem noch ungeborenen Kinde manches Unheil fernhalten dürfte. Aber wenn das Kind einmal geboren ist, ist dann wirklich die unwissendste Pflegerin die beste? In dem mit hygienischen Schädlichkeiten überfüllten Milieu unserer Städte ist das gesündeste Kind von hundert Gefährten um-

¹⁰⁾ Wichtige Angaben und treffliche klärende Bemerkungen über dieses Thema sind nachzulesen bei Oda Olberg: *Das Weib und der Intellectualismus* [Berlin 1905] pag. 70-73. Es sei hier gleich vorweggenommen, dass diese durch Klarheit und Gedankenreichtum ausgezeichnete Schrift meines Wissens zu dem Vortrefflichsten gehört, was über die Frauenfrage geschrieben wurde.

lauert; und diese Gefahren werden verschlimmert durch die Verkehrtheiten des Aberglaubens, der nirgends so geschäftig pfuscht, wie in der Kinderstube. Kein Instinct kann die stillende Mutter darüber belehren, dass das Bier, welches ihr alle Welt als vermeintlich unentbehrliche Stärkung aufdrängt, Gift für das Nervensystem ihres Kindes ist; kein Instinct kann sie lehren, dass man der Weisheit der weisesten Tanten zum Trotz eine Verletzung nicht mit ranzigem Fett beschmieren, eine Augenentzündung weder mit Spinnweben noch mit Fliegenkot behandeln darf. Kein Instinct kann der jungen Mutter sagen, dass man dem Kinde nicht *kuhwarne*, sondern sterilisierte Milch zu verabreichen hat. Kein Instinct kann sie vor dem Irrtum schützen, ein am Bettchen des Kindes gesprochenes *Vaterunser* für wirksamer zu halten, als ein Bad, einen kalten Umschlag oder eine Dosis Calomel oder Chinin. Gegen allen diesen verderblichen Unfug hilft nur die Bildung, und zwar eine möglichst gründliche, tiefpflügende Bildung, welche die ganze Denkweise einheitlich gestaltet. Die Autorität des Arztes allein reicht nicht aus; denn damit der wissenschaftlich gebildete Arzt der Mutter mehr gelte, als der nächste beste Betbruder, muss sie selbst gebildet sein. Ich sage *gebildet*, nicht etwa bloss von radicalen Schlagworten fanatisiert; denn sonst fällt sie, kaum dass sie dem Gesundheitsbeter die Tür gewiesen hat, doch wieder auf irgend einen Bilz hinein.¹¹⁾

Und doch erfordert die physische Pflege eines Kindes, das in die Culturgemeinschaft hineintauchen soll, noch ungleich weniger Wissen und Bildung, als seine *E r z i e h u n g*. Eine Tradition mechanisch weitergeben, das mag auch der frommen Einfalt gelingen; aber in einer revolutionären Zeit, wie die unsere, die auf allen Lebensgebieten die alten Normen unbrauchbar macht, der Jugend ratend und helfend zur Seite stehen bei dem schwierigen Werke des Sicheinlebens in eine werdende neue Cultur, eine Cultur mit neuen Lebenszielen und neuer Sittlichkeit — wenn die fromme Einfalt vor diese Aufgabe gestellt wird, richtet sie greuliches Unheil an.¹²⁾ Mit Recht betont Möbius¹³⁾, entgegen dem wahnwitzigen jüdenfresserischen Gerede des entarteten Juden Weininger, wie gute, treue, aufopfernde Mütter die meisten jüdischen Frauen sind. Aber leider muss hinzugefügt werden: gerade diese treue, aufopfernde Mutterliebe wird zur Quelle der tragischsten Conflictte werden, wenn sie gepaart ist mit Unwissenheit und borniert-fanatischem Festhalten an der Tradition. Denn gerade der jüdische Nachwuchs muss mit der Tradition brechen, um leben, um atmen zu können. Mögen die Vertreter dieser seelisch obdachlos gewordenen Jugend sich hierhin oder dorthin wenden, mag es die einen zum Socialismus, die andern anderswohin ziehen, mögen die einen im Anschluss an ein Wirtsvolk, die anderen in der Pflege eines specifisch jüdischen oder vielmehr neujüdischen Volkstums das Heil suchen — eins können sie alle nicht: orthodoxe Juden bleiben. Das bringt keiner mehr fertig, der einmal europäische Culturluft geatmet hat. Und just dieses Unmögliche fordern die Mütter von ihnen unter Tränen und Händeringen. Je liebevoller eine solche Mutter ist, desto heftiger entsetzt sie sich über die Gottlosigkeit ihrer Kinder, desto eifriger ist sie bemüht, ihnen jede Möglichkeit einer freieren Existenz abzuschneiden. Man sage nicht, das sei ein blosser Ausnahmefall. In diesem Ausnahmefall spiegelt sich, wie in einem Brennpunct aufs schärfste gesteigert, die allgemeine Tragik unserer Zeit. Von dem litauischen Waldbauern an, der seinen Sohn verflucht, weil er kein katholischer Pfarrer werden, sondern sich weltlicher Wissenschaft widmen will, bis tief in das Getriebe unserer Weltstädte hinein ist die Welt im Umbau begriffen, und das Verhängnis der Alten ist es, dass sie sich

¹¹⁾ Über die angebliche Nützlichkeit des *Schwachsinn*s in der Kinderstube vergl. auch die genannte Schrift von Oda Olberg, pag. 90-93.

¹²⁾ Vergl. auch hierüber die äusserst boherzigenswerten Ausführungen von Oda Olberg, *ibid.*, pag. 93-100

¹³⁾ In seiner polemischen Schrift *Geschlecht und Unbescheidenheit*, pag. 24.

und die Jugend in modrige Gelasse einsperren wollen, die schon zum Abbruch bestimmt sind und jeden Augenblick einstürzen können. In einer solchen Zeit frommt Unwissenheit keinem, am allerwenigsten aber einer Mutter.

Gut, wird man sagen, mag immerhin die Frau an ihrer eigenen Ausbildung arbeiten; aber besteht nicht ein Conflict zwischen Mutterschaft und geistiger Berufsarbeit? Erfordert die geistige Berufsarbeit nicht die ungeteilte Kraft eines ganzen Menschen?¹⁴⁾ Und wenn die Frau neben dieser Berufsarbeit auch alle Lasten und Mühsale der Mutterschaft tragen soll, muss da nicht entweder die Berufsarbeit oder die Mutterschaft Schaden nehmen?

Dass dieser Conflict in der Gegenwart besteht, ist sicher. Aber dass jeder Schritt zum Socialismus ein Schritt zur Milderung dieses Conflicts ist, scheint mir ebenso sicher. Neun Zehntel der Haushaltungssorgen können auf collective Einrichtungen übertragen werden¹⁵⁾; aber auch die mehr routinenmässige Pflegearbeit am Kinde könnte, wenigstens nach Ablauf der Stillungszeit, recht wohl berufsmässigen Pflegerinnen anvertraut werden,¹⁶⁾ während der Mutter das Recht vorbehalten bliebe, in ihren Feierstunden auf das erwachende Gemütsleben des Kindes Einfluss zu nehmen. Der letzte, entscheidende Schritt wäre dann die Übernahme der Unterhaltskosten des Kindes durch das socialistische Gemeinwesen. Bis dahin wird freilich die Berufsarbeit der Frauen sehr empfindliche Unterbrechungen durch die Mutterschaft erleiden. Das mag für mässig begabte Frauen ein Grund sein, der Berufsarbeit den Rücken zu kehren, nicht aber für die starken Talente.

Dem umgekehrten Vorgang, der Schädigung der Mutterschaft durch die geistige Arbeit, vermag ich trotz Möbius keine grosse Bedeutung zuzuschreiben. Wenn manche geistig arbeitende Frauen an Nervenzerrüttung leiden, so dürfte dies nur selten an der geistigen Arbeit als solcher liegen, sondern an den aufreibenden Kämpfen, welche eine solche Frau durchmachen musste, um sich den Zutritt zur Berufsarbeit zu erobern, oder aber an der Ausbeutung der geistigen Arbeiterinnen — man denke nur an die Lehrerinnen. Statt hier neue Schranken zu errichten, gilt es vielmehr Schranken niederreißen: den studierenden Mädchen eine angemessene Vorbildung und offenen Zutritt zu allen Bildungsanstalten, den geistig arbeitenden Frauen eine auskömmliche Entlohnung und ausreichende Feierstunden, Ruhetage und Ferien zu sichern.

Aber wenn die geistige Berufsarbeit der Frauen so oft mit Leiden und Opfern verknüpft ist, lohnt es sich, diese Opfer zu bringen? Einzelne talentvolle Persönlichkeiten, deren Betätigungsdrang zu unterdrücken grausam wäre — mag sein; aber wenn sich das sociale Tätigkeitsfeld der Frauen stetig erweitert, wenn schliesslich die Verleihung des Stimmrechts alle Frauen in die sociale Arena ruft — werden all die neuen Mühen und Anstrengungen, die sich die Frauenwelt aufbürdet, durch irgend ein neues Resultat belohnt werden, das nicht ebenso gut durch Männerarbeit erreicht werden könnte?

Eine Antwort hierauf liegt nahe: Solange es Sonderinteressen der weiblichen Bevölkerung gibt, soll es auch weibliche Anwälte dieser Interessen geben. Solange es kranke Frauen gibt, soll es weibliche Ärzte und Amtsärzte geben. Solange es in den Fabriken und Werkstätten weibliche Arbeiter gibt, soll es auch weibliche Fabrikinspectoren geben. So verlangt es das demokratische Princip der Selbstverwaltung, dem die Erfahrung immer wieder Recht gibt.

Was aber sonst über die Aufgabe der Frau im socialen Leben zu sagen ist, das kann nicht besser gesagt werden, als mit den Worten Oda Olbergs: »Alles

¹⁴⁾ In der schon erwähnten Schrift *Das Weib vom Manne erschaffen* werden die hier berührten Einwände in eindrucksvoller, aber doch wohl sehr subjectiver Weise erörtert (so besonders auf Seite 125 bis 127).

¹⁵⁾ Es bedarf kaum der Erwähnung, dass die von Lily Braun bestrittenen Hauswirtschaftsgenossenschaften als ein praktischer Vorstoss in dieser Richtung zu begrüssen sind.

¹⁶⁾ Natürlich facultativ, das heisst, soweit die Mutter diese Tätigkeit nicht selbst übernehmen will oder kann.

Männerwerk! sagt Professor Albert, nachdem er vor seinem geistigen Auge das gewaltige Kunstgebilde der Cultur hat vorüberziehen lassen. Seine stolze Umschau mahnt mich immer an ein anderes Bild, das sich mir und vielleicht vielen Müttern aufdrängt, wenn sie eine grössere Menschenmenge, etwa einen Zug Soldaten, vorbeiziehen, eine Fabrik sich leeren sehen: jeder einzelne einer Mutter Sohn! Jeder einzelne mit Schmerz geboren und mit unsäglicher Mühe und Liebe aufgezogen, bewacht, gehütet. Jeder einzelne so *teuer erkaufte*, und jetzt so gering bewertet. Hat da wirklich das Weib keine Function im Gesellschaftsleben?

Diese socialgewordene Mütterlichkeit des Weibes, die in jedem einzelnen Volksgenossen *einer Mutter Sohn* erblickt und schützen und betreuen möchte, sie scheint mir zu nicht minder hohen Aufgaben berufen zu sein, als die nach aussen gerichtete Kampfnatur des Mannes. Vielleicht wird es in ferner Zukunft Aufgabe der Frauen sein, die durch den Socialismus verwirklichte Harmonie im Inneren der menschlichen Gesellschaft dauernd zu erhalten, während es Aufgabe der Männer sein und bleiben wird, den selbstgeschaffenen Kosmos des menschlichen Culturmilieus täglich aufs neue zu verteidigen gegen das immer von neuem anstürmende Chaos der blinden Naturmächte.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Die REICHSBANK hat am 11. October ihren Discout von 4 auf 5% erhöht, den Lombardzinsfuss entsprechend von 5 auf 6%.

An sich braucht man eine solche, wohl mit dem Jahreswechsel vorübergehende Zinsfusshöhe nicht besonders bedenklich zu finden. Der October hat sehr oft die Discoutschraube anziehen sehen, so oft in den Jahren 1902, 1899 und alle drei weiter zurückliegenden Jahre 1896 bis 1898. In den letzterwähnten drei Jahren und ebenso 1900 finden wir gleichfalls die Norm von 5%, dazwischen im Jahre 1899 sogar 6%: das Ende des III. Quartals bringt naturgemäss fast immer ausserordentlich starke Ansprüche an die Banken, die fast zu gleicher Zeit schon beginnen müssen, sich auf den Gesamtjahresabschluss mit seiner gewöhnlich noch stärkeren Kräfteanspannung zu rüsten. Diesmal haben jedoch eine Reihe ausserordentlicher und keineswegs erfreulicher Factoren mitgespielt. Das Herabgleiten in die Sphäre der Notensteuerpflicht vollzog sich mit einer verblüffenden Geschwindigkeit und Wucht. In der vorletzten Septemberwoche war die Reichsbank noch mit über 160 Mill. M. steuerfrei, in der letzten

Septemberwoche mit nicht weniger als 305 Mill. M. in der Notensteuer. Im Vorjahre war man von den Erscheinungen der Herbstquartalswende auch nicht erbaut, aber damals geriet die Bank nur mit 154 Mill. M. in die Notensteuer, ihr Metallvorrat war um 65 Mill. M. grösser, ihr Notenumlauf um über 83 Mill. M. geringer (am 30. September 1904 703 14 Mill. M. Metall, 1599 Mill. M. Noten). Nun kann ein rascherer Rückfluss während der ersten Tage und Wochen des neuen Quartals ein leidliches Gleichgewicht rascher wiederherstellen. Dies geschah jedoch nicht in dem gewünschten Masse. Die Darlegungen des Reichsbankpräsidenten Dr. von Koch vor dem Centralausschuss am 11. October klangen daher, nach dem Bericht des *Reichsanzeigers*, wenig vertrauensselig. Trotz günstiger Wechselcurs und nicht unerheblicher Goldeingänge vom Auslande sei der Metallvorrat kleiner, als in den letzten drei Jahren. Banknoten seien so viel im Umlauf, wie noch nie um diese Zeit, davon ungedeckte allein 649 Mill., das heisst über 100 Mill. mehr, als 1903, 1902, 1900, 150 Mill. mehr, als 1901, sogar 72 Mill. mehr, als 1899. Die Deckung der Noten und der fremden Gelder sei seit 1899 nicht so niedrig gewesen. Es seien noch 179 Mill. steuerpflichtige Noten im Um-

lauf, über 100 Mill. sogar mehr, als in den letzten beiden Vorjahren. Eine wesentliche Besserung in naher Zeit sei kaum wahrscheinlich, da auch die Ansprüche der Börse trotz des in grossem Umfange hier vorübergehend beschäftigten ausländischen Geldes bedeutend und mancherlei Emissionen in Vorbereitung seien, überdies das Geldbedürfnis des Reichs fortduere. Es entspreche der Vorsicht, den Discont zu erhöhen, und zwar um ein volles Procent, um wirksam so die Geldansprüche zu mindern und zum Jahresschlusse besser gerüstet zu sein. Der Centralausschuss hiess nach kurzer Discussion die Disconterhöhung gut — die letzte Änderung hatte am 8. Juni 1903 stattgefunden (Erhöhung von $3\frac{1}{2}$ auf 4%).

Auffällig ist zunächst die Sonderstellung Berlins, da London und Paris schon vorher mit ihrem 3procentigen Discont beträchtlich unter dem Satz der Reichsbank standen; im Durchschnitt hat sich in den letzten Jahren die Goldbasis der grossen Centralbanken Europas ganz wesentlich verbessert. Zu ungunsten der Reichsbank wirkt dieses Jahr allerdings die erhebliche Neubelastung mit Reichsschatzscheinen, von denen die Bank am 30. September nicht weniger als 223,54 Mill. M. hielt, gegen nur 39,65 Mill. M. Ende September 1903. Wenn die neue Disconterhöhung auch eine starke Anziehungskraft auf fremdes Gold ausüben mag, so werden die neuartigen letztjährigen Erfahrungen unserer Reichsbank doch noch reichlichen Stoff zu Erörterungen in der Presse sowohl wie in den Parlamenten bieten.

Noch eine weitere Folge hat die ausserordentliche Anspannung der Reichsbank gehabt: die zweite Hälfte (30 Mill. M.) der im Gesetz von 1899 vorgesehenen Capitalserhöhung (60 Mill. M.) wird bereits jetzt beansprucht, während man sonst die Emission bis Ende 1905 hätte hinausschieben können. Die Auflegung zur Zeichnung (30 000 Anteilsscheine von je 1000 M. zum Preise von 144) soll Anfang November erfolgen; die gesamten Einzahlungen auf die Titres sollen sich bereits im laufenden Jahre vollziehen. — Damit wäre das Grundcapital auf 180 Mill. M. gebracht. Die Emission der ersten 30 Mill. M. vollzog sich im letzten Quartal 1900, der Zeichnungspreis war 135.

X

Überaus seltsam ist der Fortgang der *HIBERNIA*verstaatlichungsaction. Etwas Verworreneres, wie der augenblickliche Stand dieser Angelegenheit, lässt sich kaum denken. Die *Dresdener Bank*-Gruppe hatte die Beschlüsse der Generalversammlung vom 27. August rechtlich angefochten; das Landgericht Bochum hat jedoch am 10. October sämtliche Anträge der Verstaatlichungsgruppe zurückgewiesen. Letztere hatte in der Zwischenzeit festgestellt, dass sie über mehr, als die Hälfte des Actien Capitals verfüge, also zwar über keine zur Verstaatlichung genügende (Zweidrittel-) Mehrheit, wohl aber über eine Mehrheit, welche die laufende Geschäftsführung nach ihrem Willen bestimmen und somit die Gegner mit der Zeit müde machen könne. Voraussetzung war dabei jedoch, dass die letztthin beschlossene Capitalserhöhung um 6,5 Mill. M. rechtlich ungiltig sei, denn diese 6,5 Mill. M. wurden von vornherein für die Gegner reserviert, sie machen also das Übergewicht der Verstaatlichungsfreunde wieder hinfällig. Hatten die 6,5 Mill. M. nunmehr auf der neuen Generalversammlung bereits Stimmrecht — auch nachdem das Bochumer Urteil abermals angefochten war, nachdem jedoch der Registerrichter in Herne nunmehr die Capitalserhöhung in das Handelsregister eintragen liess? Die Sachlage hatte sich kurze Zeit für Herrn Möller günstiger gestaltet; jetzt rückten seine Widersacher mit frischer Kraft und Hoffnung von allen Seiten aus vor. Die neue Generalversammlung endete in der Tat mit ihrem Siege. Die $6\frac{1}{2}$ Mill. M. junger Actien stimmten mit, nach ihrer ganzen Begehung natürlich gegen die Verstaatlichung. Die *Dresdner Bank* blieb trotz ihrer 27 430 800 M. Actien somit in der Minderheit gegenüber den 31 265 200 M. der *Bleichröder-Berliner Handelsgesellschaft*, an die sich in weiterem Abstand noch angeschlossen die *Deutsche Bank*, Haniel, von Kruegel und andere.

Am 25. October lief die Zeit ab, bis wohin die preussische Staatsregierung sich an ihre Kaufofferte gebunden hatte. Aber die *Hibernia*actien bleiben dennoch der Regierung, da die *Dresdner Bank* nur als Commissionärin des Fiscus respective der *Seehandlung* vorgegangen ist. Wie weit jedoch reicht die Vollmacht der Regierung selber, ohne vorherige Verständigung mit dem Landtag? Dieser mag eine Mehrheit für bestimmte Verstaatlichungs-

X

pläne umschliessen. Ob aber auch eine Mehrheit, die diesem seltsamen Don-quizotезug Beifall zollt? Wie wird dieser gordische Knoten gelöst werden?

× Wenig übersichtlich ist noch immer die Lage des internationalen GETREIDEMARKTES. In den Vereinigten Staaten riefen die ungünstigen Ernteberechnungen Ende September und Anfang October eine beträchtliche Preissteigerung für Weizen hervor (Chicago 3. October 113¹/₈ c.). Daraufhin schwoll jedoch die Zufuhr aus den Farmgebieten derart an, dass in der zweiten Octoberwoche bereits wieder ein Preis von 108¹/₄ c. erreicht war. Für Europa ist bisher die enorme Ausfuhr-tätigkeit Russlands entscheidend gewesen, die aber trotz des Zehrens von älteren russischen Vorräten kaum in solcher Stärke anhalten kann. Von Australien wurde das Aufhören der Dürre, aus Argentinien eine vermutlich glänzende Ernte gemeldet, so dass noch immer ein mittelhohes Preisstand des Brotkornes für das laufende Erntejahr das Wahrscheinliche bleibt. Mitte October notierte in Berlin Decemberweizen 179 M., Decemberroggen 140 M. — was bei Roggen etwa dem Preisstand der Jahresdurchschnitte 1898 bis 1902 entsprechen, bei Weizen ihn etwa um ein Achtel überschreiten würde.

× Dagegen hat die so gut wie sichere Minderernte an Kartoffeln den SPIRITUSRING abermals wesentlich gefestigt. Die Centrale hat den Abschlagspreis auf die abnorme Höhe von 57 M. pro hl für die am 1. October begonnene neue Saison festgesetzt, während die Centrale ihre Tätigkeit mit einem durchschnittlichen Jahreserlös von 41¹/₂ M. begann und selbst davon recht bald noch herabgehen musste. Die Rückwirkungen auf den Trink-consum, der schon seit Jahren relativ sich verminderte, können kaum ausbleiben. Auf der anderen Seite wird jetzt stärker, als früher, auf eine Reform des Branntweinsteuergesetzes hingedrängt, speciell auch auf eine zeitweise stärkere Gestaltung des Melasse- und Maisbrennens.

× Vom EISEN- UND STAHLmarkt lauten wiederum die Nachrichten fortgesetzt wenig günstig. Kennzeichnend ist ein recht pessimistischer Artikel des Londoner Economist über die ersten drei Vierteljahre 1904. Danach ist mit dem Weiterbestand der schier endlosen Depression in England zu rechnen. Die

Vereinigten Staaten haben zwar ihre, zwischen 1900 und 1903 rapid gewachsene Production eingeschränkt, aber diese Einschränkung reiche, am Inlandsbedarf gemessen, keineswegs aus, so dass mit fortgesetzten Schleuderausfuhren Americas zu rechnen sein werde. Den Hauptstein des Anstosses bilde jedoch noch immer Deutschland, das seinen Eisen- und Stahlimport nach England, mit etwa einem 20procentigen Abschlag gegen die heimischen Preise, weiter gesteigert habe (in den ersten acht Monaten 1904 879 524 t, 1903 804 000 t, 1902 744 050 t). Wir brauchen kaum hinzuzufügen, dass diese deutsche Exportpolitik um so kurzsichtiger ist, als sie dem Kampf gegen das englische Freihandelssystem wesentlich Vorschub leistet. Der Economist weist zwar darauf hin, dass die englische Production an Eisen- und Stahlfabrikaten (manufactures) in den letzten drei Jahren eine gewisse Stetigkeit gewahrt habe, während allerdings die Roheisenproduction seit längerem eher abwärts geht (1900 8,9 Mill. t, 1904 nach den bisherigen Erfahrungen circa 8,25 Mill. t). Doch Stillstand ist innerhalb der capitalistischen Concurrenz schon Rückgang, und in der gleichen Menge Fabrikate und Halbfabrikate steckt, wie der Economist plötzlich übersieht, heute mehr ausländisches Rohmaterial — was doch auch kein Idealzustand und keine tröstliche Entwicklung ist.

× Der SCHIFFFAHRTSKrieg scheint zwar seit einiger Zeit weniger die Fahrten zwischen Nordeuropa und America als Kampffeld zu benutzen — die Überfahrtspreise sind hier bereits wieder wesentlich höher angesetzt worden. Dagegen ist die Auswanderung von den Mittelmeershäfen aus um so mehr umstritten. Die deutschen Reedereien werfen der ungarischen Regierung vor, dass diese alle ungarischen Auswanderer in ganz unzulässiger Weise Fiume und der Cunardlinie zutriebe. Dafür weist alsdann die Gegenseite auf die brutale Kunden-
 ×
 Der SCHIFFFAHRTSKrieg scheint zwar seit einiger Zeit weniger die Fahrten zwischen Nordeuropa und America als Kampffeld zu benutzen — die Überfahrtspreise sind hier bereits wieder wesentlich höher angesetzt worden. Dagegen ist die Auswanderung von den Mittelmeershäfen aus um so mehr umstritten. Die deutschen Reedereien werfen der ungarischen Regierung vor, dass diese alle ungarischen Auswanderer in ganz unzulässiger Weise Fiume und der Cunardlinie zutriebe. Dafür weist alsdann die Gegenseite auf die brutale Kunden-

× Wenn übrigens selbst die officielle Statistik den Rückgang der AUSWANDE-

RUNG über die deutschen Häfen in Zusammenhang damit bringen möchte, dass mehr Galizier, Polen, Rumänen die Mittelmeerhäfen benutzen, so vermessen wir noch die näheren Zifferangaben über die Mittelmeerfahrten. Bekanntlich geht die Gesamteinwanderung in den Vereinigten Staaten seit Ende 1903, infolge der dortigen Wirtschaftsdepression, zurück. Ein Rückgang im Verkehr der deutschen Häfen würde also schon daraus folgen. Doch mögen die offiziellen Zahlen hier mitgeteilt sein: Seit Beginn des laufenden Jahres bis Ende August sind über deutsche Häfen 139 648 Angehörige fremder Staaten befördert gegen 180 799 im gleichen Zeitraum des Vorjahrs, also jetzt 41 000 weniger. Von diesen Auswanderern gingen 72 658 (1903 105 298) über Bremen und 66 990 (77 501) über Hamburg. Rechnet man die deutschen Auswanderer hinzu, so betrug die gesamte Auswanderung über Bremen 82 522 (1903 116 018) und über Hamburg 72 660 (83 446). Die Auswanderung über Bremen hat hiernach um 33 496 Personen oder 28,9%, die über Hamburg um 10 786 oder 14,9% abgenommen.

× ×
KURZE CHRONIK. Am 28. September wurde die Begebung von 150 Mill. M. 3½-procentiger Schatzscheine durch das Reich (80 Mill. M.) und Preussen (70 Mill. M.) bekannt. — Am 1. October tauchten bestimmte Nachrichten über die geplante Verstaatlichung der Lübeck-Büchener Eisenbahn auf. — Am 4. October begannen in Berlin, mit grösserer Hoffnung auf Gelingen, neue Verhandlungen über eine Verständigung unter den Cementwerken. — Am 10. October wurde die Ausgabe der ersten Bagdadbahnanleihe an der Berliner Börse angekündigt (54 Mill. fr. 4procentige Anleihe, davon 50 Mill. fr. zum Subscriptionspreis von 86,40% aufgelegt). — Die Generalversammlung der *British South Africa Co.* (Cecil Rhodes) am 11. October verlief äusserst stürmisch; die Capitalserhöhung um 1 Mill. Lstr. wurde jedoch durchgedrückt. — Unter Beihilfe der *Dresdner Bank* wurde am 14. October die *Deutsch-Westafrikanische Bank* gegründet.

× ×
LITERATUR. Von den bekannten Wirtschaftsberichten, erstattet vom Vorort des *Schweizerischen Handels- und Industrievereins*, ist erschienen: *Bericht über*

Handel und Industrie der Schweiz im Jahr 1903 /Zürich, Buchdruckerei *Berichtshaus*/. — Die Schrift von E. M. Cauderlier: *L'évolution économique du XIX. siècle, Angleterre, Belgique, France, Etats-Unis* /Brüssel, H. Lamertin/ bemüht sich, hauptsächlich statistisch, nachzuweisen, dass überall die liberale Wirtschaftsordnung zu einer allseitigen Hebung der Massen geführt habe, nachdem gewisse Übergangskrisen überwunden waren. Eine grosse Bedeutung für den Massenfortschritt wird schliesslich dem Kampfe gegen den Alkoholismus beigemessen. — Auf die instructive Schrift von Hans Gideon Heymann: *Die gemischten Werke im deutschen Gross-eisengewerbe, ein Beitrag zur Frage der Concentration der Industrie* /Stuttgart, J. G. Cotta/ (65. Stück der Brentano-Lotzschens *Münchener volkswirtschaftlichen Studien*) gedenken wir ausführlicher zurückzukommen.

MAX SCHIPPEL

Politik

Nicht der LIPPESCHE ERB-FOLGE-STREIT, sondern das Eingreifen Kaiser Wilhelms in den selben hat eine politische Situation geschaffen, die in den weitesten Kreisen der Öffentlichkeit das Ansehen der Monarchie sehr zu mindern geeignet ist. Als vor kurzem der Regent von Lippe, Graf Ernst von Lippe-Biesterfeld, der auf Grund eines allgemein anerkannten Schiedsspruches im Juli 1897 zur Regentschaft berufen worden war, starb, übernahm dessen Sohn, Graf Leopold, die Regentschaft und zwar in Übereinstimmung mit einem Gesetz, das die lippesche Regierung mit dem Landtag im Anschluss an die Vorgänge der Jahre 1895-1897 vereinbart hatte. Diese Regelung der Regentschaft ist nicht nur für das Land Lippe, sondern auch für die Instanzen des Reichs bindend. Niemand, auch nicht der Kaiser in seiner Eigenschaft als oberster Kriegsherr, hat das Recht, diese Regentschaft nicht anzuerkennen. Er musste vielmehr nach der Reichsverfassung alsbald das Militair in Lippe auf den neuen Regenten vereidigen lassen. Das tat aber Kaiser Wilhelm nicht. Er sandte vielmehr dem neuen Regenten ein Telegramm, in dem es hiess: «Da die Rechtslage in keiner Weise geklärt ist, kann ich eine Regentschaftsübernahme Ihrerseits nicht anerkennen und lasse auch das Militair nicht vereidigen.» Der Kaiser weigert sich also, eine Pflicht zu erfüllen, die ihm die Reichsverfassung ausdrück-

lich auferlegt. Die Begründung, die Rechtslage sei keineswegs geklärt, ist so haltlos, dass man sich wundert, sie in einem kaiserlichen Telegramm zu finden, das allerdings ohne Gegenzeichnung abgesandt wurde. Angesichts dieser Haltung des Kaisers, der nach seinem Willen eine Bestimmung der Reichsverfassung ausser Kraft setzt, fragt sich die öffentliche Meinung allerdings: Was hat zu geschehen, um den Kaiser zu nötigen, die Bestimmungen der Reichsverfassung zu befolgen? Welches Correctiv ist vorhanden, um zu verhindern, dass in Zukunft in weit wichtigeren und das Volksinteresse wirklich berührenden Fragen der Kaiser gleichfalls die Bestimmungen der Verfassung von sich ausser Kraft setzt? Hier handelt es sich um das Princip, nicht um die vorliegende, an sich nicht sehr bedeutungsvolle Frage. Wie verhindert man zunächst, dass so weittragende Kundgebungen des Monarchen ohne ministerielle Verantwortung an die Öffentlichkeit gelangen? Der von dem Inhalt des Telegramms selbst überraschte Reichskanzler machte einen schwächlichen Versuch, das Telegramm umzudeuten, aber ohne dass er mit diesem Beginnen den Eindruck des kaiserlichen Telegrammes abgeschwächt hätte. Da ist eben nichts zu deuten. Nun soll man sich aber über die erregte Öffentlichkeit nicht täuschen. Es wird im Parlament wohl sehr viel und vielleicht auch sehr energisch über das Vorgehen des Kaisers geredet werden, aber es wird beim Reden bleiben. Bei der heutigen Zusammensetzung des Reichstags ist es ganz ausgeschlossen, dass die Erregung sich zu Schritten verdichtet, die darauf abzielen, ein Correctiv gegen ähnliche Vorkommnisse in Zukunft zu schaffen. Ein solches Vorgehen würde allerdings den Willen des Parlaments voraussetzen, seine eigene Macht dem Monarchen gegenüber zu stärken und zu vermehren, den herrschenden Scheinconstitutionalismus durch ein wirkliches constitutionelles System ersetzen zu wollen. Das will aber der Reichstag in seiner jetzigen Mehrheit nicht; er ist nicht einmal stark genug, um seinerseits auf die Wahrung der Reichsverfassung durch den Kaiser zu bestehen. Und wenn schon so die Volksvertretung sich verhält, wie kann man vom Bundesrat erst ein anderes Verhalten erwarten? Wenn aber, wie vorausszusehen ist, gegen das Verhalten des Kaisers kein Schritt unternommen wird, durch den der Kaiser

rectificiert wird, so ist ein sehr bedenklicher Präcedenzfall geschaffen, der dem Kaiser — sei es als dem Präsidenten des Deutschen Reichs oder als oberstem Bundesfeldherrn — erlaubt, unter irgend einer persönlichen Begründung Bestimmungen der Reichsverfassung allgemein oder in besonderen Fällen ausser Kraft setzen zu dürfen. Das Parlament in Deutschland ist noch schwach, und es dürfte noch ein weiter Weg unter mancherlei Kämpfen zurückzulegen sein, bis wir ein Parlament von dem politischen Einfluss, wie in England, haben. Dass die Verteilung der tatsächlichen Macht zwischen Kaiser, Bundesrat und Reichstag nicht so bleibt, wie es beim Zustandekommen der Reichsverfassung gedacht war, das lehrt doch schon die Entwicklung der inneren Politik seit 1888. Wenn auch die rechtliche Form noch die alte ist, die tatsächliche Macht hat sich wesentlich in der Richtung einer Stärkung der Krone verschoben. In einer Zeit, wo ein grosser Staat aber auf die Dauer nur vorwärts kommen kann, wenn die Masse der Bevölkerung selbst an den öffentlichen Dingen bestimmenden Anteil nimmt, ist es ganz ausgeschlossen, dass die heutige Machtverteilung von Dauer sein kann. Es wird eine Reaction eintreten, und sie wird um so früher kommen, je öfter es der Öffentlichkeit durch Vorkommnisse, wie wir eben eines erlebt haben, ins Bewusstsein gerufen wird, dass die tatsächliche Macht des einen Factors über den Rahmen hinausgreift, der ihm durch die Verfassung gezogen ist. Zur gelegenen Stunde erscheint eben ein Buch des Genossen Karl Frohme *Monarchie oder Republik?* /Hamburg, Auer & Co./, dessen Lecture den in Deutschland zur Zeit etwas latenten Gegensatz zwischen Monarchie und Demokratie zum Bewusstsein bringt. Frohmes Buch bringt reiches Material zur Geschichte und zur Entwicklung der Monarchie. Aus der Lecture des Buches, dessen Voraussetzungen und Schlussfolgerungen man sich freilich nicht immer anzuschliessen braucht, gewinnt der Leser jedenfalls einen Begriff von dem Wechsel der Machtverhältnisse zwischen Monarch und Volk. Er lernt, dass es keine Verteilung der Macht auf ewige Zeiten gibt.

×

Aus der Expedition gegen die aufständischen Hereros entwickelt sich ein förmlicher COLONIALKRIEG. Der Aufstand beschränkt sich nicht mehr auf die Hereros, deren Widerstand noch nicht

gebrochen ist, ihm haben sich nicht nur erneut die Bondelzwarths angeschlossen, sondern auch die Hottentotten unter der Führung des bisher den Deutschen treu ergebenen Hendrik Witboi. Dieser Hottentottenführer hat am 3. October den Deutschen Krieg angesagt. Damit ist die Rebellion der einheimischen Stämme in Südwestafrika ziemlich allgemein. Die Hottentotten, die an Zahl weit hinter den Hereros zurückbleiben, gehören nach Hauptmann Schwabe, der die Kämpfe gegen Witboi mitgemacht hat, zu den beachtenswertesten Gegnern, die jemals in einem Colonialkriege europäischen Truppen gegenüberstanden haben. Im Kriege aufgewachsen, geschickte Reiter von leichtem Gewicht, im Felddienst fast unübertrefflich, sind sie sehr gefährliche Gegner, gegen die man nur im Felddienst ausgezeichnet ausgebildete Leute verwenden kann, wenn man nicht selbst grosse Verluste erleiden will. Dass die bis jetzt nach Südwestafrika entsandten Truppen bei weitem nicht ausreichen, um die Aufständischen niederzuwerfen, ist klar. Es handelt sich vielmehr um eine sehr wesentliche Vermehrung der Truppenmacht in Südwestafrika, zu der sich Freiwillige in genügender Anzahl kaum stellen dürften. Was wird aber dann geschehen? Eine ganze Reihe von Fragen harren der Erledigung. Wird man Teile des activen Heeres nach dem Kriegsschauplatze commandieren? Wird man den Reichstag einberufen, ehe man sich in Operationen einlässt, deren Kosten nicht abzusehen sind? Dass durch den Colonialkrieg die Finanzen des Reiches ganz erheblich in Anspruch genommen werden dürften, ergeben schon die hohen Kosten für die Verpflegung einer grossen Truppenzahl in einem so armen Lande, wie Südafrika. Dazu kommt, dass man an eine Niederwerfung der Gegner gar nicht denken kann, ehe nicht Communicationslinien geschaffen sind, die einen raschen Verkehr ins Innere des Landes ermöglichen. Das erfordert aber bei einem Territorium, das grösser ist, als das Deutsche Reich, nicht nur Zeit und Menschen, sondern auch enorme Geldaufwendungen.

X

In einer wochenlangen Schlacht hat RUSSLAND schon wieder eine Niederlage erlitten, die verlustreichste seit Beginn des Krieges mit Japan. Kuropatkin holte zu einem grossen Schlage aus, den er in einer zuversichtlichen Proclamation an-

kündigte. Aber der Vormarsch der Russen, der am 9. October mit dem Überschreiten des Schaho begann, stiess auf den hartnäckigen Widerstand der Japaner, die vom 11. ab die Offensive ergreifen konnten und die Russen unter grossen Verlusten zurückwarfen. Die Verluste der Russen werden auf 30- bis 40000 Mann geschätzt. Im officiellen Russland ist man über den Ausgang der Schlacht von Jentai um so bestürzter, als man auf den endlichen Vormarsch Kuropatkins grosse Hoffnungen gesetzt hate. Wie man freilich in Volkskreisen und in den Schichten der Intelligenz denkt, das steht auf einem anderen Blatte. Nach einem kürzlich erschienenen Buche von Hugo Ganz: *Vor der Katastrophe* /Frankfurt a. M., Rütten & Loening/, das eine Reihe Skizzen und Interviews enthält, die die Stimmung des nicht officiellen Russlands zur Zeit des Kriegsausbruchs spiegeln, wünscht man in russischen Kreisen eine Niederlage Russlands geradezu herbei, weil man nur von ihr eine Besserung der innerpolitischen Zustände erhoffen kann. Ein finanzieller Zusammenbruch, der infolge eines unglücklichen Fortgangs des Krieges nicht ausbleiben könne, sei die Voraussetzung zur Beseitigung des russischen Knutenregiments. »Jeder gute Russe betet: Gott hilf uns und lasse uns Schläge kriegen!« Ob die Hoffnungen auf eine völlige Niederlage oder doch auf eine finanzielle Krise sich in naher Zukunft schon erfüllen, wie Ganz aus den in Russland gewonnenen Eindrücken schliesst, bleibe dahin gestellt. Jedenfalls zeigen aber seine lebendigen Schilderungen, dass Russlands Absolutismus inmitten des Entwicklungsstadiums steht, das M. von Reussner, ehemaliger Professor des Staatsrechts an der Universität Tomsk und bekannt durch seine Darlegungen als Sachverständiger im Königsberger Geheimbundsprocess, in seiner Schrift *Gemeinwohl und Absolutismus* /Berlin, F. Gottheiner/ als die letzte Periode des selbstherrlichen Systems bezeichnet: »Der Monarch hört in Wirklichkeit auf, selbstherrlich zu sein, denn er teilt seine Gewalt mit einer Menge mehr oder weniger selbständiger Organe, hauptsächlich wird dieselbe von den Ministern usurpiert. Die Bureaukratie tritt factisch an Stelle des Monarchismus und verfolgt nur ihre eigenen ständischen Interessen. Die von der neuen historischen Entwicklung ins Leben gerufenen gesellschaftlichen Classen beginnen die bureau-

kratische Bevormundung immer mehr als eine unnütze, ja für den allgemeinen Wohlstand schädliche Last zu empfinden. Dieser Periode folgt aber die Entwicklung des Rechtsstaates. Welche Zeit freilich in Russland noch vergehen wird, bis die letzte Periode des Absolutismus abgewirtschaftet haben wird, diese Frage hängt allerdings in hohem Masse, wenn auch keineswegs ausschliesslich, von den Wirkungen des Krieges auf die innerpolitischen Verhältnisse Russlands ab.

× KURZE CHRONIK. Das Reichsgericht feierte am 1. October sein 25-jähriges Jubiläum. — Am 7. October nahm der oldenburgische Landtag ein Thronfolagesetz zu Gunsten der Glücksburger Linie an. — König Georg von Sachsen ist am 15. October gestorben. — Giolitti hat die italienische Kammer aufgelöst und Neuwahlen auf den 6. November anberaumt. — Am 25. October nahm der preussische Landtag seine Arbeiten im Plenum wieder auf, nachdem bereits eine Woche vorher die Canalcommission wieder zusammengetreten war.

RICHARD CALWER

Socialpolitik

Die in Basel abgehaltene 3. Generalversammlung der *INTERNATIONALEN VEREINIGUNG FÜR GESETZLICHEN ARBEITERSCHUTZ* sprach sich in der einstimmig angenommenen Resolution Sommerfeld-Berlin und Fontaine-Paris grundsätzlich für das Verbot der Verwendung von Bleiweiss im Maler- und Anstreichergewerbe aus. Es ist bedauerlich, dass dieser Beschluss durch den folgenden Zusatz abgeschwächt wurde: »Sofern das Verwendungsverbot nicht durchgeführt werden könnte, sind schleunigst weitgehende Verhütungsvorschläge zu machen.« Eine Commission wurde vom Congress beauftragt, die Frage der Verwendung des Bleis in den einzelnen Betriebszweigen (Zinkhütten, Accumulatorenfabriken etc.) zu studieren und Vorschläge zur Verhütung der Bleierkrankungen in den einzelnen Betriebszweigen zu machen. Eine allgemeine Bekämpfung der gewerblichen Gifte sah ebenfalls die Generalversammlung vor. Zur systematischen Bekämpfung dieser Vergiftungen sollte das Bureau unter anderem zur Durchführung bringen: die Anzeigepflicht bei gewerblichen Vergiftungen für Ärzte und Krankenanstalten, die Anzeigepflicht des Unterneh-

mers für die Betriebe zur Erzeugung und Verwendung gewerblicher Gifte, die Aufsichtigung derartiger Betriebe durch unabhängige Cassenärzte und gewerbehygienisch geschulte amtliche Ärzte, die Erforschung der Gesundheitsschädigungen durch die Krankencasserleitungen und die Erbringung von Morbiditätsausweisen über die gefährdeten Betriebe an die Gewerbebehörden durch eben diese Cassenleitungen, die Beförderung des Studierens und der Kenntnisse gewerblicher Vergiftungen beim Unterricht in den medicinischen Wissenschaften. Zur Bekämpfung der Bleigefahr wurden von ungenannter Seite Preise in der Gesamthöhe von 25 000 M. ausgesetzt und Preisausschreiben zur Sanierung der Bleihütten, der Betriebe zur Erzeugung und Verwendung von Bleifarben, der Schriftsetzereien und Giessereien erlassen, um Gelehrte und Techniker zur Lösung der Probleme der Beseitigung der Vergiftungsgefahren anzuspornen. Zur Aufhebung der Nacharbeit jugendlicher Personen wurde ein Fragebogen über die Zahl, das Alter, über die Beschäftigungsweise der Kinder und jugendlichen Personen etc. aufgestellt. Eine Untersuchung über die Missstände der Heimarbeit, über den Einfluss der Arbeiterschutzgesetzgebung auf die Entwicklung der Heimarbeit etc. wurde beschlossen. Die grundlegende Frage über die Versicherung ausländischer Arbeiter fand ihre vorläufige Erledigung durch folgenden Beschluss: »Für die Rechte, welche den Arbeiter und seinen Hinterbliebenen in den Versicherungs- und Haftpflichtgesetzen gewährt sind, soll keine Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit, Wohnort oder Aufenthalt der Berechtigten stattfinden. Das Gesetz des Ortes, wo der Betrieb liegt, soll massgebend sein.« Mit der Frage des Maximalarbeitstages wurden gegen eine nicht unbeträchtliche Minorität die Sectionen der Vereinigung und das Arbeitsamt für das kommende Jahr belastet.

× Die vielseitige socialpolitische Wirksamkeit der OrtsKRANKENCASSE in Strassburg i. E. haben wir wiederholt schon in dieser Rundschau gewürdigt. Der Geschäftsbericht dieser Krankencasse für 1903 fasst die Resultate der drei Wohnungs-enquêtes zusammen, die sich insgesamt auf 2241 Wohnungen erstrecken. Die Enquêtes entwerfen ein

recht betrübendes Bild von dem Hausen erkrankter Menschen in überfüllten, dunklen und feuchten Wohnungen, von ihrem Zusammenschlafen mit 1 Person, ja mit 2 und 3 Personen auf einer Lagerstätte. Die Ortskrankencasse kann sich schöner Erfolge auf dem Gebiete der Wohnungsreform rühmen: »In einer ganzen Anzahl der in beiden vorhergehenden Enquêtes angeführten Einzelfälle, so heisst es im Verwaltungsbericht der Casse, »ist bis jetzt vollständig oder wenigstens, soweit dies möglich war, Remedur geschaffen.«

In den österreichischen Krankencassen regt sich schon seit Jahren ein zielklarer socialpolitischer und socialhygienischer Geist. Die Frage der Krankkeitsverhütung und die Wohnungsfrage beschäftigten bereits die österreichischen Krankencassen. Die Gremialkrankencasse der Wiener Kaufmannschaft hat ihrem Bericht für das Jahr 1903 eine ausserordentlich gründliche, meisterhaft geschriebene Arbeit von Dr. Ludwig Spitzer: *Wesen und Verhütung der Geschlechtskrankheiten* angehängt.

× × Die Geschäftsberichte der INVALIDEN-VERSICHERUNGSANSTALT des Grossherzogtums Hessen und der Landesversicherungsanstalt Hannover für 1903 zeigen wieder einige Fortschritte in der Ausdehnung des Heilverfahrens beider Anstalten. Im Grossherzogtum Hessen betrug die Zahl der Behandelten 1382 im Jahre 1903 gegen 1285 im Vorjahre. Der Gesamtbetrag der Aufwendungen der Landesversicherungsanstalt Hannover für Heilverfahren betrug 1903 mehr als ½ Million.

In der Förderung des Arbeiterwohnungsbaus ist Hannover noch allen Landesversicherungsanstalten um eine Riesenstrecke voraus. Im Jahre 1903 waren über 40% des Vermögens der Landesversicherungsanstalt in Arbeiterwohnungen angelegt. Nach den *Mitteilungen des Socialen Museums* legten die Versicherungsanstalten von ihrem Vermögen in Arbeiterwohnungen an: Hannover 43,3%, Schleswig-Holstein 29,2%, Baden 23,2%, Braunschweig 21%, Württemberg 20,8%, Rheinprovinz 20,3%, Hessen-Nassau 18,4%, Grossherzogtum Hessen 16,7%, Westfalen 14,4%, Oldenburg 12,4%, Mittelfranken 12,2%, Pfalz 11,6%, Hansastädte 10,6%, Königreich Sachsen 9,4%, Thüringen 9,1%, Westpreussen 6,2%, Schwaben und Neuburg 5,3%,

Berlin 4,9%, Sachsen-Anhalt 4,73%, Oberbayern 4,7%, Unterfranken 4,6%, Pommern 4,3%, Posen 2,7%, Brandenburg 2,06%, Ostpreussen 1,9%, Oberpfalz 1,5%, Elsass-Lothringen 1,3%, Niederbayern 0,8%, Schlesien 0,3%.

Die Landesversicherungsanstalt Berlin übernahm die Garantie für Capital und Zinsen der zweiten Hypothek auf das Gewerkschaftshaus der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften, und das Reichsversicherungsamt billigte das Princip der Zulässigkeit der Garantieübernahme durch die Landesversicherungsanstalten.

× × Die deutschen ARBEITERSECRETARIATE, deren Errichtung eine wirkliche sociale Schöpfungstat der Socialdemokratie ist, sind jetzt zum Gegenstand einer sehr eingehenden Studie von dem socialdemokratischen Schriftsteller Dr. August Müller gemacht worden. In dem Münchener Parteiverlag G. Birk & Co. erschien seine Schrift *Arbeitersecretariate und Arbeiterversicherung in Deutschland*. Der Verfasser legt uns die inneren zwingenden Gründe, die zur Errichtung der deutschen Arbeitersecretariate führten, klar, und er gibt uns ein völlig abgerundetes Bild von der vielseitigen Tätigkeit eines derartigen Arbeiterinstituts. Fast alle grundlegenden, den socialen Zweck, die Organisation, den finanziellen Aufbau der Arbeitersecretariate berührenden Probleme hat Müller mit grosser Sachkenntnis in seiner Schrift behandelt. Wir hätten nur gewünscht, er wäre näher auf das wichtige Capitel der Vorbildung und der Fortbildung des Arbeitersecretairs eingegangen. Müller, der sich in heissem geistigen Ringen vom einfachen Gärtner zu einem gründlichen und tüchtigen wissenschaftlichen Arbeiter fortgebildet hat, wäre gerade der berufene Mann für die Behandlung dieses Capitels gewesen. Bei der heutigen Hochflut der Arbeitersecretariatsgründungen werden die Socialpolitiker direct zu einer exacten Beantwortung der Frage gedrängt: wie schult man die aus der Arbeiterklasse stammenden Bewerber für die Arbeitersecretariatsposten durch einen theoretischen, die Hauptgegenstände der Arbeitersecretariatstätigkeit erfassenden Unterricht und durch eine Reihe systematischer praktischer Übungen in den Arbeiterinstituten, in den Gewerbeberichten, in Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung etc. für ihre grosse sociale Aufgabe? Wir

haben uns gefreut, in der Müllerschen Schrift den Gedanken wiederzufinden, dass die Arbeitersecretariate eine Art Übergang zur socialistischen Forderung der Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbestandes sind. Steckt gerade ein Stück des fleischgewordenen Socialismus in den Arbeitersecretariaten, so muss man den Zugang zu diesen Institutionen allen Gesellschaftsclassen weit öffnen. Über den Portalen unserer Arbeitersecretariate muss, bildlich gesprochen, die Aufschrift *Nur für Organisierte!* verschwinden. Mit einer tiefen Betrübniß lasen wir in dem Jahresbericht des Breslauer Arbeitersecretariats für 1903 folgenden Vorgang: »Die Zahl der Besucher, die im ersten Geschäftsjahre 5088 betrug, war im Jahre 1901 auf 7115 gestiegen, und das Jahr 1902 zeigte bald am Beginn Frequenzziffern, die erkennen liessen, dass ein Beamter nicht mehr im stande ist, die Arbeiten zu erledigen. Daraus ergab sich, da die Mittel zur Anstellung eines zweiten Secretairs nicht verfügbar gemacht werden konnten, die Notwendigkeit, die Auskunfterteilung einzuschränken.« Nur die Mitglieder der an das Arbeitersecretariat zahlenden Gewerkschaften erhalten noch Rechtsauskunft.

Die wundervolle Entwicklung unserer Arbeitersecretariate hat den preussischen Minister des Innern und den des Handels und der Gewerbe zu einer Verfügung über die Errichtung nicht gewerbmässiger Rechtsauskunftsstellen für die minderbemittelten Bevölkerungsklassen durch die Communen (namentlich im Anschluss an öffentliche Arbeitsnachweisstellen) veranlasst. Zu Beihilfen zur Verwirklichung dieses Zweckes wurden 30000 M. in den Etat gestellt.

×
KURZE CHRONIK. Am 12. und 13. September discutierte der 27. deutsche Juristentag die Frage der Befreiung des Grund und Bodens von den darauf ruhenden Lasten und Schulden und die Versicherungs- und die Cartellfrage. — Vom 21. bis 24. September tagte in Dresden der internationale Congress der abolitionistischen Föderation zur Beseitigung der Reglementierung der Prostitution. Folgende Themata wurden behandelt: 1. *Die Prostitution als strafrechtliches Vergehen*, 2. *Der Newreglementarismus*, 3. *Die Rolle der Krankenversicherung bei der Prophylaxe der Geschlechtskrankheiten* (vergl. auch die

Rubrik *Frauenbewegung*, pag. 938). — Dem Alkoholismus macht mit Erfolg *Die Gesundheit*, Zeitschrift für Gesundheitspflege, das Feld streitig. Die Enthaltensamkeitspropaganda unter den Eisenbahnern pflegt unermülich *Der enthaltensame Eisenbahner*. 50000 Abzüge des Flugblattes *Die Wahrheit über den Alkohol* sollen vom *Deutschen Verein enthaltensamer Eisenbahner* in nächster Zeit verbreitet werden.

×
LITERATUR. Die Schrift *Gewerbliche Sonntagsruhe und Centrum* des Domvicars Johannes Wenzel (4. Heft der *Socialen und politischen Zeitfragen*) /Cöln, J. P. Bachem/ ist eine ziemlich langatmige, fast langweilige Aufzählung der vermeintlichen grossen Verdienste des Centrums um die gewerbliche Sonntagsruhe. Das Centrum will an den schreienden Notständen des Arbeiterlohnverhältnisses etwas herumreformieren, an eine grundstürzende Aufhebung des Verhältnisses selbst und an eine allgemeine wirtschaftliche und geistige Befreiung des Proletariats denkt es gar nicht. Charakteristischerweise befürwortete zum Beispiel Reichensperger, ein leitender Geist des Centrums, in der Generaldebatte über das Socialistengesetz 1878: Erweiterung des Strafgesetzbuches in der Richtung, dass auch blossе Doctrinen, welche das Recht der Revolution behaupten, unter das Strafgesetz fallen müssten, ebenso dass der Glaube an das Dasein Gottes als ein Fundamentalaxiom der ganzen menschlichen Gesellschaft im Strafgesetzbuche zu schützen sei. — Dr. Hermann Beck, Secretair der *Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung*, gibt in seiner Schrift *Recht, Wissenschaft und Technik* /Dresden, O. V. Böhmert/ wertvolle Fingerzeige für die wirtschaftliche und allgemeinwissenschaftliche Fortbildung der Ingenieure. — Aug. Flemming bezeichnet in seinen *Beiträgen zur Handwerkerfrage* /Berlin, Paritschke & Schurich/ den Befähigungsnachweis und die obligatorischen Innungen als »reactionären Trödel« und sieht in einer grosszügigen freiheitlichen Staats- und Gemeindepolitik das wesentliche Moment für die Hebung des Handwerkerstandes. — *Die Socialpolitik Bismarcks* nennt sich eine flüchtige Zeilenreisserei Dr. Hans Blums-Rheinfelden /Leipzig, Felix Dietrich/, die ihrem eigentlichen Wesen nach eine niedrige Schmähschrift gegen die Socialdemokratie ist. Folgende Sätze

charakterisieren diese Schrift: »In der Tat war die damalige Verhetzung der Genossen in Wort und Schrift und die tägliche freche Verhöhnung aller Heiligtümer des deutschen Volkes einfach unbeschreiblich. So war nicht zu verwundern, dass die mit Herrn Liebknechts *Mistgabelstiel* ausgestreute Saat schliesslich zu Versuchen des Kaiserermordes reifte.« — *Fürsorge für Arbeitslose* ist der Titel der sehr sachlichen und gut unterrichtenden Schrift Directors Dr. G. Schaertlin über die Arbeitslosenversicherungsfrage /im gleichen Verlag/. Die socialpolitischen Vorschläge über die Lösung dieser Frage sind bei aller Knappheit der Darstellung vollkommen treu und correct in dieser Schrift wiedergegeben. — Die Schrift von Walther Graef: *Die Kaufmannsgerichte* /Leipzig, C. E. Poeschel/ soll den Kaufleuten und Kaufmannsgerichtsbeisitzern zu einer praktischen Handhabung des Gesetzes über die Kaufmannsgerichte dienen. — Die socialhygienische Literatur Deutschlands befindet sich in einem erfreulichen Aufschwunge. Den Verwüstungen der sexuellen Krankheiten begegnen Dr. A. Blaschko in seinem trefflichen Schriftchen *Die gesundheitlichen Schäden der Prostitution und deren Bekämpfung* /Berlin, W. & S. Loewenthal/ (vergl. die Rubrik *Französischer Bewegung*, pag. 857) und Dr. Paul Good in seiner eindringlich geschriebenen Broschüre *Hygiene und Moral* /Strassburg, F. X. Le Roux & Co./. Die *Zeitschrift für Schulgesundheitspflege* enthält eine gründliche Arbeit *Die vier ersten Jahre schulärztlicher Untersuchungen in Stadt und Bezirk Cannstatt* aus der Feder des Medicinalrats Dr. Bletzinger. In der Stadt wurden unverhältnismässig mehr Schulkinder mit Leibschäden angetroffen, als auf dem Lande. Schon im hohen Masse machen sich die schädlichen Einflüsse des Stadtlebens im schulpflichtigen Alter geltend. Die Zahnpflege befand sich in dem von Dr. Bletzinger untersuchten Gebiet in einem Zustande entsetzenerregender Vernachlässigung. In einer Schule hatte von 83 Kindern nur 1 eine Zahnbürste. Die Schularztfrage drängt zur folgenden idealen Lösung: der Schularzt verzichtet auf jede private ärztliche Tätigkeit und widmet sich ganz seinen amtlichen Functionen. — Die *Monatsschrift für sociale Medicin*, die das grosse Gebiet der socialen Hygiene, des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung, der Wohnungsfrage

erfolgreich behandelte, gestaltet sich in ein *Archiv für sociale Medicin und Hygiene* um und erstrebt eine »Centralisierung socialreformerischer und socialmedizinischer Nachrichten.« PAUL KAMPFFMEYER

Sociale Communalpolitik

Nachdem auf dem SOCIALDEMOKRATISCHEN PARTEITAG in München die Frage der Communalpolitik nach kurzer Debatte in Bausch und Bogen vertagt war, hat sich die socialdemokratische Partei zum zweiten Mal mit ihr auf ihrem Bremer Parteitag befasst. Man kann nicht gerade behaupten, dass sich die Verhandlungen durch besondere Tiefe und verständnisvolles Eingehen auf die grundsätzlichen Probleme der Communalpolitik ausgezeichnet hätten. Der P. H.-Mitarbeiter der *Communalen Praxis* zweifelt ernstlich daran, ob die Aussprache in Bremen für die in den Gemeindevertretungen sitzenden Genossen von Wert sein kann, und die *Leipziger Volkszeitung* bezeichnet es als bedauerlich, dass die ganze Beratung über die Communalpolitik in dieser stegreifartigen und einseitigen Weise verlaufen ist, dass der Parteitag der hochwichtigen Materie der Communalpolitik weder grundsätzlich und noch viel weniger tatsächlich gerecht geworden ist. »Man mag anerkennen, dass die Zeit des Parteitages gemessen war; allein es lag ja in der Hand des Parteitages, anders über seine Zeit zu disponieren. Eine in die Einzelheiten eingehende und alle Fragen grundsätzlich erörternde Debatte wäre um so notwendiger gewesen, als in den weitesten Kreisen der Parteigenossen die Anschauungen über die socialdemokratische Communalpolitik noch völlig ungeklärt sind.« Wir unterschreiben beide Urteile. Die Debatte hat sich in der Hauptsache um die Frage gedreht, ob Centralisation oder Decentralisation in der Verteilung der Verwaltungsaufgaben zwischen Staat und Gemeinde von uns zu vertreten sei, ob und wie die Autonomie der Gemeinden gegenüber dem staatlichen Aufsichtsrechte zu begrenzen sei. Von einigen Genossen wurde in der Debatte geradezu ein Centralisationsfanatismus, wie sich der Referent bereits in seinem Schlussworte ausdrückte, getrieben, der im höchsten Grade rückständig anmutete. Äusserungen, wie: »Es ist unter den heutigen Verhältnissen geradezu ein Unding, den Gemeinden grössere Rechte einzuräumen, als sie schon be-

sitzen« sind unbegreiflich, wenn man weiss, wie ausserordentlich beschränkt die Gemeindeautonomie in den Gemeindefrechten aller deutschen Bundesstaaten ist. Übrigens scheint die Unkenntnis der geltenden Gemeindefrechten in den Reihen unserer Genossen sehr gross zu sein, und ganz besonders über die Abgrenzung der staatlichen Aufsichtsrechte und die Ausdehnung der communalen Autonomie scheinen die wunderbarsten Vorstellungen vorhanden zu sein. Sonst könnte man sich solche Äusserungen, wie die citierte, überhaupt nicht erklären. Hier ist noch ein gutes Stück Arbeit zu leisten, das auch zum Teil auf historischem Gebiete liegt. Die Resolution wollte nicht ein eigentliches Communalprogramm geben, das nun überall in der communalen Praxis unserer Vertreter, bei den Wahlactionen u. s. w. unverändert zur Anwendung kommen kann. Ein solches Programm dürfte noch auf viele Jahre hinaus unmöglich sein. Sie sollte vielmehr die allgemeinen Grundsätze zusammenfassen, deren Anwendung auf die Praxis die Sache unserer Organisationen und ihrer Vertreter sein muss. Es war also der zweite Teil der Münchener Resolution, der die praktischen Einzelfragen behandelte, vollständig fortgefallen. Die Gründe für diese Änderung hatte der Referent angeführt. In der Discussion ist dann doch von verschiedenen Rednern auf einzelne Fragen, wie die Einheitsschule, die städtische Grund- und Bodenpolitik, die Wohnungsfrage etc. eingegangen, und es ist ja auf Grund einer solchen Anregung auch noch die Forderung des Coalitionsrechtes für die städtischen Arbeiter ganz überflüssigerweise in die Resolution eingefügt worden. Über die communale Socialpolitik ist mit Ausnahme dieses Punctes nicht debattiert worden, obwohl die Resolution gerade auf dies Gebiet viel ausführlicher eingegangen war, als überhaupt in ihrem Rahmen lag. Auch hier stimmen wir der *Leipziger Volkszeitung* zu, wenn sie eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die socialpolitischen Aufgaben der Gemeinde als notwendig bezeichnet, da dieser Gegenstand sicherlich sehr tief in die Interessen der Gesamtarbeiterschaft eingreift. »Aber für die Frage des communalen Arbeitsnachweises, der communalen Arbeitsämter, für die Regelung der Strikeclausel, der anständigen Lohnclausel hatte der Parteitag kein armes Wort.« Auch das ist zutreffend. Doch kann der Parteitag die

Entschuldigung für sich anführen, dass es unmöglich ist, die grosse Zahl der wichtigen, tief in das wirtschaftliche und sociale Leben der gesamten Gesellschaft und im speciellen der Arbeiterklasse eingreifenden Probleme der Communalpolitik zu gleicher Zeit in einer solchen Versammlung zu discutieren. Es wäre deshalb für die Zukunft zweckmässig, die eingehendere Bearbeitung der einzelnen Probleme zunächst einmal in den Landes- oder Provinzialversammlungen unserer Communalvertreter vorzunehmen. Dazu ist natürlich die Unterstützung durch unsere Presse notwendig. Abgesehen von der Behandlung localer Tagesfragen im localen Teile beschäftigen sich unsere Zeitungen aber herzlich wenig mit communalpolitischen Problemen. Dieser Mangel kann auch durch die *Communale Praxis* nicht ausgeglichen werden, da deren Leserkreis im Vergleich zu dem der Tagesblätter stets ein beschränkter sein muss. Übrigens beweist die geringe Verbreitung, die dieses Organ unter den Parteigenossen, speciell unter den socialdemokratischen Gemeindevertretern, gefunden hat, wie wenig Interesse der Gemeindepolitik entgegengebracht wird. Bei dem niedrigen Abonnementstande und den dadurch bedingten unzureichenden Einnahmen hat das Blatt natürlich nicht die Ausgestaltung finden können, die im Interesse der Sache zu wünschen wäre. Wenn der Parteivorstand einige Tausend Mark seiner Überschüsse diesem Blatte zuwenden wollte, so könnte er überzeugt sein, dass diese Ausgabe in Zukunft viel reichere Früchte tragen würde, als die paar Mark Zinsen bedeuten, die er aus der Capitalanlage zieht. Und ebenso gut würde das Parteigeld angelegt werden, das für die Einrichtung einer Centralstelle für Communalpolitik ausgegeben würde. Es ist in der That beschämend, zu sehen, wie ausländische Parteien, auf deren Organisation wir gern mit unnötigem pharisaischem Stolz herabsehen, sich solche Centralstellen geschaffen haben, deren Tätigkeit anerkanntermassen sehr erfolgreich gewesen ist. Wir können nicht die geringste Entschuldigung für unsere Nachlässigkeit auf diesem Gebiete anführen. Über die Notwendigkeit und die Bedeutung einer solchen Centralstelle habe ich mich bereits vor einigen Jahren in der *Neuen Zeit* ausführlich ausgesprochen, ohne indes innerhalb der Partei Beachtung zu finden. Seitdem ist die Zahl unserer Gemeindevertreter ganz

bedeutend gewachsen und damit auch die Teilnahme unserer Partei an der Gemeindeverwaltung eine ganz andere geworden, als zuvor. Das Bedürfnis nach einer solchen Centralstelle ist daher auch viel grösser, als damals. Mit vollem Rechte erhob daher der Genosse Südekum, dem als Redacteur der *Communalen Praxis* das Bedürfnis nach Auskunfteilung ständig vor Augen geführt wird, auf dem Bremer Parteitag den Ruf nach einer solchen Centralstelle. Nur will uns nicht einleuchten, warum er diese Centralstelle mit dem Centralarbeitersecretariat verbunden wissen will. Irgend welche innere Verbindung existiert doch zwischen den beiden in keiner Weise. Will man überhaupt eine Centralstelle, so muss man sie als ein selbstständiges Organ einrichten und ihre Leitung Sachverständigen übertragen.

× ×
Fast zu gleicher Zeit beschäftigte sich auch die VOLKSPARTEI auf ihrem Parteitage zu Aschaffenburg mit der Gemeindepolitik. Die Volkspartei, deren Stärke in Süddeutschland liegt, zählt dort auch eine grössere Anzahl von Gemeindevertretern in ihren Reihen. In einigen grösseren Städten wird die Gemeindeverwaltung geradezu von ihr beherrscht. Gegenüber der stets wachsenden Concurrenz, die ihr sogar in Württemberg, ihrem Stammsitz, von der Socialdemokratie gemacht wird, hat sich in den Reihen der Volksparteiler das Bedürfnis herausgebildet, etwas mehr für Agitation und Organisation zu tun, als bisher bei ihnen gebräuchlich war. Zu diesen Massregeln, die dazu bestimmt sind, das Andrängen der Socialdemokratie aufzuhalten, gehört auch die Abfassung eines Communalprogramms, die auf dem Aschaffener Parteitage mit einem Referat und einer Discussion über die socialen Aufgaben der Gemeinde eingeleitet wurde. Das Referat lag in den Händen des Stadtverordneten Rössler-Frankfurt a. M., eines Führers der dortigen Demokratie. Aus seinem Referate entnehmen wir die folgenden Punkte von allgemeinem Interesse. Nachdem der Referent die Notwendigkeit der socialpolitischen Tätigkeit der Gemeinde festgestellt und die Literatur über Communalpolitik besprochen — wobei, wenn wir dem Bericht der *Frankfurter Zeitung* trauen dürfen, die socialdemokratische Literatur vollständig ignoriert wurde —, wandte er sich der wichtigen Frage des Gemeinewahl-

rechtes zu. Er ging davon aus, dass es für die Demokraten feststehe, überall das freieste Wahlrecht, also auch für die Gemeinde das Reichstagswahlrecht zu erstreben, höchstens eingeschränkt durch die Bedingung eines angemessenen Aufenthaltes in der Gemeinde. Ohne ein gutes Gemeinewahlrecht sei keine sociale Versöhnung möglich. Das Vorecht der Hausbesitzer bei der Besetzung der Stadtverordnetenmandate müsse fallen. Das Hausbesitzertum sei nicht mehr durchweg der solide ansässige Stand, wie früher. Unterstützung fanden diese Äusserungen des Referenten in der Discussion bei einem anderen Frankfurter Vertreter, Herrn Dr. Bruck, der bei den letzten Reichstagswahlen Candidat der Ordnungsparteien gewesen war. Er meinte, die Widerstände, die manche Hausbesitzer bereiten, die zum Beispiel keine Realsteuern wollten, müssten überwunden werden. Es dürften nur solche Stadtverordnete und solche Stadträte an die Spitze der Verwaltung gestellt werden, die socialpolitisch fortschrittlich gesinnt sind. Nur schade, dass die volksparteilichen Fractionen sich bei der Aufstellung der Candidaten so wenig von diesem schönen Gesichtspuncte haben leiten lassen. Auch die Stellung der Volkspartei zu dem Gemeinewahlrecht hat sich bisher durchaus nicht mit den Ausführungen des Herrn Dr. Rössler gedeckt. Die Demokraten haben weder in Frankfurt ihren Einfluss benutzt, um auf die Abschaffung des Census von 1200 M. hinzuwirken, noch haben sie in der württembergischen Kammer bei den Beratungen über die Gemeindeform die Bemühungen der socialdemokratischen Vertreter, das Gemeinewahlrecht in dem freien Geiste des Reichstagswahlrechtes umzubilden, auch nur mit einer Hand unterstützt.

In der Steuerpolitik verlangte der Redner eine zweckentsprechende und gerechte Ausbildung der Einkommensteuer und der Realsteuern. Es sei ein Unrecht, dass die Grundbesitzer den von der Allgemeinheit geschaffenen Wertzuwachs des Bodens einheimsen. Eine geeignete Besteuerung sei da unbedingt notwendig. Ein Steuersystem mit Wertzuwachszuschlägen werde auch die Bodenpreise nicht steigern. Wenn die Stadt für Baugelände Sorge, würden sich die Mietpreise nach Angebot und Nachfrage regeln. Über die Bedeutung der Bodenreform stellten sich in der Discussion

Gegensätze zwischen den verschiedenen Rednern heraus. Während zum Beispiel Dr. Haas-Karlsruhe die Ansicht aussprach, dass das demokratische Gemeindeprogramm bodenreformerisch sein müsse, erklärte Dr. Zirndorfer-Frankfurt, dass die Bodenreform, wie jede einseitige Richtung, die ein Allheilmittel für jedes Weh und Ach gefunden zu haben glaube, übertreibe. Man könne einiges von ihr lernen, aber sie nicht adoptieren. Diese scharfe Absage an die Bodenreform, in der übrigens nur die frühere Ablehnung eines ebenfalls von Dr. Haas gestellten bodenreformerischen Antrages wiederholt wurde, war notwendig, wollte die Volkspartei nicht einen grossen Teil ihrer Anhänger aus den Kreisen des Grundbesitzenden Mittelstandes kopisheu machen. Aus dem gleichen Grunde wird sich die Partei für die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses des Grund und Bodens nicht besonders ins Zeug legen, so schöne Reden immer auch auf dem Parteitage darüber geführt sein mögen. Die Stimmen der Haus- und Grundbesitzer sind zu wertvoll, als dass man sie durch derartige Experimente leichtfertigerweise aufs Spiel setzen könnte. Wo man sich für die Wertzuwachssteuer engagieren wird, wird man ihre Bestimmungen so fassen, dass sie niemandem weh tun, dass höchstens nach dem Recept des Referenten die Speculation von Ausschreitungen zurückgehalten wird.

Herr Rössler sagt, dem Wohnungselend zu steuern, ist ebenfalls eine Gemeindepflicht. Was soll nun nach ihm die Gemeinde tun? Wenn man ungesunde Wohnungen schliessen, so fährt er fort, oder die Belegung regeln will, muss man Leute auf die Gasse setzen, wenn man nicht für kleine Wohnungen vorsorgt. Deshalb liegt die Rettung im Weiterbau und in der Vermehrung des Vorrates an Wohnungen. Danach sollte man erwarten, dass Herr Rössler es als die vornehmste Pflicht der Gemeinden bezeichnen würde, diesen Weiterbau und die Vermehrung des Wohnungsvorrates selbst in die Hand zu nehmen. Aber weit gefehlt. Gemeindebau muss wohl die Ausnahme bleiben. Aber die Gemeinde soll die gemeinnützigen Baugesellschaften unterstützen, für Bauterrain sorgen, die Wohnungsaufsicht führen. Die schwächliche Halbheit unserer Demokraten zeigt sich auch hier recht deutlich. Man scheut vor den Konsequenzen der eigenen Prämissen. Man fürchtet sich davor, das als richtig

Erkannte zum Leitfaden der Praxis zu nehmen. Daher dann der ständige Conflict zwischen Theorie und Praxis, in dem sich die demokratische Politik wie in einer Treitmühle abmüht. Schlacht- und Mahlsteuern sind unter allen Umständen zu verwerfen, sagt Herr Rössler in seinem Referat. In Offenburg aber stimmen die demokratischen Gemeindevertreter für die Einführung des Octroi. Die communalen Betriebe sollen socialpolitische Musterbetriebe sein, sagt Herr Rössler, und auf die Lage der übrigen Arbeiter fördernd und hehend einwirken. In Frankfurt, wo die Demokratie herrscht, hat es viele Jahre gebraucht, bis sich die Stadtverordnetenversammlung zu der Anerkennung des Buchdruckertarifes aufgeschwungen hat. Schulgeldfreiheit und Lehrmittelfreiheit für die Volksschule sind weitere Forderungen des Referenten. In Stuttgart haben Demokraten und der ihnen nahestehende Bürgermeister ihren ganzen Einfluss darangesetzt, um die Lehrmittelfreiheit in den Volksschulen zu hintertreiben. Genug der Beispiele! Dies Verhalten der Demokratie in der communalen Praxis lässt voraussehen, dass auch die Abfassung des Communalprogrammes keine Änderung bringen wird. Wir dürfen überzeugt sein, dass die Commission, die von dem Parteitage den Auftrag erhielt, das Communalprogramm auszuarbeiten, dem nächsten Parteitage ein sehr hübsches fortschrittliches Programm vorlegen und dass der Parteitag das selbe mit einem Schwall schöner Reden genehmigen wird. In der Praxis werden aber die volksparteilichen Gemeindevertreter stets das grösste Hindernis für die Realisierung der Forderungen ihres eigenen Programmes bleiben.

×

Die GROSSE BERLINER STRASSENBAHN scheint es darauf angelegt zu haben, den Nachweis für die Gemeinenschädlichkeit privater Strassenbahnunternehmungen in einer Weise zu führen, dass sie auch dem blödesten Auge klar werden muss. Vor nicht langer Zeit hat sie durch den Einspruch gegen die von der Stadtverwaltung geplanten Untergrundbahnen die dringend notwendige Ausbildung des städtischen Schnellverkehrs zum Vortheile ihrer Einnahmen zu hintertreiben und mit dieser Action den Grundsatz festzulegen gesucht, dass die Ausbeutung des gesamten Berliner Verkehrs Monopol der Strassenbahn sei. Jetzt sehen wir sie an der Arbeit, auf einem

anderen Wege ihre Einnahmen mit wenigen Federstrichen um viele Hunderttausende zu erhöhen. In Verbindung mit den von ihr abhängigen Strassenbahnen hat sie beschlossen, vom 1. October ab einheitliche Abonnementspreise einzuführen, und bei dieser Gelegenheit die Preise so festgesetzt, dass zwar auf den Vorortbahnen für gewisse Linien eine kleine Ermässigung der Preise herauskommt, dagegen auf den Linien der *Grossen Berliner Strassenbahn* sämtlichen Abonnenten die Abonnements beträchtlich verteuert werden. Die Zeitkarten für eine Linie sollen künftig nicht mehr 6, sondern 7,50 M. pro Monat kosten, die für zwei Linien 10 M., statt 8 M., die für drei Linien 13 M., statt 10 M., u. s. w. Es handelt sich also um Preiserhöhungen von 25 bis 33 1/3%, die bei gleichem Abonnementstande eine Mehreinnahme von ungefähr 1 Mill. M. für die Herren Aufsichtsratsmitglieder, Directoren und Actionäre ergeben würden. Die Direction der *Grossen Berliner Strassenbahn* rechtfertigt diese Preiserhöhung damit, dass die Betriebsausgaben stärker gewachsen seien, als die Einnahmen, dass durch Zusammenlegung früher getrennter Linien die Länge zahlreicher Betriebslinien mehr als verdoppelt worden und dadurch das Abonnement viel billiger geworden sei, und schliesslich dass die Einnahme per Fahrt eines Abonnenten vielfach nur noch 2 1/2 Pf. betrage und nicht einmal die Selbstkosten der Gesellschaften decke. Von der Abonnementserhöhung werden mindestens 50 000 Personen betroffen, die zum guten Teil gezwungen sind, in den billigeren Aussenbezirken der Stadt zu wohnen und die schon die billigeren Abonnements nur mit Mühe aufzubringen vermöchten. In ihre Lebenshaltung wird also von der Strassenbahngesellschaft in der schädlichsten Weise eingegriffen, ihre Wohnungsverhältnisse werden verschlechtert, ihre Erholungszeit wird verkürzt etc. Und das alles, damit vielleicht 1% Dividende mehr herausgeholt werde.

× ×
KURZE CHRONIK. Die Regierung von Oberbayern hat die Beschwerde der socialdemokratischen Mitglieder der *Münchener Gemeindecollegien* gegen die Einführung des Streckentarifes statt des bisherigen 10 Pf.-Einheitstarifes auf den Münchener Strassenbahnen zurückgewiesen. — Der *Nürnberg*er Magistrat hat es abgelehnt, den städtischen Bau-

aufsehern die Erlaubnis zur Abhaltung von Vorträgen vor Bauarbeitern, zum Beispiel über Unfallverhütung, zu erteilen, da die selben angeblich nicht dazu geeignet seien. Es werde aber in Erwägung gezogen werden, ob man derartige Vorträge nicht durch städtische Ingenieure halten lassen könne. Auf das Ersuchen der Bauarbeiterschuttkommission, nun einen städtischen Ingenieur als Referenten über das gleiche Thema abzuordnen, hat der Magistrat nach reiflicher Erwägung beschlossen, dem Gesuch nicht zu entsprechen. Gründe wurden nicht angegeben. — Die *Barmer Stadtverordnetenversammlung* ist der *Gemeinnützigen Gesellschaft für Milchschanke* mit einem Beitrag von 1000 M. beigetreten. Die Gesellschaft will öffentliche Milchschankestellen nach Art der Selterswasserhäuschen errichten. — Der *Strassburger* Gemeinderat beschloss den Bau eines städtischen Schwimmbad- und Medicinalbades mit einem Kostenaufwand von circa 750 000 M. — Der *Geraer* Stadtrat hat eine Eingangsabgabe auf Heringe eingeführt.

HUGO LINDEMANN

Socialistische Bewegung

Der ruhige Verlauf des PARTEITAGS IN BREMEN hat bei den Parteigenossen im ganzen Reiche grosse Befriedigung hervorgerufen. Die Auffassung, dass die Dresdener Tage für die Partei von Nutzen gewesen seien, dürfte heute wohl keinen Vertreter mehr finden. Selbst der *Fall Schippel* ist, von geringen Ausnahmen abgesehen, überall mit Ruhe behandelt worden. In Schippels Wahlkreise selbst ist fast einstimmig eine Resolution zur Annahme gelangt, in der gesagt wird, dass keine Veranlassung vorliegt, aus der Annahme der Resolutionen Bebel und Freythalers Konsequenzen zu ziehen, die das Reichstagsmandat des Genossen Schippel berühren. Mit diesem leidenschaftslosen und nach der ganzen Sachlage einzig gerechtfertigten Beschluss dürfte die in so unnötiger Weise aufgebauchte Action zu einem Ruhepunkt gelangt sein.

Das Protokoll des Parteitags ist im Verlage der Buchhandlung *Vorwärts* erschienen; es hat einen Umfang von 334 Octavenseiten und kostet 70 Pf. Als Anhang ist beigefügt der Bericht der 3. Frauenconferenz (über diese vergl. die Rubrik *Frauenbewegung*, pag. 939).

× ×
 In Leipzig ist es bei der Berichterstattung über den Parteitag zu scharfen Auseinan-

dersetzungen über die *LEIPZIGER VOLKSZEITUNG* gekommen. Von einem Teil der Redner wurde die bekannte Notiz gegen Südekum, die auf dem Parteitag zu zwei Kundgebungen und einem Telegramm der *Leipziger Volkszeitung* Anlass gegeben hatte, verurteilt und der Ton des Blattes im allgemeinen getadelt; mit 159 gegen 90 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, die die Erwartung aussprach, dass von dem Blatt »endlich die geradezu unerquicklichen Polemiken mit anderen Parteiorganen eingestellt werden«. Daraufhin legten die politischen Redacteurs Mehring und Jaeckh ihre Stellungen nieder. In einer spätern, stärker besuchten Versammlung, am 7. October, wurde indessen dieser Beschluss aufgehoben und eine Resolution votiert, die sich »mit der bisherigen principiellen Haltung der *Leipziger Volkszeitung* einverstanden« erklärt und »die Grundsätze, die heute von der Redaction über die Grenzen dieser Polemik [der Polemik mit anderen Parteiorganen] kundgegeben worden sind« billigt. Damit war der Conflict selbst beigelegt. Die ganze Affaire rief eine umfangliche Presspolemik zwischen Mehring, Jaeckh, Kautsky, der *Königsberger Volkszeitung* u. s. w. auf der einen und Bernstein, dem *Stettiner Volksboten* und noch einigen Parteiblättern auf der andern Seite hervor, die auch nach Beendigung des Conflicts fortgesetzt wurde und sich vorwiegend um die persönlichen Qualitäten einzelner Genossen drehte. Durch die Einmischung der *Berliner Zeitung* in diese innere Angelegenheit der Socialdemokratie nahm diese Polemik zeitweilig den Charakter eines Kampfes des *Radicalismus* gegen den *Revisionismus* an, um ihn indessen bald wieder abzulegen und sich auf das rein Persönliche zu beschränken.

×

Während der Tagung des internationalen Congresses in Amsterdam fand ein Sondercongress der socialistischen JUGEND-ORGANISATIONEN der verschiedenen Länder statt. Die Anregung war von Belgien ausgegangen, wo die *Jeunes gardes socialistes* eine ganz bemerkenswerte Tätigkeit entfalten, indem sie die Jugend, namentlich die zum Militair abgehenden jungen Leute, dem Socialismus zu gewinnen suchen. Auf dem Congress waren durch Delegierte vertreten: Belgien, Holland, Frankreich, England, Deutschland und Polen; Schweden, Italien und Oesterreich waren entschuldigt. Der holländische Ge-

nosse Polak berichtete, dass in Holland bis jetzt 4 socialistische Jugendvereine beständen; die Hauptaufgabe der selben sei, unter der Jugend gegen den Militarismus zu agitieren. Der englische Delegierte teilte mit, dass dort socialistische Schülervereine existierten; bis jetzt sind 17 Ortsgruppen vorhanden, und die Jugendzeitung ist in bestem Aufschwunge begriffen. In Norwegen bestehen 56 Gruppen, das Blatt zählt 3000 Abonnenten. Am weitesten ist die Bewegung in Belgien vorgeschritten, wo die *Jeunes gardes socialistes* bereits 13 000 Mitglieder zählen. Von Oesterreich und Italien lagen Berichte und Zustimmungsschreiben vor. Der deutsche Delegierte sprach die Hoffnung aus, dass nunmehr auch in Deutschland die Bewegung in Fluss kommen werde. Das Resultat des Congresses war die Gründung eines internationalen Bundes der socialistischen Jugend.

Dem deutschen Parteitag lag ein Antrag (105) vor, der verlangte, die deutsche Partei möge ähnlich, wie das durch die belgische *Jeunes gardes socialistes* geschieht, unter den Proletariern, die zur Armee einberufen werden, vor dem Eintritt in dieselbe in geeigneter Weise Propaganda machen. Insbesondere wurde in dem Antrag gefordert, dass die künftigen Soldaten durch Broschüren über ihre Pflicht gegenüber dem sogenannten *inneren Feind* aufgeklärt werden sollten. Dieser Antrag war von Elbing und dem Kreise Osthavelland gestellt und wurde von dem Genossen Dr. Liebknecht begründet. Mit geringen Ausnahmen stiess dieser Antrag bei allen Rednern auf unterschiedenen Widerstand. Es wurde auf die deutsche Rechtsprechung, die zahlreichen Fussangeln hingewiesen und auf die höchst gefährlichen Consequenzen einer solchen Propaganda. Eine solche Agitation müsse notwendigerweise zur sogenannten *Casernenagitation* führen, die in anderen Ländern wohl möglich sei, bei uns aber ein frevelhaftes Spiel auf anderer Leute Kosten bedeute. Vollmar empfahl gegenüber den Antragstellern das Festhalten an der »alten, bewährten Taktik«. Mit ebenso vollem Recht hätte er hinzufügen können, dass die Taktik der socialdemokratischen Parteien anderer Länder nicht schablonenmässig auf Deutschland übertragen werden kann. Das Resultat der Discussion war der Übergang zur Tagesordnung über den Antrag 105.

×

×

Von der PARTEIPRESE sind wieder einige recht erfreuliche Fortschritte zu melden. So hat das Saalfelder *Volksblatt*, bisher im Format das kleinste unserer Parteiblätter, sich mit dem 1. October erheblich vergrößert. Ebenfalls seit dem 1. October erscheint das *Volksblatt für die Herzogtümer Coburg und Gotha* als Tageblatt. Die Elberfelder Parteigenossen werden, wie auf dem kürzlich abgehaltenen niederrheinischen Parteitag mitgeteilt wurde, eine eigene Druckerei errichten; bis jetzt wurde ihr Organ, die *Freie Presse*, in der Privatdruckerei des Genossen Grimpe hergestellt. Auf jener Conferenz wurde ferner mitgeteilt, dass die Genossen in Essen und Duisburg-Mülheim beabsichtigten, eine eigene Zeitung zu gründen; bekanntlich ist jetzt dort die Dortmunder *Arbeiterzeitung* eingeführt. Ein neuer Kämpfer in der Parteipresse ist die *Mülhauser Volkszeitung*, die seit dem 1. October erscheint; ihr Vorgänger, vom Genossen Jaechk redigiert, erlag am 24. März 1894 dem Dictaturparagraphen. Ein Jubiläum feierte am 1. October die *Leipziger Volkszeitung*; es waren an diesem Tage 10 Jahre vergangen, seitdem Bruno Schoenlank das Leipziger Parteiorgan in seiner jetzigen Gestalt schuf. Aus diesem Anlass gab der Verlag eine Jubiläumsnummer heraus, die schon durch ihren Umfang bemerkenswert war; sie umfasste 64 Seiten. Die Nummer brachte den Programmartikel Schoenlanks, mit dem dieser seinerzeit das Blatt begann, zum Wiederabdruck; ausserdem Beiträge, von Mehring, Jaechk, Kautsky, Pollender, Blos und Ullrich, die interessante Beiträge zur Leipziger Parteigeschichte boten. Ein weiterer Gedenktag der Parteipresse war der 28. September. An diesem Tage vor 25 Jahren erschien die erste Nummer des Züricher *Socialdemokraten*.

X X
Die deutsche Socialdemokratie ÖSTERREICHS hielt ihren diesjährigen Parteitag am 25. September und die folgenden Tage in Salzburg ab; die deutsche Partei wurde vertreten durch den Genossen Vollmar. Aus dem Bericht des Parteicassierers Dr. Ellenbogen ist zu entnehmen, dass die seit 1898 eingeführte sogenannte *Reichsparteisteuer* von 1902 bis 1904 35 322 K. einbrachte. Ein Antrag, den Generalstrikte auf die Tagesordnung zu setzen, wurde mit der Begründung abgelehnt, dass eine Discussion hierüber nicht dringend sei; die österreichische Arbeiterschaft sei sich klar darüber, dass

der Generalstrikte als Allheilmitel zur Durchführung unserer letzten Ziele eine Utopie sei, dass aber der politische Massenstrikte unter Umständen ein wirksames Mittel der Action sein könne. Dagegen wurde beschlossen, diesen Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Gesamtparteitages zu setzen. Im Anschluss an den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der Fraction, den der Genosse Abgeordnete Eldersch gab, entstand eine sehr lebhaft Discussion, in welcher von einem Teil der Redner verlangt wurde, dass die Parteileitung grössere Actionen in die Wege leite. Seit dem Scheitern der Wahlrechtsbewegung sei die Arbeiterschaft Österreichs von einer grossen Hoffnungslosigkeit und Apathie erfasst. Pernerstorfer, Adler und andere wendeten sich gegen die Auffassung, als ob die Arbeiterschaft versumpfe. Es dürften nicht immer grosse Actionen erwartet werden, vielmehr müsse die Arbeiterschaft in täglicher Agitations- und Organisationsarbeit erzogen und für die kommenden Kämpfe vorbereitet werden. Schliesslich wurde der Fraction einstimmig das Vertrauen der Partei ausgedrückt. Nach einem Referat Skarets über Partei- und Wahlorganisation wurde eine Ergänzung des Parteistatuts beschlossen, wonach die Aufstellung der Candidaten für den Reichsrat in Zukunft durch den Reichsparteivorstand gemeinsam mit der Gesamtheit der Wahlkreisvertrauensmänner vorzunehmen ist. In einer geschlossenen Sitzung wurden die internen Angelegenheiten der Parteipresse geregelt. Nach einem Referat Adlers gelangte ferner eine Resolution einstimmig zur Annahme, in der eine wirtschaftliche Lostrennung Österreichs von Ungarn gefordert wird.

X X
Der Ausschluss der autonomen reformistischen Gruppen aus der socialdemokratischen Partei ITALIENS ist nunmehr zur Tatsache geworden. Bekanntlich war den autonomen Cirkeln aufgegeben worden, bis spätestens 30. September ihre Wiedervereinigung mit den alten Parteiorganisationen zu bewirken. Dieser Aufforderung kam eine Anzahl — unter anderen die von Rom — nach, während die von Mailand und einige andere sich dessen weigerten. Um über die weiteren Massnahmen zu beraten, war zum 8. October eine Sitzung des Parteivorstandes nach Florenz einberufen. Zu dieser war eine Delegation der Mailänder Gruppen zugelassen. Diese gab durch Treves die

Erklärung ab, dass die autonomen Gruppen Mailands den festen Willen hätten, in der Partei zu bleiben und mit ihr zu wirken, dass es ihnen aber unmöglich wäre, ihre Wiedervereinigung mit der alten Organisation, die sich immer mehr in anarchischer Richtung entwickelte, zu vollziehen. Nach langer Discussion, die sich über mehrere Sitzungen erstreckte, fasste der Parteivorstand einstimmig einen Beschluss, dessen Tenor lautet: »Der Parteivorstand nimmt mit grosser Befriedigung Kenntnis von dem Wiedereintritt der autonomen Cirkel von Bergamo, Varese, Rom etc.; er bedauert auf das lebhafteste, dass die autonomen Gruppen von Mailand und einige andere diesem lobenswerten Beispiele nicht gefolgt sind, und erklärt, dass diese Gruppen, da sie bis zum 30. September ihre Wiedervereinigung mit den alten lokalen Parteiorganisationen nicht bewirkt hatten, auf Grund des Referendums der Partei als nicht mehr zur italienischen socialistischen Partei gehörig zu betrachten sind.« Die Resolution führt weiter begründend aus, dass der Parteivorstand den Vorschlag der Gruppen, in der Partei zu verbleiben, ohne sich den lokalen Parteiorganisationen anzuschliessen, als mit der Auffassung von der Einheit der Partei in Widerspruch stehend nicht habe acceptieren können. Ferner wird darin erklärt, dass die Mailänder Föderation (die alte Organisation) von den Principien des Socialismus nicht abgewichen sei, dass die Gründe, welche die autonomen Gruppen für die Unmöglichkeit einer Verschmelzung angeführt haben, deshalb auch nicht anerkannt werden könnten. Schliesslich erklärt sich die Parteileitung bereit, jederzeit alle Massnahmen zu unterstützen, die geeignet sind, den Gruppen oder einzelnen Personen den Wiedereintritt in der Partei zu erleichtern. Von einer vollständigen Trennung ist vorläufig noch keine Rede. Genosse Turati, der bekanntlich der Mailänder Secession angehört, hat, wie aus den Beratungen der Parlamentsfraction behufs Vorbereitung der bevorstehenden Neuwahlen hervorgeht, seine führende Stellung innerhalb der Fraction durchaus beibehalten; zum Überfluss wurde ihm von der selben noch ausdrücklich das Recht bestätigt, auch fernerhin als Fractionsmitglied zu gelten, da er fortfahre, Socialist zu sein, und nur wegen localer Fragen nicht mehr der officiellen Parteiorganisation angehöre.

X X

Zur Einigungsfrage in FRANKREICH, liegen neuerdings Kundgebungen von beiden Seiten vor. Die Executivcommission des *P. S. de F.* hat am 4. October eine Resolution beschlossen, in welcher sie sich bereit erklärt, auf der Basis der Dresdener Resolution zu verhandeln. Der Vorschlag Jaurès', die Einigung etappenweise anzustreben durch ein Verständigungscomité, gebildet aus Vertretern aller socialistischen Gruppen, wurde in der Erklärung des Executivcomités verworfen. Die Resolution ist dem internationalen socialistischen Bureau zu Brüssel und dem Secretariat der Section, die in Amsterdam zusammen mit dem *P. S. de F.* die französische Nation vertrat, überreicht worden. Das internationale Bureau wird sich in der nächsten, December oder Januar stattfindenden Sitzung mit der Einigungsfrage befassen. In einer kürzlich vom *P. S. de F.* einberufenen Volksversammlung wurde mitgeteilt, dass das Executivcomité eine nachhaltige Versammlungsagitation für die Einigung beschlossen habe, um so nach Möglichkeit bei dem Mangel einer Tageszeitung den Widerstand der *Blocfreunde* gegen die Einigung zu lähmen. Auf der andern Seite ist natürlich keine Neigung vorhanden, auf eine *Einigung* einzugehen, welche als Vorbedingung den vollständigen Bruch mit der bisher von Jaurès befolgten Taktik fordert. Am zweiten Octobersonntag wurden in Angers, Bordeaux, Lyon und Marseille Provinzialconferenzen abgehalten. In allen diesen Versammlungen wurde die Frage der Taktik besprochen und derselben durch Annahme entsprechender Resolution zugestimmt. Die Notwendigkeit der Einigung wird nur in einer Resolution, in der von Lyon, betont. Interessant ist, dass die deutschen Socialisten in Paris der Taktik Jaurès' durchaus zustimmen. In einer Resolution, welche der deutsche socialistische Leseclub in Paris dem *Vorwärts* mit der Bitte um Veröffentlichung übermittelte, heisst es unter anderem, dass der Kampf der socialistischen Parteien gegen den Capitalismus bestimmt werde durch die Entwicklungsstadien der capitalistischen Staaten, die Art des Vorgehens einer socialistischen Partei demnach nicht immer die gleiche und nicht immer gleichzeitig dieselbe sein müsse, wie die politische Augenblicksstellungnahme der socialistischen Parteien aller Länder. Der Berichterstatter bemerkt dazu, dass auch in diesem kleinen Kreise zwei Strömungen in

dieser Frage zu verzeichnen gewesen seien: »Ein Teil — es waren dieses diejenigen Genossen, die schon jahrelang in Paris verweilen und somit die französischen Verhältnisse aus der Praxis kennen — vertrat die Ansicht, dass Genosse Jaurès den eigentümlichen französischen Verhältnissen entsprechend durchaus richtig gehandelt habe, während ein anderer Teil — er recrutiert sich aus den in den letzten zwei Jahren aus Ländern deutscher Zunge gekommenen Genossen — das Verhalten des Genossen Jaurès und seiner Anhänger verurteilte.«

Zu einer bedeutsamen Kundgebung für die Idee einer deutsch-französischen Freundschaft wurde eine Versammlung in Carmaux, in der Jaurès und Rouanet Ansprachen gehalten hatten. Die Versammlung beschloss eine ausführliche Resolution, in der die socialistischen Principien und die Grundzüge einer socialistisch-republikanischen Politik dargestellt sind. Der auf die Freundschaft der beiden Länder bezügliche Absatz sei hier wörtlich angeführt: »Die Socialisten begrüßen mit einer enthusiastischen Hoffnung den Tag, an dem Frankreich und Deutschland, unter dem Einfluss der socialistischen Demokratie vollkommen versöhnt, gemeinsam arbeiten werden, in Europa und auf der ganzen Erde die Civilisation zu fördern, die Arbeit zu befreien, Wissenschaft und Kunst zu entwickeln, den Frieden zu befestigen und die gleichzeitige Abrüstung der grossen Nationen vorzubereiten.«

× **KURZE CHRONIK.** Bei der Landtagswahl in Gera (Reuss) wurden 4 von den 5 socialdemokratischen Candidaten gewählt. — Die Parteigenossen in Augsburg haben beschlossen, beim Parteivorstande die Anstellung eines *Parteisecretairs* zu beantragen. Auch die Genossen von Görlitz-Lauban beabsichtigen, einen besoldeten *Secretair* anzustellen. — Unsern Parteigenossen in Trier ist es nach vieler Mühe endlich gelungen, dort das Geburtshaus von Karl Marx festzustellen. Es befindet sich Brückergasse 64 und ist ein einfaches, schmuckloses Gebäude von zwei Etagen. — Die lippische Socialdemokratie nahm auf ihrer kürzlich abgehaltenen Parteiconferenz unter anderm auch eine Resolution an, in der Stellung zu dem Thronfolgestreit genommen wird und in der es heisst, dass es von einer nicht zu überbietenden grotesken Komik sei, wenn die

Entscheidung darüber, wer im Anfang des XX. Jahrhunderts Herrscher von Gottes Graden in einem Lande sein soll, abhängen von der Beantwortung der welterschütternden Frage, ob eine Ahnfrau, welche vor 100 Jahren lebte, ebenbürtig gewesen sei oder nicht. — Einen bedeutenden Wahlsieg erfochten unsere Genossen in der Industriestadt Voltri bei Genua (Italien) bei den letzten Communalwahlen. Sie brachten ihre ganze Liste von 24 Mann durch, während in der Minorität 6 Mann der Grossindustriellen gewählt wurden. — In Lyon starb Genosse Krauss, Deputierter für Lyon in der französischen Kammer. Die französische Socialdemokratie verliert in Krauss, der erst 40 Jahre zählte, einen ebenso energischen, wie überzeugten Vorkämpfer. — In Johannesburg wurde vor einigen Wochen eine grosse Versammlung unter freiem Himmel abgehalten und die Gründung einer socialistischen Partei von Transvaal beschlossen.

× **LITERATUR.** Vorerst sind einige, im Verlag der *Vorwärtsbuchhandlung* erscheinene Parteischriften zu nennen. Der *Arbeiternotizkalender* für 1905 enthält die Ergebnisse der Reichtagswahlen 1903 mit den bisher stattgehabten Nachwahlen. In dem Capitel *Unsere toten Abgeordneten* sind die Portraits und kurz gefasste Lebensabrisse der verstorbenen socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten enthalten. Sehr nützlich sind die beigegebenen Adressenverzeichnisse der Partei- und Gewerkschaftspreses, Gewerbeinspectoren, Parteivorstand, Gewerkschaften, Arbeitersecretariate u. s. w. Der Preis beträgt 60 Pf. Ein *Führer für den Militairpflichtigen* von W. Schröder behandelt die gesetzlichen Bestimmungen in Sachen der Wehrpflicht, des Musterungsgeschäftes, des activen Dienstes, der Entlassung aus dem Heere u. s. w. — Zum 40. Todestage Lassalles hat Eduard Bernstein eine Broschüre *Ferdinand Lassalle und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse* /im gleichen Verlag/ herausgegeben, in der in knappen Umrissen das politische Leben und Wirken Lassalles den Lesern vor Augen geführt wird. Der Preis der Schrift, welches auch ein vorzügliches Lichtdruckbild enthält, beträgt 1 M., Agitationsausgabe 50 Pf. — Als Nr. 26 der *Bibliothèque socialiste* ist eine Schrift von L. Tschernoff *Louis Blanc* /Paris, *Société nouvelle de librairie*/ erschienen.

Im *Neuen Montagsblatt* vom 10. October hat Genosse Bernstein mit dem Abdruck einer Serie von bisher unveröffentlichten Briefen Lassalles begonnen. Dieselben haben sich im Nachlass seiner Familie vorgefunden und sind zum grössten Teil an seine Eltern und seine übrigen Angehörigen gerichtet. Sie vervollständigten — so bemerkt der Herausgeber hierzu — das Charakterbild Lassalles selbst und gewähren allerhand interessante Einblicke in sein seelisches Leben. Der erste Brief ist ein Liebesabschiedsbrief, gerichtet an eine unbekannte Adressatin, der die seelischen Beziehungen Lassalles zur Gräfin Hatzfeld in überaus feiner Weise schildert. — Im *Comrade* führt P. Burrows den amerikanischen Lesern ein Lebensbild Lassalles vor; beigegeben sind zwei Bilder, das eine davon zeigt Lassalle auf dem Totenbette. In derselben Nummer befindet sich das Congressbild von der letzten Nationalconvention der socialistischen Partei der Vereinigten Staaten, die vom 1. bis 6. Mai in Chicago abgehalten wurde. Bemerkenswert ist ferner ein Artikel des socialistischen Kandidaten für den Vicepräsidentenposten, des Genossen Hanford, über den Bürgerkrieg in Colorado. — Aus der *International Socialist Review* ist hervorzuheben ein Artikel der Genossen H. und M. Simons über die industrielle Concentration in den Vereinigten Staaten. Er ist der Anfang einer gross angelegten Arbeit, in der bis auf Anfang des vorigen Jahrhunderts zurückgegriffen und die Entwicklung des Landes bis zur Gegenwart gezeigt wird. — In der spanischen *Revista Socialista* schliesst der Genosse Francisco Mora seine Artikelserie über die socialistische Bewegung in Spanien während des XIX. Jahrhunderts ab; er hat diese bis zum Jahre 1900 dargestellt.

HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Angesichts der notorischen Tendenz der Rechtsprechung, das COALITIONSRECHT der Arbeiter immer mehr einzuschränken durch Anwendung des Erpressungsparagraphen auf strikende Arbeiter und durch Bestrafung friedlicher Strikeposten, muss man es freudig empfinden, dass der deutsche Juristentag, der in der zweiten Septemberwoche in Innsbruck tagte, sich für weitestgehende Coalitionsfreiheit der Arbeiter ausgesprochen hat. Die Mehrheit der Commission, welche sich mit der

Frage *Welche Massnahmen empfehlen sich für die rechtliche Behandlung der Ringe und Cartelle?* zu beschäftigen hatte, äusserte sich in einem Beschluss dahin, dass ein staatliches Eingreifen gegen etwaige übertriebene wirtschaftliche Preissteigerungen und die Gewährung gleicher Coalitionsfreiheit, sowie der Rechtsfähigkeit, welche die Organisationen der Unternehmer geniessen, an die Arbeitnehmer unerlässlich sei. Bei Behandlung dieser Frage im Plenum des Juristentages kam es zu einer bedeutungsvollen Kundgebung für das Coalitionsrecht der Arbeiter.

× ×
 Einen wichtigen Sieg hat der deutsche Bergarbeiterverband bei den KNAPP-SCHAFTSÄLTESTENWAHLEN im Ruhrgebiet davongetragen. Er vereinigte auf seine Candidaten 65 227 Stimmen, der Zechen- und der christliche Gewerkverein erhielten 42 237 Stimmen, und 15 000 Stimmen entfielen noch auf Sondercandidaten. Es wurden gewählt 177 Verbandscandidaten, 21 mehr, als zur Majorität notwendig, 70 mehr, als vor einigen Jahren in der gemeinsamen Wahl mit den Christlichen. Diese dürften es kaum auf 100 Älteste bringen. Sämtliche Gegner hatten sich zu einem Kesseltreiben auf den Bergarbeiterverband vereinigt. Und daraufhin dieses Wahlergebnis!

× ×
 Welch grossen Umfang in diesem Jahre die TARIFBEWEGUNG genommen hat, erhellt aus den Veröffentlichungen der *Socialen Praxis*, die für die Zeit von Februar bis August einschliesslich 442 Tarifabschlüsse zählt, eine Zahl, welche die vorjährigen weit überholt. Dabei gibt diese Zahl keineswegs ein erschöpfendes Bild, beispielsweise sind in ihr 84 Tarifabschlüsse im Zimmerergewerbe enthalten, während der Vorstand des Zimmerverbandes allein für seine Organisation dieses Jahr deren 107 zählt.

Die organisierten Arbeitgeber der Metallindustrie wollen von Collectivarbeitsverträgen leider nichts wissen. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes ist an die Arbeitgeberorganisationen der Metallindustrie herangetreten zwecks Abschluss eines allgemeingültigen Arbeitsvertrages. Der *Gesamtverband deutscher Metallindustrieller* hat aber eine ablehnende Antwort gegeben.

×

×

Der 2. VERBANDSTAG des Centralverbandes der Civilberufsmusiker Deutschlands, der in der dritten Septemberwoche in Hannover tagte, nahm eine das gänzliche Verbot der gewerbmässigen Tätigkeit der Militairmusiker fordernde Resolution an. Der Verbandsbeitrag wurde von 20 auf 25 Pf. pro Woche erhöht.

X

X

In der Nr. 39 des *Correspondenzblatts* wird eine Statistik der deutschen GEWERKSCHAFTSCARTELLE im Jahre 1903 veröffentlicht, die eine Fülle des interessanten bietet. Es sind an dieser Statistik 387 örtliche Gewerkschaftscartelle beteiligt mit 758 723 Mitgliedern (gegen 1902 + 144 001 Mitglieder). Von 313 dieser Cartelle wurden im Jahre 1903 2206 berufliche und 785 allgemeine Agitationsversammlungen abgehalten. Arbeitslosenzählungen wurden von 43 Cartellen 49 vorgenommen, sonstige Erhebungen von 54 Cartellen 62. Auskunftsbureaus wurden von 103, Gewerkschaftssecretariate von 5, Arbeitersecretariate von 32 Cartellen unterhalten. Ein Gewerkschaftshaus besitzen 24 Cartelle, einen Versammlungssaal unterhalten 80, eine Centralherberge unterhalten 21 und eine Herberge beim Gastwirt haben 177 Cartelle unter ihrer Controle. Bibliotheken besitzen 155, ein Lesezimmer haben 27 Cartelle eingerichtet, 121 Cartelle unterhielten Beschwerdecommissionen für Gewerbeinspectionssachen, 133 Cartelle hatten Bauarbeiterschutzcommissionen eingerichtet. Die Einnahmen der Cartelle betragen 1903 435 466 M. (1902 272 394 M.), die Ausgaben 305 218 M. (285,468 M.). Davon entfallen 59 737 M. Ausgaben auf Auskunfterteilung, Bibliotheken und Lesehallen, 60 870 auf Strikeunterstützung, zu welchem Zwecke man auch 821 868 M. sammelte.

X

X

Wie erfolgreich die diesjährigen LOHNKÄMPFE für die Gewerkschaften gewesen sind, zeigt auch eine Aufmachung des *Zimmererverbandes* über seine diesjährigen Bewegungen. Solche wurden aus 228 Zahlstellen mit 15 408 Mitgliedern gemeldet. In 81 Zahlstellen mit 9311 Mitgliedern kam es zum Kampf, kleinere Platzstrikes sind dabei nicht mitgerechnet. 72 Kämpfe sind bereits entschieden; 26 davon waren Abwehrstrikes — wobei die Aussperrung im Maingebiet nur als ein Abwehrstrike gezählt worden ist —, 46 Strikes waren Angriffs-

strikes. Von diesen 72 Kämpfen endeten 54 mit vollem Erfolg, 5 mit teilweiseem Erfolg, 11 erfolglos, und von 4 ist der Ausgang noch nicht bekannt. 9 Zahlstellen mit 1355 Mitgliedern stehen noch im Kampfe. Es wurden erreicht Lohnerhöhungen in 6 Zahlstellen um 1, in 41 um 2, in 7 um 2½, in 32 um 3, in 15 um 4, in 30 um 5, in 5 um 6, in 8 um 7, in 1 um 7½, in 2 um 8 und in 1 Zahlstelle um 10 Pf. pro Stunde, eine Verkürzung der Arbeitszeit in 27 um ½ und in 10 Zahlstellen um 1 Stunde pro Tag. In 107 Zahlstellen wurden Tarifverträge abgeschlossen, so dass deren 162 existieren. Die Unkosten der Bewegungen belaufen sich für den genannten Verband auf 240 750 M.

Mit dem Vorschreiten der Jahreszeit wird die Zahl der Kämpfe geringer. In Königsberg ist der Kampf im Baugewerbe mit teilweiseem Erfolg beendet, ebenso in Bremen von seiten der Tischler, während da die Maurer erfolglos abgeschlossen haben. Der Hamburger Brauereiarbeiterstrike ist ebenfalls mit einem geringen Erfolg der Arbeiter beendet worden. Sehr kritisch sieht es wieder einmal in Berlin aus. Abgesehen davon, dass dort die Clavierarbeiter sich in Strike befinden um Erringung höherer Löhne, sind auch die Holzindustriellen dort wieder einmal in Conflictsstimmung. Seit 14 Tagen bemühen sie sich schon, eine selbstverständliche Forderung der organisierten Tischler zu einer grossen Aussperrung zu fructificieren. Bisher zum Glück vergeblich. Und überdies haben auch die *Kühnemänner* einen mehr partiellen Conflict in der Gelbmetallindustrie zum Anlass genommen zu einer zunächst 50procentigen, später 70procentigen Aussperrung der Gelbmetallarbeiter. Auch diese Aussperrung ist glücklicherweise nur mangelhaft durchgeführt.

Zu unserer letzten Rundschau (pag. 852) ist berichtend zu bemerken, dass der Formerstrike bei der Firma Schwartzkopf in Berlin, nicht der Ausstand bei Schwiedlinski, den *Kühnemännern* den äussern Anlass zu der Aussperrung der Former gegeben hat.

In Italien kam es in der letzten Hälfte des September in den grösseren Städten zu einem 3 bis 5 Tage langen Generalstrike. Anlass dazu: polizeiliche und militairische Gewalttaten gegen Arbeiter.

X

X

Vom 12. bis 17. September fand in Bourges der von 300 Delegierten besuchte 14. Congress der Gewerkschaften FRANKREICHS oder besser der in der *Allgemeinen Conföderation der Arbeit* vereinigten Gewerkschaften statt. Zu den erfolgreichen Tagungen kann man diesen Congress nicht zählen. Die meiste Zeit wurde mit *principiellen* Streitigkeiten vertrödelt. 2½ Tage nahm allein die Mandatsprüfung in Anspruch, mit dem schliesslichen Ergebnis, dass 1178 Mandate für gültig erklärt wurden. Dann kam es zu einer *principiellen* Debatte über den Vorstandsbericht, wobei der Vorstand, aus zum Teil anarchistisch angehauchten *Naturgewerkschaftlern* zusammengesetzt, mit 819 gegen 374 Mandate siegte. Eine ebenso lange Zeit nahm ein Antrag der Minderheit auf Einführung der proportionalen Vertretung der Gewerkschaften im Vorstände der *Conföderation* in Anspruch. Auch dieser Antrag fiel nach einer leidenschaftlichen Debatte; er wurde mit 822 gegen 388 abgelehnt. Positive Arbeit wurde nur insofern geleistet, als man am letzten Tag beschloss, in eine grosse Agitation für die Durchführung des Achtstundentages einzutreten, um am 1. Mai 1906 den Achtstundentag allgemein durchzuführen, weiter wurde die Beibehaltung der einheitlichen, conföderalen Controlmarke beschlossen. — Von Interesse ist noch, dass nach dem Vorstandsbericht der *Conföderation* angehören 52 Centralverbände mit 1792 Ortsverbänden und 110 Arbeitsbörsen.

Der 37. Jahrescongress der Trades-Unions ENGLANDS, der vom 5. bis 10. September in Leeds tagte, war von 473 Delegierten besucht, die 1 423 000 organisierte Arbeiter vertraten. Die Verhandlungen zeigten einen Fortschritt des Denkens der Führer der englischen Gewerkschaften. Die verschiedenen Gewerkschaftsprozesse scheinen da aufrüttelnd zu wirken zu haben. Das parlamentarische Comité hatte diesmal auch mehr Angriffe, als in früheren Jahren, abzuwehren. Im übrigen boten die Verhandlungen nur wenig Interesse. Die meisten der verhandelten Punkte betrafen Fragen, die alle Jahre vor den Congress gebracht werden. Gefordert wurden unter andern die Errichtung eines Arbeitsministeriums, der Achtstundentag, Alterspensionen, Ausbau des Arbeiterschutzes und der Demokratie; beschlossen wurde weiter, in die Politik des L. R. C. nicht einzugrei-

fen, und die Herausgabe eines Wochenblattes; abgelehnt wurde ein Antrag Ben Tillets auf Errichtung von obligatorischen Schiedsgerichten nach neuseeländischem Muster.

In DÄNEMARK gab es nach dem *Reichsarbeitsblatt* im Jahre 1903 1213 Fachvereine mit 88 098 Mitgliedern, wovon 989 Vereine und 64 621 Mitglieder der im Jahre 1886 gegründeten Landesorganisation angeschlossen waren. Die Leitung der laufenden Geschäfte der Centralorganisation besorgt ein Verwaltungsausschuss. In wichtigen Fragen entscheidet die Generalversammlung. Ausserhalb der Landesorganisation standen 1903 224 Vereine mit 23 477 Mitgliedern.

KURZE CHRONIK. Von einem grossen Fortschritt der Gewerkschaften zeugt die Ausbreitung der Gewerkschaftspresse. So erschien die Nr. 41 der *Metallarbeiterzeitung* in einer Auflage von 188 400, die des *Grundsteins* in einer Auflage von 150 000, die der *Holzarbeiterzeitung* in einer Auflage von 101 600 und die der *Bergarbeiterzeitung* in einer Auflage von über 87 000 Exemplaren. — Die *Generalcommission* hat ab 1. October auch für Ost- und Westpreussen einen Gewerkschaftssecretair angestellt. — Am 11. September fand eine Konferenz der Gewerkschaftsartelle Schleswig-Holsteins in Neumünster, am 25. September eine solche der bayerischen und am 2. October eine solche der bayrischen Gewerkschaftsartelle in München statt. Die Hauptpunkte der Beratungen waren bei diesen Konferenzen die bevorstehenden Vertreterwahlen zu den unteren Verwaltungsbehörden. — Das Chemnitzer Arbeitersecretariat wird am 1. April 1905 eröffnet.

ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Der 6. Congress des *INTERNATIONALEN GENOSSENSCHAFTSBUNDES*, der vom 5. bis zum 8. September in Budapest abgehalten wurde, hat einen für die Anhänger einer demokratischen, auf Selbsthilfe gegründeten Genossenschaftsbewegung sehr erfreulichen Verlauf genommen. Rein äusserlich freilich trug der Congress ein recht aristokratisches Gepräge: wimmelte es doch auf ihm von hochgeborenen Herren, Grafen und Baronen — sogar der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza war

als Vertreter der Regierung erschienen. Dennoch zeigte es sich bei den entscheidenden Abstimmungen, dass diese Leute, die selbstverständlich einer Genossenschaftsbewegung im modernen Sinne durchaus fern stehen und die Genossenschaften lediglich als Mittel zum Zweck einer Unterstützung ihnen nahestehender Interessenkreise betrachten, trotz der leitenden Stellen, die man ihnen eingeräumt hatte, keinen massgebenden Einfluss auf die Congressmehrheit besaßen.

Das wichtigste Tractandum des Congresses war wohl die Frage: Soll der Staat die Genossenschaften subventionieren und, wenn ja, auf welche Weise? Das Referat hierzu hatte Graf de Rocquigny-Frankreich übernommen, der einer Staatshilfe das Wort redete, die jedoch keine berücksichtigungswerten anderen Interessen schädigen und auch nicht den Charakter einer bleibenden Unterstützung tragen dürfe, um die eigene Initiative und Lebensfähigkeit nicht zu unterbinden. Demgegenüber hielten andere Redner das Princip der Selbsthilfe hoch, das selbst unter schwierigen Umständen zum Siege geführt habe; auch schaffe, wie von Elm meinte, die Staatshilfe immer zwei Sorten von Genossenschaften, bevorzugte und zurückgesetzte. Der Congress schloss sich diesen Anschauungen an und ging mit erdrückender Majorität über den Antrag des Grafen, für den sich eine ganze Anzahl Redner, darunter sogar ein russischer Staatsrat, ins Zeug gelegt hatten, zur Tagesordnung über.

Ein weiterer wichtiger Punkt, bei dem gleichfalls die Geister aufeinanderplatzten, war die Bildung und Organisation der Consumvereine in ländlichen und halbländlichen Districten, zu dem Dr. Hans Müller - Basel auf Grund der Verhältnisse in seinem Vaterlande, das ja eine ziemlich gut entwickelte ländliche Consumvereinsbewegung besitzt, einen sehr interessanten und lehrreichen Vortrag hielt. Diesmal war es die freisinnige Opposition: Dr. Crüger - Deutschland und Anwalt Wrabetz - Österreich, die sich gegen die ihnen zu *socialistisch* scheinende Verwerfung des Handelsprofits durch Müller verwahrten und es für ihre Pflicht hielten, den Kleinhandel in Schutz zu nehmen. Es wurde ihnen jedoch unter dem jubelnden Beifall der Versammlung in gehöriger Weise von Frau Steinbach-Hamburg und dem Referenten heimgeleuchtet. Der Congress nahm darauf

eine die Schaffung von ländlichen Consumvereinen dringend befürwortende Resolution an.

Eine andere Resolution fordert die Schaffung einer einheitlichen Behörde, der die Genossenschaften unterstellt werden sollen, nach dem Muster des *Registrar of friendly societies* in England. Ferner sprach der Vorsitzende des Bundes, Henry W. Wolff, noch über die Centralisierung des genossenschaftlichen Creditwesens, sowie Herr Duca-Rumänien über die mangelhafte Entwicklung des Genossenschaftswesens in osteuropäischen Ländern. Die Staatshilfedebatte brachte dann noch ein interessantes Nachspiel, indem der Vertreter der landwirtschaftlichen (Grossagrariere-) Genossenschaften Österreichs, Baron von Störck, der mit zur Wahl in den Ausschuss vorgeschlagen war, diese ablehnte, da sein Verband, nachdem der Congress die Staatshilfe verworfen habe, nun wohl nicht mehr mitmachen werde. Der Congress wusste sich zu trösten und wählte an seine Stelle Exner, den Secretair des österreichischen *Verbandes der Arbeiter-Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften*. Deutschland, das einen Sitz mehr, als bisher, zugestanden erhielt, entsandte neben Dr. Alberti - Wiesbaden Heinrich Lorenz-Homburg in den Ausschuss.

Der nächste internationale Genossenschaftscongress soll in der freien Schweiz stattfinden.

× ×
Der Kampf der MITTELSTÄNDLER GEGEN DIE CONSUMVEREINE nimmt immer wahnsinnigere und bedenklichere Formen an. Am 26. und 27. September hat in Halle eine von dem bekannten Consumvereinstöter Oberlehrer Professor Suchsland einberufene *heimerversammlung* stattgefunden, an der 60 Vertreter von 36 Rabattsparvereinen und anderen kleinhandelerischen Interessenverbänden aus ganz Deutschland teilnahmen und deren Protokoll die *Consumgenossenschaftliche Rundschau* in der glücklichen Lage ist veröffentlichen zu können. In einem einleitenden Referate legte zunächst der Einberufer seinen Feldzugsplan zur Vernichtung der Consumvereine dar. Vor allem tue Aufklärung nach drei Seiten not. Erstens beim grossen Publicum, dem der Glaube beigebracht werden müsse, dass es von den Vorständen und Lagerhaltern der Consumvereine in schlimmster Weise übervorteilt und aus-

gebetet würde. Zweitens müssten die Behörden und Regierungen darüber aufgeklärt werden, dass die Consumvereine die Quellen seien, aus denen das Geld — und zwar Hunderttausende von Mark jährlich — für die Partecasse der Socialdemokratie flösse, was man zwar nicht beweisen, aber auch ohne Beweis annehmen könne. Auch die directe Beeinflussung der Staatsoberhäupter sei dabei nicht zu verschmähen. Und drittens müsse man die Gewerbetreibenden über die Mittel und Wege aufklären, die ihnen selbst zur Bekämpfung des Gegners zur Verfügung stehen, als da sind: Gründung von Rabattsparvereinen, Agitation durch Broschüren und die Presse (die man sich durch Entziehung von Inseraten gefügig machen könne) und endlich Vernichtung der Consumvereine auf dem Beschwerdeweg. Dieser letztere Vorschlag, den der Herr Professor übrigens bereits in einer kürzlich erschienenen Schrift (vergl. pag. 936) gemacht hat, läuft darauf hinaus, die Consumvereine, die neben dem eigenen auch noch das Rabattgeschäft pflegen, wegen angeblicher Übertretung des Genossenschaftsgesetzes bei der Staatsanwaltschaft zu denunciieren, eine Auffassung, in der dem Redner natürlich kein Staatsanwalt und kein Richter folgen wird. Schliesslich meinte der Herr Oberlehrer noch, man müsse den Eisenbahnminister, der sich ja bereits entgegenkommend gezeigt habe, zum vollständigen Verbot der Teilnahme seiner Beamten an Consumvereinen veranlassen, denn durch diese Teilnahme sei die — Betriebssicherheit der Bahnen aufs schwerste gefährdet, da die Beamten, statt Signale zu geben, Offerten entgegennehmen würden. Habe man aber erst diese Beamten aus den Vereinen heraus, so würden die anderen Kategorien bald folgen. In der Discussion wurden die Ausführungen des Referenten noch in mannigfacher Weise ergänzt. Viele Redner berichteten von den Erfolgen der Rabattsparvereine an ihren Orten. Einer forderte ein Gesetz, das den Consumvereinen die Annahme von Spargeldern ihrer Mitglieder verbietet. Ein anderer bezeichnete die Teilnahme der Postbeamten als noch gefährlicher, als die der Collegen von der Eisenbahn, da an solchen Orten das Postgeheimnis nicht mehr gewahrt bleibe. Ein Redner aus Hamm rühmte sich, dem dortigen Fabriksconsumverein nur beigetreten zu sein, um ihn zu sprengen, was

ihm auch gelungen sei und wobei ihm sein Einfluss als Stadtverordneter nützlich gewesen sei.

Es ist gut, dass dieses ganze lichtscheue Treiben einmal voll aufgedeckt ist. Die Consumvereine wissen nun, wessen sie sich alles von jener Seite zu versehen haben. Ihre Aufgabe ist es, der hier drohenden *Aufklärung* der Lüge und des Unsinnns rechtzeitig in allen in Frage kommenden Kreisen die wahre Aufklärung über das, was gut und vernünftig ist, gegenüberstellen.

X

Am 3. und 4. September tagte in Wien der *Verband der Arbeiter-, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften ÖSTERREICHS* in Gegenwart von 206 Delegierten, sowie einer grossen Anzahl in- und ausländischer Gäste. Unter den ersteren befanden sich auch ein Vertreter der socialdemokratischen Partei Österreichs (Adler), sowie der *Gewerkschaftscommission* (Skaret), die beide Ansprachen hielten. Dem Bericht seines Secretairs zufolge umfasst der junge Verband zur Zeit bereits 243 Genossenschaften. Von diesen berichteten zur vorjährigen Statistik 150 Consumvereine mit 51 677 Mitgliedern und einem Umsatze von 15 754 838 K. und 19 Productivgenossenschaften mit 1467 Mitgliedern und 1 604 447 K. Geschäftsumsatz.

Wichtige Aufgaben waren es, die dieser Verbandstag zu erfüllen hatte: er sollte dem Verband eine neue weitere Organisation geben, die den aus dem *Allgemeinen Verbands* ausscheidenden Consumvereinen den Beitritt ermögliche; er sollte auch die Grundlagen zur Schaffung einer *Grosseinkaufsorganisation* legen. Zum letztgenannten Punkte wurde nach einem Referate von Lorenz von der deutschen *G. E. G.* und nach kurzer Debatte eine Resolution angenommen, die den Vereinen zunächst die Bildung von Einkaufsvereinigungen empfiehlt, auf deren Erfolgen sich dann eine Grosseinkaufsgesellschaft erheben kann, und ausserdem eine Commission zum Studium der Frage eingesetzt. Die Frage der Reorganisation des Verbandes wurde schliesslich durch die fast einstimmige *en bloc*-Annahme des von dem Verbandsvorstand gemeinsam mit den Directoren der aus dem *Allgemeinen Verband* ausscheidenden Unterverbände ausgearbeiteten Statuts erledigt.

So ist denn auch für die österreichische Genossenschaftsbewegung nunmehr die

Bahn frei zu breiter, machtvoller Entwicklung.

× **KURZE CHRONIK.** Der *Centralverband deutscher Consumvereine* wird auch in diesem Winter Lichtbildervorträge veranstalten lassen. Zunächst ist eine Tour in Sachsen vorgesehen. — Am 11. September wurde in Erfurt ein Lager der G. E. G. für Thüringen eröffnet. — Nach dem Vorbilde Bayerns, Württembergs und Hessens hat sich nunmehr auch für Baden-Pfalz ein Agitationsausschuss zur Förderung der Consumvereine constituirt. — Der erste Unterrichtscursus der landwirtschaftlichen Genossenschaftsschule ist am 9. September mit circa 50 Teilnehmern eröffnet worden. Das Rectorat der technischen Hochschule in Darmstadt hat dem Unternehmen in dankenswerter Weise seinen Hörsaal zur Verfügung gestellt. — Am 24. und 25. September hielt der niederländische Genossenschaftsbund im Haag seine Jahresversammlung ab. Mit grosser Majorität wurde ein Antrag angenommen, der die Trennung des Bundes von dem, bisher in bevormundendem Verhältnis zu ihm stehenden Verein *Eigen Hulp* fordert. Wie berichtet wurde, rentiert sich die Seifenfabrik des Bundes so gut, dass sie in 5 Jahren völlig amortisiert sein wird. — Eine kürzlich abgehaltene Versammlung der Vertreter der Consumvereine von Glasgow und Umgegend, nahm mit 132 gegen 33 Stimmen eine Resolution an, in der die Gewinnbeteiligung als principiell unrecht und praktisch ungerecht bezeichnet wird und die Genossenschaften aufgefordert werden, alle ordnungsmässigen Mittel zu ihrer Beseitigung anzuwenden. — Mailand hat jetzt ein ganzes Genossenschaftsviertel, bestehend aus 60 von der dortigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft errichteten hübschen Häusern mit Gärten. — Der Züricher Lebensmittelverein feierte vor kurzem das Jubiläum seines 25jährigen Bestehens. Er ist mit seinen 14000 Mitgliedern und seinem Umsatz von fast 4 Mill. fr. heute der zweitgrösste Schweizer Consumverein.

× **LITERATUR.** Eine neue Agitationsbroschüre von Professor Dr. Suchsland ist erschienen, die den schönen Titel *Schutz- und Trutzwaffen gegen die Consumvereine und Warenhäuser* führt. Der Verfasser wärmt in dieser Schrift

trotz aller ihm zu teil gewordenen Widerlegungen wieder den ganzen Brei von unwahren Tatsachen, Verdrehungen und Verleumdungen aus seinen früheren Veröffentlichungen auf. Neu ist freilich der famose, oben schon besprochene Vorschlag, die Consumvereine wegen Übertretung des Genossenschaftsgesetzes zu denunciieren, wozu er sogar einen vollständig ausgearbeiteten Blancostrafantrag bringt. Ferner will Suchsland nunmehr Scherl Concurrenz machen, indem er den Rabattsparvereinen die Veranstaltung von Prämienlotterien, das heisst die Verlosung der nicht abgehobenen Rabattbeträge an ihre Kunden vorschlägt. Eine kurze, aber treffende Widerlegung des Suchsländischen Unsinnns bringt Professor Dr. Staudinger in einem Artikel in der *Consumgenossenschaftlichen Rundschau*, der zugleich als Flugblatt erschienen ist und der den mit Suchsländischen *Schutz- und Trutzwaffen* angegriffenen Consumvereinen als gute Gegenwehr dienen kann. GERTRUD DAVID

Geistige Bewegung

Unter den zahlreichen Berliner Volksbildungsinstituten, die mit Beginn der Wintersaison wieder mit neuen, meist sehr erweiterten Programmen aufwarten, dürfte diesmal die jüngste dieser Anstalten, die leider noch wenig bekannte **FREIE HOCHSCHULE BERLIN** am meisten unser Interesse beanspruchen. Die *Freie Hochschule* wurde im Januar 1902 von Dr. B. Wille, W. Bölsche, Th. Kappstein und W. Schwaner gegründet. In der Festrede zur Eröffnung der selben wies Wille darauf hin, welche Massenverwüstung geistiger Keime von der heutigen Gesellschaft dadurch getrieben wird, dass die Bildung im grossen und ganzen ein Vorrecht der besitzenden Classen ist, und dass es deshalb notwendig sei, das Bildungsprivilegium, das eine Hemmung des freien Menschentums bedeute, durch Errichtung einer Volkshochschule, die dem leidenschaftlichen Streben weiterer Volksschichten nach verständnisvollem Anteil an dem Geistesleben unserer Zeit entgegenkommt, abzuschaffen. »Das Ziel der humanistischen Bewegung«, sagte Wille, »ist eine freie Gesellschaft, welche die höchsten Güter des geistigen Lebens jedem Volksgenossen ebenso zugänglich macht, wie Luft und Licht. Schon ist wenigstens die elementare Schulbildung kein Vorrecht mehr. Soll es die Hochschulbildung bleiben? Das darf

nicht sein und kann nicht sein! Consequent führt die Entwicklung unserer Cultur über die allgemeine Volksschule zur allgemein zugänglichen Volkshochschule. Und *Freie Hochschule* taufte er die neue Anstalt, damit ihr Name ihren Leitern und Hörern, ja dem ganzen Volke zurufe: »Tragt eifrig dazu bei, dass die Hochschulbildung wahrhaft frei werde, dass sie vor allem jedermann zugänglich sei — aber auch, dass sie sich frei halte von allen Fesseln — unabhängig vom Staate, unabhängig auch von den politischen und religiösen Parteien, keiner anderen Rücksicht untertan, als der Rücksicht auf die ewigen Leitsterne aller geistigen Cultur, auf das Wahre, Schöne und Gute.« Für das I. Quartal ihrer Tätigkeit, das Frühjahrsquartal 1902 (Januar bis März) hatte die *Freie Hochschule* folgende Vortragsreihen angekündigt, die von rund 1000 Hörern besucht wurden: *Das Wort Natur im Wechsel der Anschauungen* (Bölsche); *Geschichte der modernen Malerei* (Feld); *Elektrische Schnellbahnen, Telegraphie ohne Draht* (Gilbert); *Nietzsches Zarathustra* (Kappstein); *Der Roman in der modernen Literatur* (Kappstein); *Der Künstler als Erzieher* (Wille); *Der Erkenntnisweg zur Erlösung* (Wille); *Sociologie, eine neue Wissenschaft* (Oppenheimer); *Gesundheitspflege* (Schüler); *Physiologie* (Springer). Im II. Quartal wurden 9 Vortragscurse abgehalten; die Hörerzahl ist nicht mehr zu ermitteln. Im III. Quartal wurden 15 Vortragsreihen veranstaltet, die von 932 Hörern besucht wurden. In diesem Quartal waren eine Reihe neuer Docenten für die neu eingerichteten Vortragscurse über Astronomie, Pädagogik, Weltgeschichte und bildende Kunst gewonnen worden. Im IV. Quartal fanden 21 Vortragszyklen statt, die eine Hörerzahl von insgesamt 372 Personen hatten. Im V. Quartal wurden 9 Vortragscurse abgehalten (Gesamtzahl der Hörer 296). Im VI. Quartal waren 15 Curse angekündigt, die eine Hörerzahl von 1068 Personen aufwiesen. Im VII. Quartal (Januar bis März 1904) fanden 16 Vortragszyklen statt, deren Hörerzahl 1090 Personen betrug.

In jedem dieser Quartale haben ausser den Vortragscursen noch eine Anzahl von ausserordentlichen Einzelvorträgen stattgefunden (in der Regel 3), gehalten von Docenten der *Freien Hochschule* oder anderen Gelehrten. April bis Mai 1904 wurde eine Serie von 6 solchen Einzel-

vorträgen an Stelle von Vortragszyklen veranstaltet.

Vor Beginn des neuen Quartals hat ein Personenwechsel in den beiden wichtigsten Vorstandsämtern (Vorsitzender und Generalsecretair) stattgefunden, wobei gleichzeitig die Wirkungskreise der Inhaber dieser Ämter klarer gegen einander abgegrenzt wurden.

Für das VIII. Quartal (October bis December 1904) sind eine ganze Anzahl neuer Docenten (darunter 2 Docentinnen) gewonnen worden, und die Anzahl der Vortragszyklen ist dadurch auf 26 gestiegen. Es finden folgende Vorträge statt: *Goethes Weltanschauung im Faust* (Wille); *Die Weltanschauung in Ibsens Dramen* (Kappstein); *Nietzsches Zarathustra* (Penzig); *Was wissen wir über Jesus?* (Kappstein); *Menschenziehung* (Penzig); *Der Einfluss der Cultur auf das Nervenleben* (Peritz); *Wanderungen durch den menschlichen Körper* (Hirschfeld); *Das Geschlechtsleben und seine Gesetze* (Hirschfeld); *Weibliche Hygiene* (Berwig); *Einführung in die Probleme der Frauenfrage* (Lüders); *Rundgänge durch den Zoologischen Garten* (Heck und Heinroth); *Einführung in die Lichtbildkunst* (Meyer); *Geometrie* (Apei); *Algebra* (Apei); *Raffael, Leonardo, Michelangelo* (Köppen); *Kunst des Vortrags* (Moest); *Probleme der modernen Nationalökonomie* (Damaschke); *Französische Sprache und Literatur* (Duverrier); *Italienische Sprache* (Speranza); *Die deutsche Mystik und ihre Voraussetzungen* (Steiner); *Wichtige Gebiete des Bürgerlichen Rechts* (Caro); *Kaiser Wilhelm I.* (Maurenbrecher). Die Vortragscurse sind meist 8- bis 10stündig und finden in den Aulen höherer Lehranstalten und in einem Zimmer des Rathauses statt. Nicht unerwähnt mag noch bleiben, dass, um Arbeitern und weniger bemittelten Volksgenossen die Teilnahme an den Curssen zu erleichtern, Vereinen, Gewerkschaften u. s. w. bei Entnahme von 12 und mehr Hörerkarten in diesem Quartale zum erstenmal 33¹/₂ bis 50% Ermässigung auf die mit 4 M. pro Cursus berechnete Hörgebühr gewährt werden soll.

×
Ebenso, wie die *Freie Hochschule*, ist auch die *ARBEITERBILDUNGSSCHULE BERLIN* für das Winterquartal 1904 mit einem im Vergleich mit dem Vortragsverzeichnis der letzten Jahre bedeutend umfangreicheren Programm auf den Plan getreten. Während nämlich in den

letzten Jahren die Durchschnittszahl der quartaliter abgehaltenen Course 3 bis 4 betrug, sind für das Winterquartal 1904 7 neue Course angekündigt. Es sind das folgende: *Nationalökonomie*, I. Teil (Grunwald); *Geschichte des Mittelalters* (Steiner); *Entwicklung des Weltalls und der Erde* (Baega); *Arbeiterversicherung* (Katzenstein); *Übungen in Rede und Aufsatz* (Steiner); *Staatswissenschaftlich-praktische Übungen* (Grunwald); *Übungen im Vortrag für Fortgeschrittene* (Steiner). Jeder erstreckt sich, wie bisher, über 10 Abende à 1½ Stunden.

Die ordentliche Generalversammlung der *Arbeiterbildungsschule* hat in der zweiten Hälfte des August stattgefunden. Der für das verflossene Sommervierteljahr gegebene Vorstandsbericht konnte einen befriedigenden Besuch der Unterrichtscourse feststellen. Es gehörten im Sommerquartal der Schule 62 Damen und 396 Herren als Mitglieder an. Der Besuch der einzelnen Unterrichtsfächer verteilt sich folgendermassen: *Nationalökonomie* 70, *Geschichte* 155, *Gesetzeskunde* 134, *Redeübung* 101, *Redeübung für fortgeschrittene* 20 Mitglieder. Der Cassenbericht für das II. Quartal ergibt eine Einnahme von 493,40 M., eine Ausgabe von 499,85 M. Cassenbestand am 1. Juli: 2760,49 M.

×
KURZE CHRONIK. Der *Verein für volkstümliche Course von Berliner Hochschullehrern* kündigt für das Winterquartal 1904 15 Vortragscourse von Waldeyer, Geiger, von Luschan, Wahnschaffe, Alexander-Katz und andern an. Jeder Cours verteilt sich auf 6 Abende und kostet 1 M., für Mitglieder von Arbeitervereinigungen 60 Pf. — Die *Humboldt-Akademie*, das älteste und ausgebauteste der Berliner Volksbildungsinstitute, hat in ihrem Programm für das Winterquartal 1904 insgesamt 116 Vortragszyklen und Unterrichtscourse (darunter 28 Sprachcourse) angezeigt. — In dem neuen Vorlesungsverzeichnis der Berliner *Lessing-Hochschule* sind folgende Fächer vertreten: Kunstgeschichte (Osborn, Stahl, Hamann), Musikgeschichte (Münzer), Literaturgeschichte (Kottwitz), Philosophie (Runze, Kottwitz), Naturwissenschaften (Hennig), Medicin (Schüler); neu eingerichtet sind Sonderzyklen für die graphischen Künste, die Amateorphotographie und die Kunst des Vortrags. — 5 gemeinverständliche naturwissenschaftliche Vorträge werden im IV. Quartal 1904 in, der

Berliner *Urania* gehalten; die Hörgebühr beträgt für jeden Experimentalvortrag 6 M., für jeden Lichtbildervortrag 3 M. — In der täglich geöffneten Sternwarte in Treptow wird diesen Winter jeden Montag abends 7 Uhr ein astronomischer Vortrag (mit Lichtbildern) gehalten werden.

MAX HERMANN BAEGA

Frauenbewegung

Der Herbst, die Zeit der CONGRESSE und Tagungen mannigfaltigster Art, legt dem Berichterstatter als schwerste Verpflichtung die knappste Form und den Zwang der Beschränkung auf das Unerlässliche auf. So wesentlich es beispielsweise auch wäre, den Fortschritt der Frauenbewegung an der Teilnahme des weiblichen Geschlechtes an den Zusammenkünften der Friedensfreunde, der Freidenker zu messen, so wünschbar manchem auch die Würdigung der beruflichen und confessionellen Tagungen scheinen möchte: mehr als eine Erwähnung dieser Zusammenkünfte darf eine mit Stoff überlastete, räumlich eingeschränkte Rundschau nicht bringen. Vielleicht ist noch die Bemerkung gestattet, dass der Gedanke des consequenten Freidenkertums auch in der Frauenwelt immer mehr an Boden gewinnt, und die, dass es einigermaßen amusant und ganz gewiss sehr unlogisch ist, sich im Angesichte des russisch-japanischen Krieges zu Friedensdemonstrationen zusammenzufinden, die in gleicher Nutzlosigkeit in früheren Jahren stattfanden und wohl auch in späteren stattfinden werden. Auch die internationale Konferenz zur Bekämpfung des Mädchenhandels, die im September in Zürich tagte, bewegte sich in den ausgetretenen Geleisen der humanitären, jedes praktische Ergebnis von vornherein ausschliessenden Phrase. — Von weit grösserer Bedeutung war der Congress der *Internationalen abolitionistischen Föderation*, die vom 21. bis 24. September in Dresden ihre Zusammenkunft abhielt. In geradezu hervorragender Weise haben sich Frauen an den Verhandlungen beteiligt. Ein grosser Teil der einschlägigen Referate lag in ihren Händen und wurde in mustergiltiger Weise erstattet. Insbesondere war es Fräulein Pappritz und mit ihr Frau Stritt, die in ihren Thesen und Ausführungen mit aller Schärfe und in überzeugender Weise den inneren Zusammenhang zwischen den wirtschaftspolitischen und den Fragen der Sittlichkeit betonen und dartaten, dass

Prostitution und Geschlechtskrankheiten niemals durch strafrechtliche und nur unzureichend durch hygienische und sanitäre Massnahmen, mit allem Nachdruck dagegen durch die wirtschaftliche, sociale, rechtliche und politische Befreiung der Frau zu bekämpfen seien.

× Als reine Frauenzusammenkunft ist die 3. SOCIALDEMOKRATISCHE FRAUENCONFERENZ in Bremen zu würdigen, die am 17. und 18. September dem Parteitag vorausging. Dass diese Tagung nicht, wie von mancher Seite behauptet wird, eine leere Spielerei, sondern notwendig ist, lässt sich von mehr als einem Punkte her beweisen. Da ist zuerst die Tatsache, dass auch im socialistischen Lager, soweit die Frauen ins Spiel kommen, die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, nur auf dem Papier besteht. Als beweisend sei, neben manch alter Erfahrung, auf die bezüglichen Klagen gegen die Männer verwiesen, die im Anschluss an den Bericht der Centralvertrauensperson und an den Bericht zum *Punct Agitation* laut wurden. Des weiteren rechtfertigt sich eine Frauenconferenz in Ansehung von allerhand Anständen und Misslichkeiten des gewerblichen und bürgerlichen Lebens, denen Frauen mehr oder in anderer Weise ausgesetzt sind, als Männer, und die auf den allgemeinen Parteitagen nicht in genügend eingehender Weise behandelt werden können. Und schliesslich gibt es noch eine Reihe reiner Frauenfragen, wie die des Mutterschaftsschutzes und Mutterrechtes, der Säuglingsfürsorge, der hauswirtschaftlichen Reformen etc., in denen man Männer nicht als competente Beurteiler, geschweige denn als Richter anerkennen kann.

Diesmal standen die Fragen des Kinderschutzes, des Zehnstundentages, des Vereins- und Versammlungsrechtes und die Schulfrage zur Discussion. Aus dem ausserordentlich fleissigen Referat, das Genossin Zietz zur Kinderschutzfrage erstattete, ging eine Resolution hervor, die da verlangt: »Verbot jeglicher Erwerbstätigkeit schul- und vorschulpflichtiger Kinder im Gewerbe, der Land- und Forstwirtschaft, bei häuslicher Arbeit im Boten- und Gesindedienst. Ausdehnung der Schulpflicht auf das vollendete 14. Lebensjahr. Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit für jugendliche Arbeiter von 14 bis 18 Jahren auf 6 Stunden und Einführung eines obligatorischen

Fortbildungsunterrichtes für beide Geschlechter.« Zur wirksamen Controle der Durchführung des Kinderschutzes wird die entsprechende Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten und die Heranziehung von Aufsichtspersonen aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen gefordert. Nach Lage der Sache wäre es hier auch angebracht gewesen, dem Wunsch nach Einbeziehung der Lehrer in die Überwachungstätigkeit Ausdruck zu geben. Gerade sie sind die gewiesenen Kenner der Verhältnisse und die natürlichen Schützer der ihnen anvertrauten Jugend.

In glänzender Form und getragen von der ihr eigenen Beredsamkeit behandelte Genossin Zetkin das ganze Um und Auf der Schulfrage. Als einige Hauptpunkte ihrer Ausführungen seien hervorgehoben: die Forderung der Einheitsschule, der Weltlichkeit der Schule durch völlige Trennung von Staat und Kirche, Entfernung des Religionsunterrichts aus dem Lehrplan, Herabminderung der Classenfrequenz, Einführung des Arbeitsunterrichts, die Gemeinschaftserziehung (Coeducation) der beiden Geschlechter, wirtschaftliche Besserstellung der Lehrpersonen und ähnliches mehr. Gefehlt hat in dem Referat der doch auf einer Frauenconferenz sehr naheliegende Hinweis auf die gegen die weiblichen Lehrpersonen fortgesetzt in Bezug auf Gehaltsverhältnisse und allgemeine Stellung begangenen Ungerechtigkeiten.

× KURZE CHRONIK. Das Recht der Hinterbliebenen auf den Gehaltsbezug bis zu drei Monaten nach dem Tode, das sogenannte *Sterbequartal*, ist den Wiener Lehrerinnen entzogen worden. Man scheint anzunehmen, dass Lehrerinnen stets nur für sich selbst zu sorgen haben. — Christlich-socialer Kindergärten mit dem *Vaterunser* und dem *Englischen Gruss* als Obligationen: das ist die neueste Blüte stadtväterlicher Weisheit in Wien. — Die gut unterrichtete und begrüßenswerte unabhängige und freimütige österreichische Halbmonatsschrift *Neues Frauenleben* bringt in ihrer Beilage eine Übersicht über die Ergebnisse der vor etwa vier Jahren gegründeten Organisation der Post- und Telegraphenmanipulantinnen. Sie haben eine wesentliche Lohnerhöhung, alljährlichen Erholungsurlaub, Fahrpreismässigungen etc. durchgesetzt. Ihre Zahl, die sich von 40 auf 400 erhöht hat, beträgt trotzdem

kaum $\frac{1}{7}$ der hier beschäftigten 3000 Frauen. — In Ungarn sind Frauen zum ärztlichen Dienst in Krankenhäusern zugelassen, sofern sie . . . unverheiratet sind. — In wohlthuendem Gegensatz dazu haben es die Lehrerinnen in New York durchgesetzt, dass die Eheschliessung nicht länger als Hindernis der beruflichen Betätigung aufgefasst wird. — Für schulpflichtige Mädchen bis zum 15. Jahre, die nur die Elementarschule besucht haben, hat die Commune Budapest 21 Haushaltungs- und 1 Gewerbeschule eingerichtet, deren Besuch unentgeltlich und obligatorisch ist. — Nach dem Jahresbericht von 1903 zählen die christlichen Gewerkschaften unter ihren 91 440 Mitgliedern 5445 weibliche; davon entfallen 2400 auf die 16 Ortsgruppen des christlichen Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen. — Die Gesamtzahl der in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiterinnen betrug 1903 40 666. Sie hat sich gegen das Jahr 1893 mit 5384 Organisierten nahezu verachtacht. — Fräulein Dr. Schirmacher erklärt in einer Zuschrift an die Redaction dieser Zeitschrift, dass sie, wenschon »kein blinder Verehrer des Wahlrechts an sich«, es doch »da, wo der Mann es ausübt oder fordert, auch stets für die Frau verlangen« werde. Wir geben dieser Richtigstellung, die übrigens den Tatbestand gar nicht trifft, mit dem ausdrücklichen Hinzufügen Raum, dass eine Rundschau nicht der Tummelplatz der Meinungen und Meinungsnuancen, sondern lediglich ein Organ der sachlichen und unvoreingenommenen Berichterstattung ist, die sich aus den Dingen, aber nicht aus ihrer subjectiven Auslegung ergibt.

X LITERATUR. In der Schrift *Die Frau in der öffentlichen Armen- und Waisenspflege* / Leipzig, Felix Dietrich/ gibt A. von Welzeck eine Darlegung der Entwicklung der charitativen Tätigkeit der Frau auf diesem Gebiet und der Ausgestaltung, die sie heute zu erfahren sich anschnickt. — Adele Schreiber gibt in ihrer Schrift *Settlements, ein Weg zum sozialen Verständnis* / im gleichen Verlag/ eine klare und übersichtliche Darstellung des Werdens und Wirkens dieser Einrichtung, die sie durch Angaben über die Versuche, derartige Veranstaltungen nach Deutschland zu verpflanzen (*Volkshaus* in Hamburg), ergänzt. *Settlements*, das sind die familienhaften Heime im dunkel-

sten Ostende Londons. Sie gleichen Volksuniversitäten und Volksunterhaltungsstätten. Zugleich suchen die *Residents*, die ständigen Bewohner und Leiter dieser Anstalten, Fühlung mit der Bevölkerung zu gewinnen und etwas Licht in das düstere Proletariendasein zu tragen. Auch treten sie bei der Communalverwaltung für sanitäre Massnahmen auf allen Gebieten ein und haben Rechtsschutzstellen zur unentgeltlichen Benutzung gegründet. Das directe Almosengeben ist um seiner degenerierenden Wirkungen willen verpönt.

In einer bemerkenswerten Studie in der *Socialen Praxis* verbreitet sich Charlotte Engel-Reimers über die beste Form der Arbeiterinnenorganisation. Sie kommt dabei zu dem Schluss, dass die Form der Organisation wesentlich abhängig sei von der Art der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und der Differenz des Lohnbezuges, so dass sich im einen Fall (Textilindustrie in Lancashire, Buchbinder in Berlin) ein Eintreten der Frau in die Männergewerkschaften, in anderen Fällen (Confection etc.) gesonderte Frauenverbände empfehlen. Als schlimmster Feind der Organisationsfähigkeit aber erscheint ihr, in Übereinstimmung mit allen einsichtigen Socialpolitikern, die Heimarbeit. HENRIETTE FÜRTH

KUNST

Bildende Kunst

Ihr 25jähriges Bestehen feiert die Berliner Firma Hirschwald vom *Hohenzollernkaufhaus*, indem sie eine Vorführung der *WIENER WERKSTÄTTE* (gegründet 1903) und der Plastik einer Künstlergruppe aus Österreich unternahm (bis Mitte Noyember). Das wurde in grösserem Stil vorbereitet. In solchem Zusammenhang und so vollständig war der Decorationsstil des Architekten Josef Hoffmann und Professor Koluman Mosers in Berlin noch nicht zu sehen. Sie beide sind die künstlerischen Leiter der neuen Handwerksstelle. Sie pflegen einen Geist wohlbeherrschten Geschmacks, der alle lauterer Wirkungen von Farbe und Form verschmäht, der durch viele gerade Parallellinien schlicht und doch anspruchsvoll wirkt, der mit Vorliebe Gebrauchsgegenstände herstellt und der sich doch eigentlich modernen Zweckansprüchen gegenüber ablehnend verhält. Was die Möbel betrifft, die diesmal auf Hoffmanns Rechnung zu setzen

sind, so sieht man von ihm kaum eigentlich bewohnbare Zimmereinrichtungen. Er zeigt sich am liebsten in Ausstellungs-räumen. Da hinein stellt er Stühle mit sehr niedrigen Sitzen und sehr hohen Lehnen, man braucht das nicht für das Ideal der Bequemlichkeit zu halten. Der diesmal ausgestellte Raum ist ein tonnen-gewölbter Gang, an dessen langen Wänden sich Schaukästen reihen. In reichem Privathause könnte ein Sammler darin seine Schätze aufspeichern. In der Mitte die Tür und ihr gegenüber einer von jenen Fächerschränken, die man in Wien so liebt: aussen und innen bescheidene Zickzackintarsien über die ganze Fläche, und wenn man die Türen öffnet, eine Menge winziger Schübe, für die auch nur der Besitzer kleiner Kostbarkeiten Verwendung hat. In den Vitrinen sind Metallarbeiten verteilt. Auch hier eine hohe Cultur des Masses, aber überall von gewollt primitiver Feierlichkeit. Dieser dient auch die Materialbehandlung, als wären Metall und Holz das selbe. Statt die bewegliche Dehnbarkeit auszunutzen, fügt man die Metallteile vorzugsweise im rechten Winkel zusammen oder lässt es wenigstens erscheinen, als geschähe es so. Ein silbernes Kästchen steht da, wie ein Blechmantel über einem Holzkern, mit vierkantigen Eckpfosten und mit schlankeren Massen der Füllwände. Besser kommen die steilen Wände dem ausgeschnittenen Eisenblech zu. Es erhielt weissen Lacküberzug und dient für Blumentopfbedeckungen und anderes Kleingerät. Essbestecke haben lange, gerade Silberblechstreifen als Handhaben, und unter den Löffeln treten oft die altertümlichen Kreisrundungen auf.

Professor Mosers eigentliches Gebiet ist das Flachornament, obgleich er gelegentlich auch Entwürfe für Tischlerei gemacht hat. Sein Verdienst ist hauptsächlich, dass er in Mitteleuropa zuerst Propaganda für die anspruchslosen Motive gemacht hat. Missverständlich japanisierenden Realismen setzte er als heilsames Gegengewicht seine nachdrückliche Strenge mit Bevorzugung des Geometrischen entgegen. Auch in der Keramik verzichtet er auf die bewegteren Formen, gibt häufig steife oder gar senkrechte Gefässwände und setzt, statt zu modellieren, flache Scheiben nach Art von Brettern als Henkel an. So vermehrt er die breiten Flächen, auf denen er mit Vorliebe kreisförmige Flecken von verschiedener Grösse oder einfach geometrische Muster von

kräftig abstechender Farbe unsymmetrisch verteilt. Überall das selbe feine Gefühl für Gleichgewicht. Nur scheinen alle diese Dinge keine Entwicklungsmöglichkeit zu enthalten. — In vieler Beziehung verwandten Geistes sind die plastischen Arbeiten (Holzschnitzerei und Keramik) von *Andri*, *Emmel* und dem Ehepaar *Luksch*. Die ausdrucksvoll primitive Form, ja selbst Derbheit und Caricatur werden verfeinernder Durchbildung vorgezogen. *Franz Metzner*, der vor einem Jahre von Wien nach Berlin kam, hat sich der Gruppe angeschlossen und fällt gerade hier durch Innerlichkeit der Auffassung auf.

× Im Lichthof des Kunstgewerbemuseums hat man eine sehr instructive Übersicht über die Entwicklung des SitzMÖBELS, hauptsächlich des Stuhles, veranstaltet. Man sieht da, wie der Neger in Ostafrika seinen Schemel aus einem einzigen Stück Holz schnitzt, selbst wenn er, Vorbildern einer höheren Bildungsstufe folgend, Sitzfläche, Füsse und Lehne deutlich unterscheidet. Woher dem schwarzen Erdteil die Vorstellung von der Angemessenheit dieser Sonderung der Bestandteile kam, folgert man beim Anblick altägyptischer Tischlereien, der frühesten und doch ganz entwickelten Holzconstructions, die man kennt. Über das mittelalterliche Schema des rechten Winkels ging es dann fort zu den bewegteren Formen der Renaissance, bis das Rococo, nicht allein im Schnörkel, sondern in der Nachgiebigkeit von Sitz und Lehne an die Bequemlichkeit seinen bezeichnenden Ausdruck fand. Von dieser Rücksichtnahme sind die am Holz befestigten Polster, statt der beweglichen, nur eine besondere Form. Die senkrecht verlängerten freien Endungen hörten auf mit ihrer Betonung des Einzelbestandteils am Möbel. Dieses sollte wie aus einem Stück erscheinen, dem der Schmuck locker wie eine Schlingpflanze anhing. Noch die modernen französischen Sessel der Plumet und Gautier blieben dem gleichen Princip treu, während die Engländer sich von den immerhin gebogenen Lehnen ihrer *Clippendale* und *Sheraton* abwendeten, um sich vielfach von neuem auf die Verbindungen im rechten Winkel zu capricieren. Gleichzeitig kam man auf die überflüssig langen Verticalen zurück. *Heat* und *Macintosh* bezeichnen diese Geschmacksrichtung. Sie haben auch die Wiener von der Heilsamkeit der Rechteckconstructions überzeugt, eine Mei-

nung, der sich auch in Deutschland manche angeschlossen haben. Behrens huldigt ihr, wenn er seiner Neigung zur pompösen Feierlichkeit — die aber massiver ist, als die an der Donau — nachgeben will. Im ganzen aber bevorzugten die deutschen Kunsthandwerker bewegte Conturen, ohne darum doch die Constructionstellen am Holze zu verkleiden. Für die Möglichkeit, sich von rechtwinkligen Constructionen unabhängig zu machen, bezeichnet die immer mehr gesteigerte Möglichkeit, das Holz zu biegen, den äussersten Punct. Ohne irgend welches Leimen lässt sich da die grösste Nachgiebigkeit der Lehnen erreichen. Das wird nicht immer ausgenutzt. Es ist bezeichnend, dass eine Wiener Firma, die diese Technik besonders ausgebildet hat, sie trotzdem vorwiegend für geradlinige Geräte verwendet.

× ×

KURZE CHRONIK. Bei Schulte brachte die erste Herbstausstellung neben einigen bekannten Böcklins eine in der Farbe an Rembrandt erinnernde Composition; sie soll Lenbach und Begas als Mitarbeiter gehabt haben. Der Teufel lässt sich in einer Waldschmiede den Huf beschlagen. Aus dem schattig graubraunen Gesamttönen leuchtet kalt und hell nur das Weisse in den angstverdrehten Augen des Gehilfen, der die bedenkliche Aufgabe hat, dem unheimlichen Auftraggeber als Stütze zu dienen. — Eine Reihe von Bildern und Studien des Rudolph Schick zeigt die selbe gewissenhafte Ausführlichkeit, die ihn auch als Aufbewahrer von Aussprüchen seines Meisters bezeichnet, ohne dass dabei eine künstlerische Unterscheidung zwischen Wichtigem und Unwichtigem gemacht wäre. — Der Tod des Fürsten Herbert Bismarck gab die Veranlassung, dass aus der angekündigten Lenbach-Gedächtnisausstellung eine solche von Bildnissen aus dem Familienbesitz von Friedrichsruh und Schönhausen wurde. Darunter befinden sich einige der vorzüglichsten Portraits des ersten Kanzlers, besonders eine Zeichnung in Civil mit breitem Mützenschirm, aus deren Schatten die Augen hervorwetterten. Dazu das bekannte Altersbild des Kaisers Wilhelm und ein Schweiniger-Kopf, alles Zeugnisse dafür, was Lenbach wurde, wenn er sich wirklich im Banne des Lebens fühlte. — Am 18. October wurde das Kaiser Friedrich-Museum in Berlin eröffnet. ANNA PLEHN

Redende Kunst

Wenn man sich Reden vergegenwärtigt, wie sie auf dem Katholikentag in Regensburg gehalten worden sind, so weiss man nicht, worüber man mehr staunen soll, über die innerste Verlogenheit dieser Leute oder über die Kühnheit ihrer Behauptungen. Da ist einfach alles, was neue Wissenschaft zutage förderte, längst wissenschaftlich widerlegt. Das redet man sich und andern ein und übersieht dabei ganz, dass von diesen sogenannten *Widerlegungen* kein Mensch etwas weiss, dass von dieser ultramontanen *Wissenschaft* auch nicht ein Buchstabe ins Volk gedrungen ist, dass diese *Wissenschaft* dahinlebt, ohne dass ein ernster Mensch sich auch nur genötigt sähe, von ihr Kenntnis zu nehmen. Und obendrein diese innerste Verlogenheit, die sich und anderen eine solche wissenschaftliche Höhe weismachen möchte, während doch die Lebllosigkeit, die absolute Gleichgültigkeit dieser sogenannten *Wissenschaft* offenkundige Tatsache ist. Und während hier so laut verkündet wird, dass alles längst widerlegt sei, kommt der Verlag von Eugen Diederichs und bietet uns die Übersetzung von TOLSTOJS *DOGMATISCHER THEOLOGIE* (der Gesamtausgabe von Tolstoj's Werken, II. Serie, I. und II. Band), deren Schlussfolgerung kurz und bündig und klar also lautet: »Die Kirche — dieses ganze Wort ist nur ein Name für einen Betrug, mit dessen Hilfe die einen Menschen über die anderen herrschen wollen. Und eine andere Kirche gibt es nicht und hat es nie gegeben. Nur auf Grund dieses Betrugs, der über der ganzen Lehre errichtet und von allen Kirchen mitgeschleppt wird, sind jene missgestalteten Dogmen entstanden, welche die ganze Lehre der Kirche verunstalten und verhüllen, die Gottheit Christi und des heiligen Geistes, die Dreieinigkeit und die heilige Jungfrau und Gottesmutter, sowie alle die wahnsinnigen Bräuche, die *Sacramente* genannt werden. Es ist doch so klar, dass sie keinen Sinn haben, und dass niemand sie nötig hat, ausgenommen das Sacrament der Priesterweihe, das nur die Popen brauchen, um ihre Eier einsammeln zu können.« Wer widerlegt nun diese Darlegung Tolstoj's wieder? Die Popen? Nein, sie finden es bequemer, in Russland den Verkündiger so furchtbarer Lehren durch die polizeiliche Censur mundtot machen zu lassen. Die katholischen Geistlichen? Ach was, Tolstoj redet ja

nur von der russischen Kirche und nicht von der katholischen. Also geht er uns nichts an. Die protestantischen? Sie können es nicht. Denn nur ein Funke wahrhaft protestantischen Geistes braucht in ihnen zu sein, und sie werden, anstatt gegen Tolstoj, für ihn reden müssen. Reden sie aber nicht, so ist es eben ihre Kirche, die ihnen Schweigen gebietet. — Tolstojs Buch ist kein Buch zum Lesen. Man muss es studieren. Es ist als Buch, wie er selbst sagt, nicht fertig geworden. Aber Material enthält es, solidestes Material für ein Dutzend herrlicher Bücher. Die Zeit wird sie uns bringen.

× Von den Büchern aber, die eben vor mir liegen, ist diese *Dogmatische Theologie* oder ihre Kritik immer noch das weitaus bedeutendste. Dann kommen wichtige CULTURSKIZZEN. S. J u s c h k e - w i t s c h bietet uns mit seiner Erzählung aus dem Leben der russischen Juden *Die Parias* /München, Dr. J. Marchlewski & Co./ einen interessanten und sehr realistischen Ausschnitt. E. T s c h i r i - k o w suchte in seinem Schauspiel *Die Juden* (deutsch von Georg Polonskij) /im gleichen Verlag/ den gleichen tragischen Stoff dramatisch zu bewältigen. Es sind furchtbare Bilder, die uns da geboten werden. Der Zionismus ist die Hoffnung der einen, der Socialismus die der anderen, und eine tiefe Feindschaft spaltet diese Menschen, die an dem selben Elend, an der gleichen Vergewaltigung leiden. Nehmen wir dazu das Culturbild aus dem russischen Arbeiterleben, wie es uns W. Weressajew in seinen beiden Erzählungen *Die Kolossows* /im gleichen Verlag/ entwirft, so weiss man nicht, wo das grössere Elend, die fürchterlichere Menschennot zu finden ist, ob bei jenen oder diesen Parias der russischen Gesellschaft. Nicht die innier schöpferische, immer mit Zuversicht erfüllende und stärkende Liebe schuf diese Bücher, wohl aber ein grosses Mitleid, und so tief senkt der Pessimismus seine grauen Flügel auf uns herab, dass wir kaum noch zu hoffen, geschweige um Hilfe zu rufen wagen. Liest man diese Schilderungen, die viel zu ehrlich sind, um dichterisch erfunden, combinirt oder übertrieben zu sein, so begreift man den Nihilismus mit all seinen Schrecken und Verirrungen.

Und es wäre doch so leicht und einfach, dieses Elend zu besiegen, möchte man

sagen. Aber da greift die Geschichte herein, die Entwicklung, und belehrt uns über diese *Einfachheit und Leichtigkeit*. Das Elend steckt ja tief in diesen Menschen selbst. Das Äussere da ist nur sein Spiegel. Sieht man die Voraussetzungen, auf denen sich ein Tolstoj-Leben erbaute, erwägt man nur obenhin die unausgesetzten Kämpfe und Qualen dieser einen Menschenseele, erinnert man sich des Gesetzes der Entwicklung, das keinem einzigen gestattet, eine ihrer Stufen zu überspringen, dass also alle diese Hunderte und Tausende die gleichen Stufen erst, wenn auch in abgekürztem Tempo, für sich durchmachen müssen, um eben die Einsicht, die Klarheit des Herzens und Kopfes zu erringen, die da so ein einzelner sich in einem langen Leben eroberte: so bekommt man einen Begriff von dieser *Leichtigkeit und Einfachheit*. Man versteht es, dass die unbewusste Angst vor dieser Länge des Weges, vor dieser Mühe und Arbeit, vor diesen Opfern und Leiden zu visionären und mystischen Resignationen zu führen vermag. Man versteht es, wenn ein K. P r z e r w a - T e t m a j e r seine Erzählerkunst und seine Phantasie in die tief violetten Schatten der *Melancholie* /München, Dr. Marchlewski & Co./ taucht und uns ein ganzes Buch aus dieser Grundstimmung beschert.

Und nun der ganze Gegensatz gegen diese Compositionen in Moll: die aus germanischer Sonderliebe und Preisung des Leides, aus Antisemitismus und Spiritismus, aus Vegetarianismus und Bodenreformertum gemischte, faustisch sein sollende Dichtung *Eva oder Der Weg* von Walter van der Elbe /Elberfeld, J. H. Born/. Dahinein dann der ganze Apparat der jüdisch-christlichen Mythologie. Trotzdem — eine Dichtung. Der grosse Entwurf, der nichts weniger anstrebte, als ein psychologisches Bild der ganzen menschlichen Civilisation zu geben, wie einzelne kleine Stückchen verraten den Dichter. Aber das Ganze ist ein grotesker Wust, in dem am klarsten noch die Bodenreformtheorie in der Darlegung des Adam-Faust erscheint. Schrieb man einst Chroniken in Versen und Reimen, warum nicht auch einmal social-ökonomische Abhandlungen? A b e r — es waren Verfallszeiten der Poesie und Kunst, als die Dichter gereimte Geschichte schrieben. Und mehr, als *silberne Latinität* ist auch diese Welt-dichtung *Eva* nicht, ganz abgesehen von

ziemlich argen Stümpereien
normungen unserer schönen

eu herrscht doch in allen und
e. Der Wiener Fritz Tel-
schildert uns die Bewegung von
in einem Drama *Messenhauser*
ien, Verlag der *Wage/*. Der o. ö.
rofessor der Literaturgeschichte an der
deutschen Universität Prag August Sauer
schrieb ein begeistertes Geleitwort dazu.
Und gewiss hat die Dichtung schöne Partien.
Aber dieser Held — diese moderne
Weichheit — sie stammt nicht aus
jener eisernen Zeit, sondern aus dem
heutigen Wien, das literarisch arbeitet,
anstatt poetisch zu schaffen. Und wieder
das Milieu bei Roberto Bracco in
seiner Skizzensammlung *Wirklichkeit und*
Schein /München, Dr. J. Marchlewski
& Co./ Es sind teilweise ganz meister-
hafte Schilderungen darin, aber das ro-
manische Liebes- und Weibmotiv bildet
fast überall die Grundlage. Von dem
Elend Italiens kaum ein Ton, dafür aber
alle möglichen Liebesprobleme, deren Lö-
sung einfach — italienisch mondain ist.
Man kann bei dem Büchlein einigemal
recht herzlich lachen, und ein- und zweimal
dringen auch ernstere Töne zu uns her.
Jugend von morgen — die neuen Men-
schen nennt sich ein Schauspiel von
Franz Eisen /Wanne i. W., Albert
Markwitz/. Und da sage ich: schade!
Zuerst die Liebestheorie im ersten Act.
Zweierlei Liebe und ihre Erklärung. Der
Liebhaber erklärt die beiden Arten der
Geliebten, um sich vor ihr zu entschul-
digen: Das geht auf Sophisterei hinaus,
denn zweierlei Liebe gibt es nicht, wohl
aber zweierlei und hunderterlei Theorien
über die Liebe. In der Liebe geht die
Natur immer auf ihren Zweck, und der
ist Dauer, Wachstum, Zukunft. Nur der
Mensch durchkreuzt diesen Zweck oder
erkennt ihn an, und je nachdem wird eben
seine Liebe mit Dauer, Wachstum, Zu-
kunft gesegnet sein, oder es kommt nur
so ein Stundenverhältnis heraus. Und
das zweite: in diese schöne und wirkliche
Liebe zwischen Arthur Springer und der
Pastorstochter Lina Gellert die Roheit
hinein, den alten Pastor vor ein *fait*
accompli zu stellen. Ein Glück, dass das
Mädchen sich in besserem Instinct ver-
sagt. Denn nur aus sich selbst darf und
kann eine solche Liebe ihre Legitimation
haben. Ein fremdes Motiv hier herein-
zerren — das tötet unfehlbar die Lauter-
keit des Herzensbundes und raubt der

Unschuld ihr sieghaftes Bewusstsein. Mit
dem fremden Motiv dringt die Schuld
ein. Und darum sage ich: schade! Denn
die Dichtung Eisens ist ernst und in
ihrem ganzen Aufbau schön und wohl-
tuend. Und — jene beiden Szenen sollen
nicht gestrichen werden. Aber aus einem
grösseren und weiteren Gesichtskreise
heraus, aus dem Gesichtskreise der
Jugend von morgen und der *neuen Men-*
schen, wie sie dem Dichter vorschweben,
sollen sie neu gearbeitet werden. Dann
möchte ich dem Drama seine Vorführung
auf einer Bühne wünschen.

Es ist etwas in der Welt, was sich nicht
mehr umwerfen lässt, und das ist eben
diese moderne Wissenschaft, die wir uns
in Reihen von Generationen errangen. So
wenig, wie wir von dem modernen
Brückenbau und seiner Grundconstruc-
tion zurückkommen werden auf die alten,
aus Not und Unkenntnis errichteten
klotzigen Bauten der Vergangenheit, so
wenig werden wir in irgend einem Punkte
rückwärts gehen. Es wird immer die
bessere Errungenschaft die Grundlage
einer noch besseren werden. Und trotz-
dem schreit man: es sei alles widerlegt.
Kinder! Grösser und grösser steigt die
Frage vor uns auf: was ist der Mensch,
was könnte und sollte er sein? Vor
diesem Ziele stehen Dichter und Künstler
und versuchen die Antwort, eine An-
wort. Und vor der Grösse der Frage
kann man resigniert verzweifeln, aber
man kann auch diesem Schöpferhauche
seine Segel bieten und sich mit voller
Kraft dem Ziele zutreiben lassen, dem
Ziele der Menschenzukunft.

X

X

KURZE CHRONIK. Die beiden letzten
Hefte der *Neuen Rundschau* brachten
interessante Ibsen-Briefe, Ibsen in
seinem Wollen und Werden, in seiner
menschlichen Entwicklung zeigend. —
Eine *romantische Geschichte aus alter*
Zeit mit der ganzen Poetenfröhlichkeit
des Erzählers bietet uns Max Geiss-
ler in seinem *Tom der Reimer* /Jena,
H. Costenoble/. — Eine nicht minder
fröhliche romantische Erzählung aus
neuer Zeit stammt von Marie Diers:
Die Kinder von Heckendamm, ein deut-
scher Familienroman /Braunschweig,
George Westermann/. Der Titel ist
falsch, denn es ist kein deutscher Fami-
lienroman, sondern der Roman einer
deutschen Familie, in seinen Hauptpar-
tien ein Lied von der Ehre der Arbeit
und Tüchtigkeit.

NATHAN SCHWANN